

„Wenn wir das gewusst hätten...“



neofaschistische Akteure
und Netzwerke in
Nordhessen

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Impressum

„Wenn wir das gewusst hätten...“
neofaschistische Akteure und
Netzwerke in Nordhessen

Verantwortlich

DIE LINKE Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 - 3506090
Fax: 0611 - 3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

V.i.S.d.P.

Torsten Felstehausen, MdL

Recherche und Text

Autorenkollektiv

Torsten Felstehausen
Hermann Schaus

Layout

Burghardt Hollstein

Kassel, Mai 2020

„Wenn wir das gewusst hätten ...?“

Der Mord an Dr. Walter Lübcke durch bekannte Neonazis

Prolog	3	Wahlkampf für die AfD	
1. Das Netzwerk der „Einzeltäter“	4	6) Demonstration in Chemnitz: AfD, PEGIDA und gewalttätige Ausschreitungen mit Neonazis	24
2. Walter Lübcke – Kontext und Hintergründe eines Mordes	8	7) Konspiratives Treffen von „Combat 18“	24
1) Markierung als Volksverräter durch Stephan Ernst und Markus Hartmann	8	8) Der Mord an Walter Lübcke – Indizien für eine gemeinschaftliche Tat	25
2) Viral verbreitet: Hetzkampagne in der rechten Social-Media-Maschine	9	9) Bilanz: Drei Jahrzehnte Rechtsterror – und niemand hat 's gewußt?	26
3) ... und der Song „C18“ der Band „Erschießungskommando“	10	4. Im Hintergrund: „Freie Kameradschaften“, „Combat 18“, der „NSU“, Unterstützernetzwerke und die Rolle von V-Leuten	30
4) Nach dem Mord: Rechte Szene feiert, aber Rechtsterror undenkbar?	12	1) Freie Kameradschaften	30
5) Täter ermittelt: „Abgekühlter rechts-extremistischer Einzeltäter“?	12	2) „NSU“, „Blood and Honour“ und „Combat 18“	30
6) Aufklärung statt Vertuschung: Die jahrelang vernetzten aktiven „Einzeltäter“ und ihre Helfershelfer	13	3) Netzwerke oder Einzeltäter?	32
3. Wer war Stephan Ernst: Karriere eines rechtsradikalen Gewalttäters	18	4) Die Rolle der V-Leute	32
1) Das erste Jahrzehnt: Mordversuche, Waffen, Sprengstoff	18	5) Die Rolle des V-Mann-Führers Temme in Kassel	34
2) Das zweite Jahrzehnt: Aktiv in Kassel im Netzwerk der „Freien Kameradschaften“ und „Combat 18“, Demonstrationen und Körperverletzungen	20	6) Das Verbot von „Combat 18“ im Januar 2020	35
3) Das dritte Jahrzehnt: Markus Hartmann, Demonstrationen, Bewaffnung, Schießtrainings, ein mutmaßlicher Mordversuch und wahrscheinlich ein Mord	20	3. Parteimäßige Nazistrukturen	41
4) Weitere Mordversuche? Februar 2003 und Januar 2016 in Kassel	22	1) Die NPD	41
5) Schießtraining in Grebenstein und	23	2) Die Partei „Die Rechte“	43
		3) Der III. Weg	45
		4) Die Alternative für Deutschland (AfD)	46
		5) Exkurs: Stephan Ernst und die AfD	46
		4. Ideologiekreis und Tagungsorte	49
		1) Der Reichshof im Knüllwald	49
		2) Pierre Krebs und das Thule-Seminar	49
		3) Götz Kubitschek – Institut für Staatspolitik und Identitäre Bewegung	51
		4) Burschenschaft „Germania“	52

- 5) Hans Grimm und Lippoldsberg 53
- 6) „Artamanen“ und Reichsbürger 54
- 7) Exkurs: Rechtsrock als neonazistische Erlebniswelt 55
- 5. Thorsten Heise – ein neonazistischer Netzwerker 59**
- 8. Was die Behörden wissen konnten: 63**
- 1) „Abgekühlte gewaltaffine Rechtsextremisten, deren Akten nach den gesetzlichen Vorschriften zu löschen waren“ - und die Realität dahinter! 63
 - 2) Tatsächliche Hinweise zu Aktivitäten von Ernst und Hartmann nach 2010 und im NSU-Ausschuss 63
 - 3) Löschung der Akten nach den gesetzlichen Bestimmungen NICHT erforderlich, sondern wegen NSU-Aktenlöschmoratorium sogar verboten! 65
 - 4) Regel statt Ausnahme: 2000 gelöschte Akten von Rechtsextremisten in Hessen – leider oft fälschlich und unwiderbringlich! 67

Der Blick nach vorn 68

7. Service-Teil 70

Rechtliches:

Die in der Publikation verwendeten Symbole, welche nach § 86 StGB verboten sind, werden zu dokumentarischen und aufklärerischen Zwecken benutzt. Sie dienen nicht der Verharmlosung oder der Propaganda, sondern werden im Sinne des § 86a StGB Abs. 3 verwendet.

Mit Urteil vom 12. Mai 1998 (312 O 85/98) zur „Haftung für Links“ hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Anbringung eines Links die Inhalte der gelinkten Seite ggfls. mit zu verantworten hat. Daher distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller extern gelinkten Seiten und machen uns diese Inhalte nicht zu eigen.

Die Informationen geben den Sachstand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können nur bei einer Neuauflage aktualisiert werden. Sonstige Veränderungen können nicht berücksichtigt werden. Wir können daher keine Haftung übernehmen, wenn die Meldungen aktuell nicht mehr zutreffend sind.



Prolog

Am 20.07.2019, 6 Wochen nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke, gingen in Kassel ca. 15.000 Menschen auf die Straße, um gegen einen Aufmarsch der Partei „DIE RECHTE“ zu demonstrieren. Die Kleinstpartei versuchte mit einer perfiden Strategie, sich als Opfer der Medienberichte über den Mord und die personellen und strukturellen Verflechtungen der Täter zu inszenieren. Den Menschen, die sich am 20.07. 2019 entschieden gegen den braunen Spuk gestellt haben, ihrem Engagement, ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit, der Fröhlichkeit, mit der sie ihr ernsthaftes Anliegen in der ganzen Stadt dokumentierten, ist Respekt und Dank zu zollen. Sie haben deutlich gemacht, dass Kassel kein braunes Nest ist, trotz der Existenz einer kleinen, sehr gewaltbereiten Naziszene. Den Faschisten und Mördern keinen Fußbreit, No Pasaran! Sie werden nicht durch-kommen! Das war die Losung dieser Demonstration und diese Losung gilt auch für die Zukunft. Diese Veranstaltung war der Initialpunkt der jetzt vorliegenden Broschüre über rechte Netzwerke in Nordhessen. Wir bedanken uns bei den engagierten investigativen Journalisten*innen und besonders bei dem antifaschistischen Recherchenetzwerk EXIF. Wir haben versucht, die Infor-

mationen über die mutmaßlichen Täter und die braunen Netzwerke zusammenzutragen. In diesem Zusammenhang ist auch der Bericht des Hessischen Untersuchungsausschusses zum NSU zu nennen, der die nordhessische Szene bis 2014 tiefgreifend beleuchtet. Bis heute wurden die wesentlichen Hinweise auf die jahrzehntelange intensive Einbindung der Angeklagten in die rechten Strukturen überwiegend von Recherchenetzwerken des antifaschistischen Widerstands ermittelt. Während staatliche Stellen noch bis nach der Tat den Angeklagten in Sicherheitsüberprüfungen einen Persilschein ausstellten. Die vorliegende Broschüre der Hessischen Linksfraktion dokumentiert den derzeitigen Kenntnisstand über die Hintergründe und Verflechtungen rechter Netzwerke in Nordhessen. Ob und inwieweit staatliche Stellen weitergehende Informationen über die Verbindungen der mutmaßlichen Mörder besitzen, oder besaßen, welche Akten angelegt und / oder gelöscht wurden, wie sich die bestehenden rechten Netzwerke jahrzehntelang entwickeln konnten und ob es „schützende Hände“ gab, bleibt der Aufklärungsarbeit eines weiteren Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag vorbehalten.



Kassel, 20. Juli 2019, 15.000 auf der Straße

1. Das Netzwerk der Einzeltäter

Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 war in vieler Hinsicht eine traurige Zäsur und steht dennoch ebenso für traurige Kontinuität.

Eine Zäsur war der Mord insofern, als dass mit Dr. Walter Lübcke kein Flüchtling, kein Mensch mit Migrationsgeschichte oder eine politisch links stehende Person angegriffen oder ermordet wurde. Diesmal war das Opfer ein aktiver CDU-Politiker, ein als pragmatisch geltender und soweit man es sagen kann erfolgreicher und beliebter Konservativer, der sich aber 2015 öffentlich gegen rechte Hetze und für die Aufnahme von Flüchtlingen eingesetzt hatte – und damit über Jahre zur Hassfigur der neuen und alten Rechten wurde.

Der Mord fand enorme Anteilnahme, die Hintergründe und Ermittlungen werden öffentlich beobachtet, sogar international. In Kassel folgten am 27. Juni gut 15.000 Menschen dem Aufruf von Politik, von Kirchen, Unternehmen und zivilen Organisationen zu einer Kundgebung unter dem Motto „Zusammen sind wir stark“. Ein Staatsbegräbnis, posthume Ehrungen, die Gründung einer Walter-Lübcke-Stiftung, eine Schulumbenennung, anhaltende Bundes- und Landtagsdebatten über rechte Gewalt... Bei keinem der seit der Wiedervereinigung etwa 200 durch rechte Gewalt in Deutschland getöteten Menschen war die öffentliche Beachtung so hoch. Online-Hetze, die Rolle und Verbindungen zur AfD, rechte Straftaten und Militanz, sowie der Umgang von Politik und der Behörden damit rückten zeitweilig in den Fokus. Und das zumal Hessen nach dem NSU-Skandal immer wieder mit rechten Straftaten und Umtrieben in die Schlagzeilen geraten ist: Wegen NSU 2.0 Mord-Drohungen gegen eine Frankfurter NSU-Anwältin, wegen Ermittlungen zu Dutzenden rechter Polizisten, wegen des rassistischen Mordversuchs von

Wächtersbach, wegen Verfahren gegen rechtsterroristische Gruppen wie Combat 18 und die Aryans, sowie zuletzt wegen des rassistischen Anschlags von Hanau mit 11 Toten und der Frage: Warum immer wieder Hessen?

Die Zäsur beim Mord an Dr. Walter Lübcke durch bekannte Neonazis bestand zusammengefasst darin, dass Rechtsruck und dramatisch zunehmende rechte Straftaten nun ein „anderes“ Opfer gefunden hatten: Prominent, beliebt, alt, weiß, bürgerlich – „einer vor uns“, wie der hessische Ministerpräsident und Freund des Getöteten, Volker Bouffier, in seiner Trauerrede sagte.

Trotzdem bestand Kontinuität darin, dass Fragen nach einem rechten Tatmotiv sofort aktiv von den Chef-Ermittlern zurück gewiesen wurden, nämlich auf der Pressekonferenz des LKA-Hessen durch deren Präsidentin, Sabine Thureau, welche Fragen von Journalisten nach der rechten Hetzkampagne als Mord-Motiv als gefährliche Spekulationen zurückwies. Mit der rechten Stimmungsmache habe der Mord nichts zu tun, so Thureau, die sogar warnte, dass derartige Spekulationen die Ermittlungen behindern würden. In andere Richtungen spekuliert und ermittelt wurde aber umso intensiver: Gegner des Regionalflughafens Kassel-Calden, Gegner von Windkraftanlagen, Gegner einer Salzwasserpipeline, über einen Raubmord, einen Kirmesstreit bis hin zum SEK-Einsatz per Hubschrauber auf einer Fähre zur Insel Wangerooge, um den vermeintlichen Täter aus dem Freundeskreis der Familie daran zu hindern, die Tatwaffe in der Nordsee zu versenken. Man kann nicht sagen, dass nicht spekuliert wurde – nur anscheinend nicht dort, wo es so nahe lag.

Kontinuität bestand dann auch darin, als nach der Festnahme des Neonazis Stephan Ernst – aufgrund eines DNA-Treffers an der Kleidung des Getöteten – dieser von den Sicherheitsbehörden sofort als „abgekühlter“ und seit län-

2014

05.06.14

Hakenkreuzschmierereien in Adorf
Hohenroda-Mansbach: Hakenkreuz an
Garagenwand von Bürgerhaus gesprüht

27.06.14

Der Verein "Sturm 18 e.V."
wird offiziell ins
Vereinsregister eingetragen

09.07.14

Fritzlar: Gerichtstermin gegen den 22-jährige Nils J. aus Jesberg
wegen Volksverhetzung, er hatte Liedtexte der seit 2003
verbotenen Neo-Nazi-Band „Landser“ ins Internet gestellt

16.07.14

In Eschwege werden
Flugblätter der
Partei III. Weg verteilt

gerem nicht mehr aktiver Rechtsextremist bezeichnet wurde. Ein Einzeltäter, der seit 2009 hinter bürgerlicher Fassade und losgelöst von der rechten Szene lebte und deshalb „nicht mehr auf dem Radar“ der Behörden war. Diese Einschätzung wurde auch aufrechterhalten, als nach einem Geständnis des Stephan Ernst der zweite seit über 3 Jahrzehnten in der Neonazi- und Waffenszene aktive, Markus Hartmann, als offensichtlicher Mord- und Waffenhelfer festgenommen wurde. Auch dieser sei ein „abgekühlter Rechtsextremist“ und seit 2009 nicht mehr in Erscheinung getreten. Früher vorhandene Geheimdienst-Akten der Beiden habe man aufgrund gesetzlicher Vorschriften löschen müssen. Wieder einmal blieb es kritischen Journalisten, Parlamentariern und antifaschistischen Recherche-Netzwerken, überlassen die tatsächlichen Hintergründe von Ernst und Hartmann offenzulegen, die in völligem Widerspruch zu den Einschätzungen der Behörden standen und die teils sogar gerichtlich gegen die Behörden erstritten werden mussten.

Belegbar ist: Ernst und Hartmann haben über drei Jahrzehnte hinweg im rechten radikalen Parteienspektrum (NPD, AfD), im Bewegungsspektrum (Kameradschaften, KAGIDA, überregionale Demos) und im Umfeld militant-konspirativer Neonazi-Gruppen agiert (FAP, Combat 18, Sturm 18). Beide suchten immer wieder Umgang mit Waffen und Sprengstoff (legal und illegal) und haben bei der im Oktober 2015 beginnenden Hetz-Kampagne gegen Walter Lübcke von Beginn an entscheidend mitgewirkt: Es ist das Video von Markus Hartmann, dass bis heute mit fast 400.000 Klicks auf Youtube immer wieder geteilt und zu einer nicht enden wollenden Hass- und Mordkampagne des rechten Spektrums gegen Lübcke geführt hat. Dies wird in Kapitel 1 ausführlich als erfolgreich inszenierte und massenhafte Online-Mobilisierung und Teil des Rechtsrucks seit 2015 beschrieben.

Hartmann und Ernst, die mit Neonazi-Demonstrationen und Aktionen bis 2015 kaum mehr als gleichgesinnte Neonazis erreichen konnten, müssen sich im Rechtsruck seit 2015 und mit ihrer Online-Mobilisierung durch das



Lübcke-Video ermutigt gefühlt haben. Über 3 Jahre hinweg wurde von PI-News, PEGIDA, der Bundes-AfD bis hin zur Ex-CDU Abgeordneten Erika Steinbach das Video bis 2019 immer wieder aufgegriffen, so als habe es sich gerade neu ereignet. Das gemeinsame Narrativ von Neonazis, AfD und rechten Internet-Influencern, der angeblichen „Umvolkung“ eines Kartell aus „Altparteien, Volksverrättern und Lügenpresse“ fand im von Markus Hartmann erstellten und veröffentlichten Lübcke-Video einen immer wieder funktionierenden scheinbaren Beleg. Und in dieser Neonazi-AfD-Internet Mischszene wurde der Mord – und damit auch die Mörder - legitimiert und teilweise sogar öffentlich gefeiert, wie ebenfalls in Kapitel 1 nachgezeichnet wird.

Die biografischen Hintergründe von Ernst und Hartmann als jahrzehntelang aktiven und gefährlichen Neonazis werden im folgenden Kapitel 2 beschrieben. Demnach beging Stephan Ernst seit frühesten Jugend erschütternde, men-

15.09.14

Kassel: Marcel Wojanrowicz, Sänger der Band "Die Bandbreite" spielt auf der "Montagsmahnwache" in Kassel

03.10.14

Marcel Weifenbach („Freier Widerstand Kassel“, NPD, Kafuungen) soll auf Kundgebung der Partei „Die Rechte“ in Hamm sprechen

26.10.14

Kasseler Nazis Hools und organisierte Neonazis (u.a. Michael Viehmann, David Giesler (NPD) nehmen an der Hogesa-Demonstration in Köln teil.

schenverachtende und rassistische Gewalttaten, nach denen die behördliche Bezeichnung als „gewaltaffin“ jeder Beschreibung spottet. Ebenso gab es keinerlei Grund, anzunehmen, dass Ernst und Hartmann seit 2009 „abgekühlt“ und in der rechten Szene nicht mehr aktiv gewesen wären. Sie waren möglicherweise nach Aufliegen des NSU in 2011 und den erneuten Ermittlungen in Kassel kurzzeitig etwas vorsichtiger, aber spätestens ab 2015 wieder offensive Triebkräfte eines radikal-militanten Rechtsrucks, vor Ort, im Netz, auf Aktionen, als AfD-Unterstützer und dabei mindestens im Fall des Stephan Ernst zum Äußersten bereit. Die anhaltende Behauptung „abgekühlter Rechtsextremisten“ durch die Behörden ist mehr als falsch, sie grenzt an Leugnung.

Aktive Antifaschisten kritisieren besonders die wiederholte Relativierungen von rechter Gewalt und Terror seitens der Behörden, die sich auch in der Leugnung aller Bezüge zwischen dem NSU-Komplex und dem Lübcke-Mord zeigt. Daher erweitert diese Broschüre die Perspektive auf neofaschistische Akteure und Netzwerke, die das politische Umfeld von Ernst und Hartmann darstellten und nicht nur sie, sondern die gesamte neofaschistische Szene in der Region kennzeichnen.

Im Kapitel 4 findet sich ein kurzer Überblick über diejenigen Nazistrukturen, die unter Nutzung des Parteienprivilegs in den vergangenen Jahren ihre rassistische Propaganda und Provokationen – in der Regel nur gestört durch Proteste der Zivilgesellschaft – in Nordhessen durchführen konnten. Das sind die NPD, die mehrfach in Kassel versuchte, öffentlich präsent zu sein, die Partei „DIE RECHTE“, die ausgerechnet am 20. Juli 2019 eine Demonstration zum Lübcke-Mord in Kassel durchführen konnte, der III. Weg und natürlich die AfD, in deren Umfeld man Stephan Ernst und Markus Hartmann begegnet. In diesem Spektrum fanden sie ihren politischen Resonanzboden und entfalteten ihre propagandistische Wirksamkeit.

Verbrecherischen Taten wie die Angriffe auf Migranten, die NSU-Morde oder der Mord an Walter Lübcke werden

schon seit vielen Jahren in der Szene vorgedacht. Es sind nicht nur die sogenannten Prepper, die sich – durchaus bewaffnet – auf eine „Endzeitsituation“ vorbereiten, gerade hier in Nordhessen fanden und finden seit vielen Jahrzehnten Treffen und Aktionen von Neonazis statt, deren eigentliches Ziel es ist, einen rassistischen und neofaschistischen Ausweg aus den gegenwärtigen politischen Verhältnissen vorzudenken. Ob es sich um den Reichshof im Knüllwald des verstorbenen Jürgen Rieger handelt, das Thule-Seminar um Pierre Krebs, um Götz Kubitschek und sein „Institut für Staatspolitik“ oder um die Think-Tanks der Identitären Bewegung (IB) und die Burschenschaft Germania – sie alle verfolgen politisch nur ein Ziel, nämlich die gesellschaftliche Stimmung so zu beeinflussen, dass extrem rechte Vorstellungen massentauglich werden. Sie finden ihre praktischen Umsetzungen in scheinbar „skurrilen“ Gruppenzusammenhängen, wie die „Artamanen“ oder die „Reichsbürger“, von denen sich in den vergangenen Jahren mehrere Anhänger als sehr gewalttätig erwiesen haben. Zu diesem ideologischen Umfeld gehört auch die Rechtsrock-Szene, wobei diese Musik oftmals als „Einstiegsstür“ für die Mobilisierung von jungen Erwachsenen in die gewaltbereite neofaschistische Szene gesehen wird.

In dieser Szene gibt es Akteure, im kriminellen Milieu würde man sie wahrscheinlich „Paten“ nennen, die als neofaschistische Netzwerker Schaltstellen zwischen den scheinbar unterschiedlichen Milieus der extremen Rechten sind. Da sein Einfluss auch nach Nordhessen reicht, beschäftigt sich die Broschüre abschließend – in aller Kürze – mit Thorsten Heise, der die Verbindung zwischen NPD, freien Kameradschaften, Rechtsrock-Szene und – über seine Beziehungen zu Björn Höcke – zur AfD darstellt.

Schlussfolgerungen für die Landespolitik und die antifaschistische Bewegung aus dieser Bestandsaufnahme werden im Abschlusskapitel diskutiert. Wenn man die hier dokumentierten Fakten, die jede damit beschäftigte Behörde wissen könnte, betrachtet, dann wird deutlich, welche schweren politischen Versäumnisse das hessische Landesamt für Verfassungsschutz und das zuständige In-

11.11.14

Eschwege: Ein Mann lief stark alkoholisiert durch die Eschweger Innenstadt und rief nationalsozialistische Parolen (u.a. Sieg Heil).

01.12.14

"Kassel: Erste von 26 KAGIDA-Veranstaltungen in Kassel Tn. u.a Michael Werl (Ex Republikaner, Germania, AfD), Manfred Mattis (AfD, Ex-CDU), Michael Viehmann (AfD), Daniel Lachmann (NPD), Stefan Jagsch (NPD), Edwin Wagensveld, (Online-Waffenshop „Der Hollander“), David Giesler (NPD), Marcel Weifenbach („Freier Widerstand Kassel“, NPD, Kafuungen)"

nenministerium sich im Umgang mit Rechtsterror und der extrem rechten Szene nicht nur in Nordhessen geleistet hat. Es wird politisch zu klären sein, warum der VS und die Sicherheitsbehörden des Landes folgende Aspekte nicht bzw. nicht angemessen aufgeklärt haben:

- die zeitliche, ideologische und strukturelle Nähe der mutmaßlichen Lübcke-Mörder zum NSU
- das NSU-ähnliche Agieren mit Rohrbomben, Sprengstoff und Waffen, sowie beim Messerangriff vom Fahrrad aus (2016) und dem tödlichen Kopfschuss auf Herrn Lübcke (2019).
- die (lapidare) Zeugenbefragung des Markus Hartmann zum NSU-Mord in Kassel 2006 und dass diese Spur später nicht wieder aufgerollt wurde
- die Löschungen bzw. „Sperrungen“ der Akten von Ernst (2015) und Hartmann (2016) im Hessischen Verfassungsschutz trotz ihrer Relevanz und unseren Befragungen im NSU-Ausschuss, sowie die offensichtliche Existenz weiterer Geheimakten zu ihnen und ihrem Umfeld
- die Nähe des Neonazi V-Mannes Benjamin Gärtner sowohl zu Ernst, als auch zu seinem V-Mannführer Andreas Temme als zentraler Figur im NSU-Skandal Hessen



Blood and Honour

- die offensichtliche Aktivität von Ernst und Hartmann seit 2015 in einer AfD-Neonazi-Waffen Mischszenen einerseits und die offizielle Darstellung als „abgekühlte Extremisten“ andererseits.

Trotz der Zäsur, welche der Mord an Walter Lübcke sicherlich bedeutete: Wieder einmal waren es nicht die Sicherheitsbehörden, von denen das Wissen über die möglichen Täter und extremen rechten Strukturen stammt. Im Gegenteil ist dringend aufzuklären, wie und warum das vorhandene Behörden-Wissen um die Gefährlichkeit der Beiden immer wieder versickert ist, warum ihre Aktivitäten gegen Walter Lübcke und im AfD-Neonazi-Spektrum seit 2015 nicht „auf dem Radar“ gewesen sein sollen und sie sogar bis heute offiziell als „abgekühlte Rechtsextremisten“ bezeichnet werden. Die mutmaßlichen Täter waren tatsächlich seit Jahrzehnten straffällige, militante und weit vernetzte Neonazis, die aktiv und erkennbar mitmischten, verstärkt wieder im Rechtsruck seit 2015 und sich und andere dabei ganz offensichtlich bewaffneten.

Diese Broschüre ist also einerseits eine Bestandsaufnahme der neofaschistischen Netzwerke und Akteure in Nordhessen, gleichzeitig aber auch ein politischer Auftrag für die Landespolitik, wozu im Schlusskapitel noch einiges ausgeführt wird.



Combat 18

22.12.14

15 Neonazis greifen nach einer KAGIDA-Demo in Kassel Antifaschistinnen an

2015**23.01.15**

Aufkleber der „Identitären“ an Waldeck-Frankenberger Schulen

29.01.15

Kassel: 2jährige Haftstraße für Bernd Tödter (Kameradschaft „Sturm 18“) wegen Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung

27.02.15

Gilsberg: Drohungen gegen Flüchtlingsheim

2. Walter Lübcke – Kontext und Hintergründe eines Mordes

Es ist erklärungsbedürftig, warum mit Walter Lübcke ein bundesweit eher unbekannter Regionalpolitiker der CDU aus Nordhessen in der Nacht vom 1. zum 2. Juni 2019 auf der Terrasse seines Hauses in Wolfhagen-Istha mit einem Kopfschuss aus 1 – 2 Meter Entfernung vermutlich von dem Rechtsradikalen Stephan Ernst ermordet wurde. Zum Verständnis ist es hilfreich, die Vorgeschichte dieses Mordes in den Kontext der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre einzubetten. Gleichzeitig lassen sich so beispielhaft die Blaupausen zeichnen, mit denen der politische Diskurs im Zusammenwirken von Rechtsextremen und AfD nach rechts verschoben wurde. Exemplarisch sollen die Mechanismen der öffentlichen Hetzkampagne in den Echokammern des Internet im Zusammenwirken verschiedener rechter Kräfte von der AfD über rechte Blogs bis hin zu Rechtsterroristen dargestellt werden, die den Mord an Herrn Lübcke orchestrierten.

1. Markierung als Volksverräter durch Stephan Ernst und Markus Hartmann

Als sich am Abend des 14. Oktober 2015 in Lohfelden 800 Bürger in der Stadthalle über die geplante Flüchtlingsunterkunft im nahe gelegenen ehemaligen Hornbach-Gartencenter informieren wollten, waren auch Aktivisten von KAGIDA, dem Kasseler Ableger von PEGIDA, gekommen, die aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik und die geplante Flüchtlingsunterkunft den Regierungspräsidenten Lübcke ständig laut unterbrachen. Eigentlich wollte sich Herr Lübcke irgendwann nur gegen diese von ihm als Störer wahrgenommenen KAGIDA-Aktivisten zur Wehr setzen, als er die Aufnahme von Flüchtlingen als zutiefst human verteidigte und sagte, "... es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer

diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“¹⁾ Es ist davon auszugehen, dass Herr Lübcke nicht wusste, wer da am Stören war.

Er richtete seine Kritik nicht allgemein in den Saal hinein, sondern direkt an die KAGIDA-Aktivisten in der ersten Reihe und es entstand Unruhe im Saal. Genau diese Szene - Herrn Lübckes Worte und die Zwischenrufe - hielt Markus Hartmann, der der Beihilfe zum Mord an Herrn Lübcke angeklagte Freund von Stephan Ernst, mit seinem Smartphone in einer kurzen Videosequenz von 1 Minute und 6 Sekunden Dauer fest. Nach eigener Aussage ist Stephan Ernst auf dieser Video-Sequenz zu hören mit: "Ich glaub`s nicht, verschwinde". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Timo Gremmels aus Nordhessen, der in Lohfelden anwesend war, stellte bei der Gedenkfeier im Bundestag nach dem Tod von Herrn Lübcke fest, dass die Rechten damit genau die Bilder hatten, die sie haben wollten.²⁾ Wie in einem Brennglas



Markus Hartmann (links) und Stephan Ernst (rechts)

06.03.15

Sontra: An einer Wetterschutzwand am Bahnhof Sontra wurde anfang März 2015 ein 20×20 cm große Schmiererei in Form eines Hakenkreuzes angebracht.

17.03.15

Hannover: Victor Seibel (Kassel, Deutsch-Russischen Bruderschaft, KAGIDA-Redner) tritt bei Endgame („Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas“) auf. Weitere Teilnehmer: Marcus S.

war in dieser einminütigen Videosequenz verdichtet, was die Rechten unterstellen, der vermeintliche Beweis dafür, dass die Flüchtlingspolitik nur gegen den Volkswillen durchgesetzt wird, von einem Kartell aus Volksverrättern bis hin zur CDU, die lieber das Volk außer Landes verweisen, als den Flüchtlingsstrom stoppen will.

Damit sollte eine der wirkmächtigsten Erzählungen rechts-populistischer und rechtsradikaler Ideologie gleichsam unwiderlegbar visualisiert werden, dass in Europa ein großer Bevölkerungsaustausch, eine große Umvolkung im Gange sei, die die Regierung im Kartell mit den Medien aktiv gegen das eigene Volk betreibe und gegen die das Volk sich wehren müsste. Bei dieser Erzählung habe dann jeder national gesinnte Deutsche das Recht oder sogar die Pflicht auf Widerstand bis hin zur Hinrichtung von Volksverrättern, um das eigene Volk vor dem Untergang zu retten.³⁾ In diese Erzählung sind die Parolen „Widerstand“ und „Lügenpresse“ eingebettet, die bei Demonstrationen der Rechten, bei PEGIDA, in Chemnitz usw. gerufen werden. Die extreme Rechte schreckte noch nie vor Gewalt und Mord zurück, sondern sucht sie sogar und beschwört Krisensymptome, die durch die AfD als parlamentarischen Arm in die Parlamente getragen und durch die „sozialen Medien“ millionenfach verbreitet werden. Gauland gab als Devise seiner Partei aus, "die Grenzen des Sagbaren auszuweiten",⁴⁾ erklärte 2018 auf dem Kyffhäusertreffen: „Der Bevölkerungsaustausch in Deutschland läuft auf Hochtouren“⁵⁾ und kündigte an: „Wir werden sie jagen. Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“⁶⁾ Dieses Narrativ ist sowohl jedem AfD-Anhänger als auch Neonazi geläufig und bildet eine gemeinsame weltanschauliche und mobilisierende Schnittmenge.

Mit der Videosequenz wurde Walter Lübcke in diesen Kontext eingeordnet und als ein Volksverräter markiert, der in den Augen von gewaltbereiten Rechtsradikalen wie Stephan Ernst auch hingerichtet werden darf, vielleicht sogar endlich hingerichtet werden muss. Bei Gesinnungsgenossen und im Internet wurde der Mord an Walter Lübcke in dieser Misch-Szene dementsprechend vielfach gewürdigt,

legitimiert und begrüßt. Dass Ernst an AfD-Demonstrationen, AfD-Wahlkämpfen, AfD-Partys und AfD-Veranstaltungen teilnahm und Geld für die AfD spendete, ist ebenso logisch, wie dass das AfD-Spektrum - bis hin zur ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Monika Steinbach - ihn in seiner Überzeugung, endlich das zu tun was notwendig ist, bestärkt haben dürften.

2. Viral verbreitet: Hetzkampagne in der rechten Social-Media-Maschine

Bei der Auseinandersetzung in Lohfelden handelte es sich um mehr als einen spontanen Störbesuch einiger KAGIDA-Mitglieder⁷⁾, es war eine professionelle Form von Öffentlichkeitsarbeit, die direkt in den politischen Prozess eingespeist wurde. Noch am Abend des 14.10.2015 lud Markus Hartmann das Video auf seinem unter dem Namen "Professor Moriatti" betriebenen YouTube-Account hoch, wo es bis heute mit fast 400.000 Aufrufen online ist.⁸⁾ Und noch am selben Abend setzten die Morddrohungen gegen Walter Lübcke ein. Bereits am nächsten Tag erschien auf dem reichweitenstarken extrem rechten Blog „PI-News“ (Politically Incorrect News), der eine professionell entfaltete Infrastruktur rechter Meinungsmache bietet,⁹⁾ ein Artikel mit Angabe der Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse von Herrn Lübcke. Die Videosequenz wurde in den folgenden Tagen weiter verlinkt. In der Kommentarspalte riefen Leser dazu auf, „dort vorbeizuschauen“, es wurde angekündigt: „Der Kasper aus Kassel macht es nicht mehr lange.“ KAGIDA und Hartmann hatten einen Coup gelandet, eine Reichweite und Resonanz, die mit keiner Neonazi-Demonstration oder Aktion jemals zu erreichen wäre.

Der Blog „PI-News“ hat etwa 50 unterstützende Ortsgruppen, eine davon in Osthessen, deren Aufgabe und Strategie es ist, Diskussionsveranstaltungen zu stören, sogenannte „Gutmenschen“ zu markieren und später durch massenhaft beleidigende E-Mails zu diffamieren mit dem Ziel, die politische Debatte zu prägen, nach rechts zu verschieben und so wenn möglich die politische Agenda zu bestimmen.¹⁰⁾

20.04.15

Kassel: Lutz Bachmann bei KAGIDA-Demo in Kassel u.a. mit Mario Beck, Michael Viehmann, Hamburger AfD-Aktivistin Tatjana Festerling, NPD mit eigenem Banner (Landesgeschäftsführer Daniel Lachmann), NPD-Anwalt Peter Richter, Peter Marx), IB (Felix Kielstein)

23.04.15

Kassel: Urteil gegen Michael Viehmann (Pegida, AfD) wegen Volksverhetzung und antisemitische Äußerungen



Genau das wurde in Lohfelden und mit dem Video „professionell“ mit bundesweiter Reichweite gemacht. Die späteren mutmaßlichen Mörder des Herrn Lübcke gehörten zu den Hauptakteuren. Eine Zusammenarbeit der extremen rechten Szene in Kassel mit dem Blog „PI-News“ bestand schon zuvor: Ende Dezember 2014 wurde bei einer KAGIDA-Demonstration in Kassel ein professionell gestaltetes, gedrucktes Transparent des Blogs „PI-News“ mit dem Slogan „Stoppt die Islamisierung des Abendlandes“ mitgeführt.

Bis heute ist kaum bemerkt worden, dass auch der Bundesvorstand der AfD dieses Video zwei Tage nach der Bürgerversammlung in Lohfelden auf seinem Hauptaccount bei Facebook mit der Parole postete „Noch ist es unser Land, Herr Lübcke!“

Am Montag, den 19.10.2015, fünf Tage nach der Veranstaltung in Lohfelden, eröffnete der deutsch-türkische Autor Akrif Pirrinci als Hauptredner bei der Kundgebung zum einjährigen Bestehen von PEGIDA in Dresden seine Rede

vor 20.000 Menschen mit den Ereignissen von der Bürgerversammlung in Lohfelden und griff Herrn Lübcke stellvertretend für die Regierenden scharf an.¹¹⁾

Die Saat der Rechten ging nun vollends auf. Ein rechter Shitstorm flutete in das Leben des Herrn Lübcke, der vergebens versuchte, über seinen Facebook-Account und in einem Interview gegenzusteuern und seine Äußerungen klarzustellen. Zwei Wochen trat er zu seinem Schutz nicht mehr öffentlich in Nordhessen auf, einige Tage erhielt er Personenschutz.¹²⁾

Binnen weniger Tage und von der breiteren Öffentlichkeit kaum wahrgenommen war Herr Lübcke in den Echokammern der extremen Rechten und Neonazis zur Symbolfigur der verhassten humanitären Flüchtlingspolitik stilisiert und als Zielscheibe für Rechtsterroristen markiert worden.

Bei der Erzählung vom großen Bevölkerungsaustausch¹³⁾ entfaltete diese Videosequenz eine ungeheuerliche und über Jahre anhaltende Breitenwirkung auf den Social-Media-Kanälen, in Chaträumen, auf Facebook, Youtube und Twitter sowie in rechten Foren, die immer wieder neu befeuert wurde. So postete am 6. Februar 2019, also mehr als drei Jahre nach dem Ereignis ein rechter Blogger: "CDU-Politiker rät Deutschen ihr Land zu verlassen, wenn sie mit Merkels Asylpolitik nicht einverstanden sind", als sei das Ganze eben erst passiert und ein YouTube-Nutzer namens "Thor" lud die Videosequenz erneut hoch.¹⁴⁾ Als dann die bundesweit bekannte frühere CDU-Politikerin Erika Steinbach, inzwischen Vorsitzende der AfD-nahen Stiftung „Desiderius-Erasmus-Stiftung“, die Videosequenz am 18. Februar 2019 in einem Tweet für ihre 80.000 Follower auf Twitter ebenfalls erneut verlinkte, brach ebenso erneut ein rechter Shitstorm gegen Lübcke los.¹⁵⁾

3. ...und der Song „C18“ der Band „Erschießungskommando“

Es blieb den Vertretern des offenen terroristischen Neonazismus um die Terrorgruppe "Combat 18" vorbehalten, einen Höhepunkt rechter Hetze zu setzen. „Combat 18“ übersetzt

14.10.15

Bürgerversammlung in Lohfelden wird von Stephan Ernst und Markus Hartmann besucht

20.06.15

"Kassel: Michel Friedrich (Combat 18, Bandidos, Hooligan, Anführer der „Hardcore Crew“ und Bekannter von V-Mann Benjamin Gärtner, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt) bietet Alexander Gorges (Dortmund, Mitglied in der Band Oidoxie) zwei halbautomatische Pistolen vom Kaliber 9 mm samt zugehöriger Munition an. Michael F. organisierte Konzert mit der Band „Oidoxie“ im Clubhaus des Kasseler Ablegers des MC Bandidos"

sich mit „Kampfgruppe Adolf Hitler“ - die 18 steht für den 1. und 8. Buchstaben im Alphabet: A und H, den Initialien von Adolf Hitler. Es ist ein Markenzeichen von "Combat 18", dass sie über eigene oder ihr nahestehende Neonazi-Bands Hass-Botschaften bei Konzerten verbreitet und sich am Rande solcher Konzerte vernetzt und Verabredungen trifft. Eine Neonazi-Band, die sich selbst "Combat 18" zu-rechnet und deren Besetzung nur Eingeweihten bekannt ist, ist die Band „Erschießungskommando“.¹⁶⁾ Sie hatte 2016 in einem Song den Mord an der thüringischen Landtagsabgeordneten der Linken, Katharina Preuß-König, und ihrem Vater Lothar König propagiert.¹⁷⁾ Im April 2019 veröffentlichte die Band „Erschießungskommando“ eine neue CD mit dem Titel "Henkerszeit".¹⁸⁾ Sie ist zwar im Netz angekündigt, aber für den Normalnutzer nicht zugänglich, sondern offensichtlich nur für den harten Kern der Rechts-extremisten gedacht. Über deren Kommunikationskanäle im Internet war sie zu finden. In der Öffentlichkeit blieb sie unbemerkt. Auf dieser CD ist der Song „C18“ zu finden. Dessen Text liest sich wie das Drehbuch für Morde, wie er zuvor vom rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) begangen wurden und 6 Wochen später auch an Herrn Lübcke verübt wurde, ohne dass dabei sein Name genannt wird¹⁹⁾:

*“Wenn es dunkel wird im Land
bleibt der Killer unerkannt,
er schleicht sich lautlos an das Haus (...)
bald da wird ein Leben enden
in den eigenen vier Wänden.
Das Opfer ahnt nicht sein Bestreben,
es wird keine Rettung geben.
Kühl im Kopf, handelt besonnen,
kein Opfer ist ihm je entkommen.
Weißer Stolz, weiße Kraft,
ein Mann der keine Fehler macht,
der Totenkopf am schwarzen Hemd,*



Schnellfeuerwaffen schallgedämpft.

C18! Heil Combat 18!"²⁰⁾

Der vor der Öffentlichkeit gut versteckte Song wurde auf rechtsradikalen russischen Websites gefunden, eine mp-3-Datei liegt vor.²¹⁾ Stephan Ernst und Markus Hartmann, die Herrn Lübcke mutmaßlich ermordet haben, stehen der Ideologie und Personen von Combat-18 mindestens nahe. Auf einer anderen Bühne an einem anderen Ort erklärte ein Politiker der AfD, Maximilian Krahe, unter tosendem Beifall der Delegierten auf dem Landesparteitag der AfD in Sachsen: „Wir schießen den Weg frei“.²²⁾

Aus Worten waren Taten geworden. „Hetze schlägt in Terror um“, urteilte die ehemalige Justizministerin Leutheuser-Schnarrenberg.²³⁾ Der Präsident des Bundestages, Wolfgang Schäuble erklärte einen Monat später, dass menschenfeindliche Hetze der Nährboden für Gewalt wäre. „Und wer diesen Nährboden düngt, macht sich mitschuldig“.²⁴⁾ Nach

15.10.15

PI-News berichtet über die Bürgerversammlung in Lohfelden und veröffentlicht Mailadresse von Lübcke und seine dienstliche Telefonnummer

27.10.15

Die Gruppe „Sturm 18“ um Berndt Tödter und René Sparbier wird vom Hessischen Innenminister verboten

23.12.15

Sontra:
Flugblattaktion
"Refuges go home"

27.12.15

Winterlager der Organisation
"Sturm-vogel" im BdP-Landeszentrum
Immenhausen

dem Mord setzte eine dritte Welle der Verleumdung und des Hasses gegen Herrn Lübcke ein: „Der Volksschädling wurde jetzt hingerichtet.“ - "Eine widerliche Ratte weniger." - "Hochmut kommt vor dem Knall." - "Und wieder einer weg."²⁵⁾

4. Nach dem Mord: Rechte Szene feiert, aber Rechtsterror undenkbar

Nach dem Mord an Herrn Lübcke wurde öffentlich eher über Tatmotive im privaten Umfeld spekuliert, als dass der naheliegenden Spur des Rechtsterrors größere Bedeutung beigemessen wurde. Die Ereignisse von Lohfelden, der jahrelange Shitstorm, die Morddrohungen und auch die unverhohlene Freude der Rechten im Netz, welche nach den Mord an Walter Lübcke ausgedrückt wurde, führten nicht zur naheliegenden Annahme von Rechtsterror. Die Spur zu Tätern im rechtsradikalen Milieu wurde sogar offiziell kleingeredet und geleugnet. Fragen von Journalisten, die in diese Richtung gingen, wurden bei der Pressekonferenz nach dem Mord von der Leiterin des LKA Hessen, Sabine Thureau, und dem Leitenden Oberstaatsanwalt, Horst Streiff, als reine Spekulationen zurückgewiesen, die sogar die Ermittlungen nur behindern würden.²⁶⁾ Man beteuerte, dass in alle Richtungen ermittelt würde, aber die Richtung, die sich quasi aufdrängte, schloß sie mit dem Argument aus, ein politisches Motiv wäre nicht ersichtlich und mit den Anfeindungen gegen Herrn Lübcke habe der Mord nichts zu tun.²⁷⁾

Stattdessen wurde neben möglichen Spuren ins Private auch medial über Proteste von Umweltschützern spekuliert: Gegner des Regionalflughafens Kassel-Calden, Gegner von Windkraftanlagen, Gegner einer Salzwasserpipeline durch Osthessen hätten ein Motiv, vielleicht sei es auch ein Raubmord oder ein Kirmesstreit.²⁸⁾ RTL titelte: „Kann die Kirmesspur den Durchbruch bringen?“²⁹⁾ Der Höhepunkt: Mit einem SEK-Einsatz und einem Hubschrauber wurde eine Fähre zur Insel Wangerooge gestoppt und durchsucht, um den angeblich auf der Fähre reisenden vermeintlichen Täter aus dem Freundeskreis der Familie daran zu hindern, die

Tatwaffe in der Nordsee zu versenken.³⁰⁾ Die FAZ stellte fest, dass ein politisches Motiv immer weiter in den Hintergrund geraten würde.³¹⁾ Diese Grundorientierung wurde in der öffentlichen Berichterstattung übernommen, der Blick nach rechts weitgehend ausgespart.

5. Täter ermittelt: „Abgekühlter rechtsextremistischer Einzeltäter“?

Die Versuche, Schleier des Schweigens über die Spur nach rechts zu legen, platzten am 15. Juni 2019. Wie eine Bombe schlug die Nachricht ein, dass im Kasseler Stadtteil Forstfeld ein Mann festgenommen wurde, nachdem dessen DNA-Spuren auf der Kleidung des toten Walter Lübcke festgestellt wurden, und dieser Mann „wahrscheinlich“ einen rechtsradikalen Hintergrund habe.³²⁾ In der Berichterstattung blieb es zunächst bei „vermutlich“ - und wenn ja: nur „früheren“ - Kontakten in die rechte Szene, doch ein „rechtsextremes Motiv“ wäre weiter „unklar“.³³⁾ Den Vogel der Verharmlosung sollte der Obmann der CDU im Innenausschuss des Bundestages, Armin Schuster, abschließen. Er erklärte im Interview mit dem ARD-Morgenmagazin, dass dies der erste rechtsextremistische Mord seit dem Kriegsende wäre und blieb auch bei überraschter Nachfrage der Journalistin bei dieser Aussage. Damit übergang er immerhin etwa 200 Tote durch rechte Gewalt allein seit 1990 in Deutschland.³⁴⁾ Das Statement schockiert umso mehr, weil Armin Schuster sogar Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages war. Wie also kommt ein Politiker, der es besser wissen mußte zu einer solchen offenkundig falschen Aussage?

Zehn Tage nach seiner Festnahme legte Stephan Ernst ein Geständnis im Polizeipräsidium Kassel ab,³⁵⁾ zwei Tage später führte er die Ermittler zu seinem Waffenversteck. In einem Erddepot auf dem Betriebs Hof seines Arbeitgebers fanden sich fünf Schusswaffen, darunter eine Uzi-Maschinenpistole samt Munition, eine Pumpgun und die Tatwaffe. Ernst verriet zudem die Namen derer, die ihm die Waffen besorgt haben sollen. Noch am gleichen Tag wurden Markus Hartmann in Kassel als mutmaßlicher Vermittler des

Waffengeschäftes und Elmar J. in Borgentreich, 40 km nördlich von Kassel, als mutmaßlicher Lieferant der Waffen verhaftet.³⁶⁾ Ebenso fanden Hausdurchsuchungen bei zwei Männern im Großraum Kassel statt, die illegal Waffen von Stephan Ernst gekauft haben sollen und von denen einer „schwere staatsgefährdende Straftaten“ geplant haben könnte. Insgesamt wurden fast 50 Waffen sichergestellt.

Doch die CDU-Bundesspitze blieb auch dann noch wortlos bis vage. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer meldete sich spät und ihr Generalsekretär Paul Ziemiak lange gar nicht zu Wort. Bundeskanzlerin Merkel gab wenige Tage nach der Verhaftung ebenfalls nur ein kurzes Statement ab und sprach zurückhaltend von bedrückenden Nachrichten, die uns erreichten. Von Rechtsterrorismus war nicht die Rede.³⁷⁾ Die Tageszeitung TAZ recherchierte bei CDU-Geschäftsstellen und CDU-Politikern mit dem Ergebnis, dass die CDU auf Bundes- und Landesebene insgesamt sehr verhalten bis gar nicht auf den Mord an ihrem Parteifreund reagierte³⁸⁾, der Berliner Tagesspiegel sprach vom „dröhnende(n) Schweigen der Union“.³⁹⁾ Es war DIE LINKE, die eine aktuelle Stunde im Bundestag zu dem Mord an einem CDU-Politiker beantragte.⁴⁰⁾ Die Regierungsparteien stell-

ten erst daraufhin einen eigenen Antrag, der dann auch im Bundestag behandelt wurde.⁴¹⁾

Auch bei einer gemeinsamen Pressekonferenz des Bundesinnenministers Seehofer mit den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herr Haldewang, und des Bundeskriminalamtes, Herr Münch, zwei Tage nach der Verhaftung fand sich diese Grundlinie. „Sie führten aus, dass bei ihnen seit 2009 zu Ernst keine weiteren Informationen vorlägen und Hessen müsse nun prüfen, ob Ernst eventuell weiter als Rechtsextremist aktiv gewesen sei. Doch der hessische Innenminister, Peter Beute, strickte sodann die Legende vom "abgekühlten Rechtsextremist", der aufgrund seiner Inaktivität vom "Radar der Behörden" verschwunden sei.“

6. Aufklärung statt Vertuschung: Die jahrelang vernetzten aktiven „Einzeltäter“ und ihre Helfershelfer

Die Behörden-Einschätzungen und -Relativierungen wurden bundesweit durch zahlreiche Medien, antifaschistische Recherchenetzwerke und kritische Parlamentarier rasch und grundsätzlich widerlegt. Es zeigte sich, dass Ernst und Hartmann jahrzehntelang vernetzt, gefährlich und auch nach 2009 aktiv geblieben waren, dass der Geheimdienst sogar über den Umgang von Markus Hartmann mit Waffen und Sprengstoff informiert war. Dass DIE LINKE im Hessischen Landtag 2015 im NSU-Ausschuss Fragen zu Stephan Ernst gestellt und dabei explizit nach seiner besonderen Gefährlichkeit gefragt hatte, ohne dass die Behörden ihr Wissen preis gaben, ist ein weiterer Skandal.

In der Stadt Kassel begannen nach Bekanntwerden der Nachricht, dass Herr Lübcke vermutlich von einem rechtsradikalen Täter ermordet worden war, Kamera- und Journalisteneams aller großen Medien zu recherchieren. Im Mittelpunkt standen Verbindungen zum NSU und rechtsradikalen Netzwerken im Umfeld des mutmaßlichen Mörders. Verwiesen wurde auf schon lange bestehende gewaltbereite neonazistische Netzwerke in Nordhessen, so zum Beispiel „Combat 18“, die schon im Umfeld des NSU aktiv



23.01.16

Fulda:
Ein Asylsuchender wird
zusammengeschlagen

25.01.16

Kassel:
Neujahrsempfang der
AfD mit Udo Ulfkotte

29.01.16

Rassistische Beleidigung
in anonymen Schreiben an
die Stadtverwaltung Dudenberg

07.02.16

Alheim-Heinebach (Hersfeld-Rotenburg):
Sachbeschädigung an einer
Asylbewerberunterkunft

11.02.16

Vöhl, OT Marienhagen:
Ausländerfeindliche Parolen und
Hakenkreuze an verschiedenen Orten

waren. Dies hatte DIE LINKE Fraktion im Hessischen Landtag auch im NSU-Untersuchungsausschuß unter die Lupe genommen und den nordhessischen Neonazi-Strukturen ein eigenes längeres Kapitel im Abschlußbericht gewidmet.⁴³⁾

Der Hessische Innenminister musste zudem einräumen, dass ein Foto von Stephan Ernst bei einer Sonnenwendfeier im Jahr 2011 vorlag. Belegt werden konnten auch Spenden und Aktivität von Stephan Ernst für Wahlkämpfe und Veranstaltungen der AfD, sowie die gemeinsame Teilnahme von Ernst und Hartmann an der gemeinsamen Demonstrationen von AfD, PEGIDA und der rechtsextremistischen Pro Chemnitz 2018, bei denen es zu schweren Ausschreitungen und pogromartigen Übergriffen kam.

Zudem stellt sich die Frage: Wenn Markus Hartmann das Video von Lübcke im Oktober 2015 ins Internet stellte, aufgrund dessen der jahrelange Shitstorm und Morddrohungen gegen Lübcke ausbrachen und wenn Stephan Ernst wegen eines Mordversuchs 2016 von der Polizei verhört wurde, wie konnten die Behörden dann von ihrer Inaktivität ausgehen?

Es ist deshalb kaum zu begreifen, warum die Beiden nicht mehr auf dem Radar gewesen sein sollen und ihre Akten in den Jahren 2015 und 2016 vom Hessischen Geheimdienst gelöscht wurden, statt sie dem NSU-Ausschuss zu übergeben.

Um sich ein Bild über die rechtsradikalen Aktivitäten des Stephan Ernst und teilweise des Markus Hartmann machen zu können, sollen hier die öffentlich bekannten Informationen weiter dargestellt werden. Grundlage sind die in den letzten Monaten von Recherche-teams und dutzenden von investigativen Journalisten*innen zusammengetragenen Informationen. Hervorgehoben sei die antifaschistische Rechercheplattform „EXIF“ und die sofort einsetzenden Bemühungen der Linksfraktion im Hessischen Landtag, die rechtsradikalen Aktivitäten des Stephan Ernst und die Rolle der Sicherheitsbehörden aufzuklären.



Stefan Ernst und Mike Sawallich

Anmerkungen zu „Walter Lübcke – Vorgeschichte eines Mordes“:

- 1) Naumann, B.: Störer provozierten Regierungspräsidenten. Infoabend zu Flüchtlingen: 800 Besucher in Lohfelden, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (HNA), 15.10.2019; Naumann, B.;Ketteritsch,P.: Flüchtlingsdebatte in Lohfelden: Lübcke ließ sich provozieren, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine (HNA), 17.10.2015
- 2) Deutscher Bundestag, 19.Wahlperiode, 107.Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 27.Juni 2019, Protokoll, S. 13183, 13184
- 3) Minkmar, N.: Wie das Gerücht vom „Bevölkerungsaustausch“ in die Welt kam, Spiegel 14/2018, <https://www.spiegel.de/spiegel/bevoelkerungsaustausch-wie-ein-rechter-kampfbegriff-karriere-macht-a-1200829.html>
- 4) „Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“, Gauland im Interview mit Philip Eppelsheim, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.6.2018, <http://www.faz.net/-15627982.html>

12.02.16

Wolfhagen:
Rassistische Beleidigung
von Helfern Geflüchteter

20.02.16

Kassel:
Wahlkampfveranstaltung der AfD mit
Burschenschaftlern, NPD und Neonazis

17.03.16

Axel von Baumbach (Kirchheim, ehm. CDU) und Bernd Ehardt treten nach
Veröffentlichen über Reibürgeraktivitäten bzw. antisemitischen Aktivitäten
aus der AfD und aus der AfD-Kreistagsfraktion Hersfeld-Rotenburg aus

23.03.16

Fritzlar (Schwalm-
Eder-Kreis): Unbekannter
reißt Frau am Kopftuch

tag-x-ziele-und-gefahrenpotenzial-des-rechtsterrorismus
 Quent, Matthias: (Nicht mehr) warten auf den „Tag X“, Ziele
 und Gefahrenpotential des Rechtsterrorismus, In: Aus Politik
 und Zeitgeschichte, Rechtsterrorismus, Heft Nr.49-50/2019, S.
 31.

²¹⁾ Die Landtagsfraktion Hessen der Linken ist im Besitz der
 mp-3-Datei des Songs.

²²⁾ Thorwarth, Katja: „Wir schießen den frei“ - bereitet die
 AfD-Sprache den Boden für rechten Terror mit?, In: Frankfur-
 ter Rundschau (FR) 19.06.2019

²³⁾ Spiegel online, 28.07.2019

²⁴⁾ Tagesschau 26.06.2019,
<https://www.tagesschau.de/inland/luebcke-reaktionen-101.html>

²⁵⁾ Panorama:

<https://www.youtube.com/watch?v=pwcz0XMmY8Q>
<https://www.stern.de/politik/deutschland/nach-ard-bericht--entsetzen-ueber-pegida-reaktion-zum-mord-an-walter-luebcke-8785254.html>
<https://www.tagesschau.de/inland/luebcke-reaktionen-101.html>
<https://www.tagesspiegel.de/politik/lka-prueft-strafrechtliche-relevanz-politiker-entsetzt-ueber-hasskommentare-zu-luebckes-tod/24431248.html>
 (https://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=16954:demonstration-in-kassel-zum-tod-von-walter-luebcke-eine-rede-des-kasseler-intendanten-tomas-bockelmann&catid=101:debatte&Itemid=84, (nacht-kritik.de ist ein überregionales Theaterfeuilleton im Internet)

²⁶⁾ <https://www.youtube.com/watch?v=NLI4oGKV2Ew>
 Noch am 09.06.2019 erklärte der Sprecher der Staatsanwalt-
 schaft Kassel, Andreas Thöne, „es seien arg viele Spekulation-
 en“ im Umlauf. „Das ist schon besonders.“ Diese
 Mutmaßungen brächten „unheimlich Unruhe“. Sie könnten
 Ermittlungen erschweren und sogar zerstören.“
<https://www.fnp.de/hessen/fall-luebcke-festgenommener-nordsee-faehre-verdaechtiger-ersthelfer-zr-12342894.html>

²⁷⁾ <https://www.youtube.com/watch?v=NLI4oGKV2Ew>
<https://www.hessenschau.de/politik/erschossener-politiker-staatsanwaltschaft-ueberprueft-hassbotschaften-gegen-luebcke,walter-luebcke-102.html>

²⁸⁾ <https://www.deutschlandfunk.de/kasseler-regierungspraesident-gewaltsamer-tod-von->

walter.1773.de.html?dram:article_id=450483
<https://www.hessenschau.de/politik/regierungspraesident-luebcke-wurde-aus-naechster-naehe-erschossen,regierungspraesident-luebcke-pressekonferenz100.html>

²⁹⁾ <https://www.rtl.de/cms/walter-luebcke-nach-mord-an-cdu-politiker-bittet-polizei-die-kirmes-besucher-um-hinweise-4351463.html>

³⁰⁾ <https://www.fnp.de/hessen/fall-luebcke-festgenommener-nordsee-faehre-verdaechtiger-ersthelfer-zr-12342894.html>
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article195067899/Fall-Luebcke-Polizeieinsatz-auf-Faehren-stand-im-Zusammenhang-mit-Ermittlungen.html>
<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/fall-luebcke-sek-einsatz-ist-teil-der-ermittlungen-16229924.html>
<https://www.fnp.de/hessen/fall-luebcke-festgenommener-nordsee-faehre-verdaechtiger-ersthelfer-zr-12342894.html>

³¹⁾ <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/tod-von-walter-luebcke-auch-persoennesliches-motiv-wird-geprueft-16221855.html>

³²⁾ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_85936326/fall-walter-luebcke-tatverdaechtiger-koennte-aus-rechter-szene-stammen.html
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-06/kassel-walter-luebcke-festnahme-tatverdaechtiger-attentat>

³³⁾ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/45-jaehriger-dringend-tatverdaechtig-festnahme-im-mordfall-luebcke-in-kassel/24461504.html>
<https://www.sueddeutsche.de/politik/kriminalitaet-walter-luebcke-1.4489008>

³⁴⁾ <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Armin-Schuster-Innenausschuss-Luebcke-Mord-Rechtsextremismus-100.html>

³⁵⁾ Ernst hat das Geständnis Anfang Juli 2019 widerrufen. Die Zurücknahme des Geständnisses ändert an der juristischen Bewertung nichts, da die Aussagen umfassendes Täterwissen zeigten, das vor Gericht und von den Ermittlern weiter verwertet werden kann. Vgl. dazu: Geständnis, Widerruf und viele Fragen, Tagesschau 07.07.2019 Hier wird weiter auf die öffentlich bekannt gewordenen Informationen des Geständnisses Bezug genommen.

³⁶⁾ <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Mutmasslicher-Luebcke-Moerder-Das-ist-der-Schlaefer->

01.07.16

Wolffhagen:

Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft
 mit einer Luftdruckwaffe

24.06.16

Knüll: Sonnenwendfeier auf dem Grundstück von Roeder,
 jetzt im Besitz seiner Tochter und Michele Renouf, TN u.a.
 Meinolf Schönborn, Robert Steinert, Frank Ludwig (NPD) und Gerd Ittner

05.07.16

Angriff auf
 Asylbewerberheim in
 Kassel durch Einschüsse

06.07.16

Kassel:
 AfD zieht mit Marius Dilli in
 Studierenden-Parlament der Uni Kassel ein

Stephan-E

³⁷⁾ <https://taz.de/CDU-und-der-Mordfall-Luebcke/!5602089/>

³⁸⁾ ebenda

³⁹⁾ <https://www.tagesspiegel.de/politik/mordfall-luebcke-das-droehnende-schweigen-der-union/24488098.html>

⁴⁰⁾ <https://www.jankorte.de/de/article/3198839.linke-beantragt-aktuelle-stunde-im-bundestag-zum-fall-1%C3%BCbcke.html>
<https://www.welt.de/regionales/hessen/article195472649/Link-e-beantragt-Aktuelle-Stunde-im-Bundestag-zum-Fall-Luebcke.html>

⁴¹⁾ Plenarprotokoll 19/107 - DIP21 - Deutscher Bundestag, dip21.bundestag.de > dip21 > btp > 19 > 19107

⁴²⁾ <https://www.tagesspiegel.de/politik/anschlag-richtet-sich-gegen-uns-alle-innenminister-seehofer-aeussert-sich-zum-mordfall-luebcke/24467902.html>

<https://www.hessenschau.de/panorama/seehofer-stephan-e-war-seit-2009-nicht-mehr-auffaellig,seehofer-stephan-e-100.html>

https://www.focus.de/politik/deutschland/live-ticker-pressekonferenz-zum-fall-luebcke-das-sagen-seehofer-und-chefs-von-bka-und-bfv_id_10837772.html

⁴³⁾ https://www.hermann-schaus.de/fileadmin/lcmsschaus/Dokumente/20180801_NSU_Bericht_LINKE_UNA_19_2.pdf
<https://archiv.linksfraktion-hessen.de/site/fraktion/abgeordnete/hermann-schaus/reden/4519-rede-manuskript-zum-abschlussbericht-des-nsu-untersuchungsausschuss,-am-23-08-2018-im-hessischen-landtag.html>



"KAGIDA" Demo in Kassel

16.07.16

Fulda:
Geflüchtete mit
Bierflaschen beworfen

10.08.16

Witzenhausen
(Werra-Meißner-Kreis): Brandanschlag
auf Gemeinschaftsunterkunft

23.09.16

Niestetal:
Bedrohung von Geflüchteten vor
Unterkunft mit Schusswaffe

09.10.16

Kassel:
Rassistische Graffiti an
mehreren Objekten

16.10.16

Alsfeld (Fulda):
7 Männer verletzen
Asylsuchenden

3. Wer ist Stephan Ernst? Die Karriere eines rechtsradikalen Gewalttäters

Im Weiteren sollen die öffentlich bekannten Informationen über Stephan Ernst und Markus Hartmann im Kontext des Lübcke-Mordes dargestellt werden. Es ist traurig, aber wichtig zu wissen, was Behörden meinen, wenn sie von "gewalt-affinen Rechtsextremisten" reden. Dieser Begriff ist in seiner Verharmlosung kaum zu begreifen, handelt es sich doch bei Ernst vielmehr um einen seit frühester Jugend unglaublich brutalen Gewalttäter und Neonazi. Gleiches gilt für Hartmann als Waffennarr und Waffenhändler, als fanatischen Neonazi und Aktivist.

Grundlage sind auch hier die in den letzten Monaten von Rechercheteams und dutzenden investigativen Journalisten*innen zusammengetragenen Informationen, die das Behördenbild der isolierten "Einzeltäter" oder "gewaltaffinen Rechtsextremisten" konterkarieren. Hervorgehoben sei die antifaschistische Rechercheplattform "EXIF". Nur bis Mitte

März 2020 veröffentlichte Informationen konnten berücksichtigt werden.

1. Das erste Jahrzehnt: Mordversuche, Waffen, Sprengstoff

Der Lebensweg des am 21.09.1973 in Wiesbaden geborenen Stephan Ernst zeigt eine hohe kriminelle Energie sowie eine schon als Jugendlicher beginnende, bis heute durchgängige Karriere als rechtsradikaler Gewalttäter bzw. Rechtsterrorist. Biografisch gehört Stephan Ernst -genau wie das in etwa gleichaltrige NSU-Trio Beate Tschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zur sogenannten „Generation Hoyerswerda“, einer Generation von Neonazis, die sich als junge Menschen Anfang der 1990er Jahre im Zuge des Rechtsrucks, der unvergessenen Morde von Solingen und Pogrome um das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen und Asylbewerberheime in Hoyerswerda ra-

"Familienfoto" der Oidoxie-StreETFighting-Gang



2017

09.01.17
Schlichtern:
Volksverhetzung
§ 130 StGB

06.02.17
Kassel: Michael Jan R. (Burschenschaftler Germania und Nazi)
wegen Handel mit Rechter Musik, Volksverhetzung und des Verwendens verbotener
NS-Symbole (National Socialist Black Metal, NSBM)

07.02.17
Angriff auf
Asylbewerberheim in
Homburg Efze mit Steinen

14.02.17
Baunatal (Kassel
(Landkreis)):
Übergriff gegen Asylbewerber*in

dikalisierte.¹⁾ Für diese Generation radikaler Rechter war das wichtigste gemeinsame Erlebnis, dass ein rechter Mob die Staatsmacht aushebeln, dabei schwerste Straftaten verüben und damit Massen mobilisieren konnte und stark genug war, über Tage das Geschehen, die Bilder und Nachrichten in der ganzen Republik zu beherrschen.

Zu Stephan Ernst gab es im polizeilichen Informationssystem POLAS in der Zeit zwischen 1992 und 2009 insgesamt 37 Einträge. Er beging dabei schon sehr früh schwerste Straftaten mit klarem rechtsradikalem und rechtsterroristischem Hintergrund: Schon mit 15 Jahren legte er 1989 in Michelbach ein Feuer im Keller eines Mehrfamilienhauses, das mehrheitlich von Menschen türkischer Herkunft bewohnt wurde. Er schüttete dafür 5 Liter Benzin in den Hausflur, um ihnen einen "Denkzettel" zu verpassen, doch das Feuer breitete sich nicht aus. Geahndet wurde diese Tat nur als Sachbeschädigung mit 80 Stunden gemeinnütziger Arbeit und einer Verwarnung.²⁾

Mit 18 Jahren versuchte er zum ersten Mal, im November 1992, einen Menschen eigenhändig - mit einem 25-30 Zentimeter langem Messer - zu töten. In der öffentlichen Toilette des Wiesbadener Hauptbahnhofes griff er einen türkischen Imam, der am Urinal stand, völlig unvermittelt von hinten an und stieß ihm mit großer Wucht bis zum Griff das Messer durch den Leib. Dann drehte er den Imam zu sich herum und stach von vorne ein zweites Mal zu. Der lebensgefährlich verletzte Mann konnte nur durch zwei Notoperationen gerettet werden. Stephan Ernst blieb als Täter zunächst unerkannt und flüchtig.³⁾

Im Dezember 1993, verübte er dann einen Anschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Hohenstein-Steckenroth bei Wiesbaden. Nachdem er im elterlichen Garten eine selbstgebaute und funktionierende Rohrbombe getestet hatte, deponierte eine größere baugleiche Rohrbombe auf dem Rücksitz eines von ihm aufgeschlagenen Pkw zwischen den Wohncontainern - es war der Tag vor Weihnachten. Der Anschlag misslang, weil das als Zündbeschleuniger notwendige Benzin auslief, statt die Bombe

zu zünden und die Asylbewerber*innen das brennende Auto darauf hin löschen konnten, bevor die Bombe detonierte.⁴⁾ Wieder ging Stefan Ernst planvoll gegen Menschen mit Migrationshintergrund vor und nahm dabei ihre Tötung mindestens in Kauf.

Stephan Ernst konnte nun aber sofort ermittelt und ihm nun auch der Messerangriff am Wiesbadener Hauptbahnhof nachgewiesen werden. Nach 2 Wochen in Untersuchungshaft kam es dann zu einem weiteren schweren Übergriff: Angeblich weil er sich von Mitgefangenen bedroht fühlte, baute er die Kleiderbügel und Stuhlbeine seiner Gefängniszelle zu Hieb- und Stichwaffen um und prügelte damit unvermittelt auf den Kopf eines türkischen Mitgefangenen solange ein, bis er von anderen Gefangenen und Wärtern davon abgebracht werden konnte.

Trotz der kriminellen Vorgeschichte und Massivität der hier geschilderten Straftaten wurde Stephan Ernst vom Landgericht Wiesbaden am 12. Juni 1995 „nur“ zu einer Jugendstrafe von sechs Jahren verurteilt,⁵⁾ die er zuletzt in der JVA Kassel I in Kassel-Wehlheiden absitzen musste und wo er Ende der 1990er Jahre entlassen wurde. Der „Wiesbadener Kurier“ titelte: "Kuschel-Justiz für den Neonazi".⁶⁾ Tatsächlich ist schwer verständlich, warum das Gericht reihenweise strafmildernde Umstände anerkannte, indem es z.B. mangelnde Tötungsabsichten und psychische Ausnahmesituationen unterstellte. Jedenfalls attestierte ein Gutachten, dass Stephan Ernst unter einer Borderline-Persönlichkeitsstörung und seelischer Abartigkeit leide, welche in Erregungszuständen zum Verlust der Kontrollfähigkeit führen. Insbesondere Jugendstrafen dienen dem Ziel einer Resozialisierung. Sollte Stephan Ernst im Gefängnis aber Therapien durchlaufen und Maßnahmen zur Resozialisierung erfahren haben, so können diese als vollständig gescheitert gelten. Denn noch im Gefängnis verfolgte er seine rechtsradikale Gesinnung ganz offenkundig weiter und las die rechtsextreme Zeitschrift „Nation und Europa“.⁷⁾ Es ist wahrscheinlich, dass Ernst auch Kontakte zur damaligen Neonazi-Knasthilfe HNG (Hilfsorganisation nationaler Gefangene, verboten ab September 2011) hatte.

14.02.17

Baunatal:

Ausländerfeindliche Graffiti (88, Tötet alle Asylanten etc.) in einer Unterführung

07.03.17

Wanfried (Werra-Meißner-Kreis):
17-jähriger Geflüchteter aus Afghanistan
niedergeschlagen und mit Messer verletzt

09.03.17

Fulda: Morddrohungen gegen
Familie des Sprechers des Anti-Nazi-Bündnisses
„Fulda stellt sich quer“

14.03.17

Eichenzell (Fulda):
Übergriff gegen
Asylbewerber*in

2. Das zweite Jahrzehnt: Aktiv in Kassel im Netzwerk der „Freien Kameradschaften“ und „Combat 18“, Demonstrationen und Körperverletzungen

Nach seiner Entlassung war Ernst durchgehend mit Wohnsitz in Kassel gemeldet.⁸⁾ Er bewegte sich schnell im harten Kern der rechtsradikalen Szene Kassels und setzte seine rechtsradikale Karriere bruchlos fort. Bei Großereignissen der rechten Szene und NPD-Veranstaltungen war er bundesweit unterwegs. In den Augen von Neonazis hatte er schon mit Mitte zwanzig das Image eines durch Gefängnis gestählten, mutigen Kämpfers der sogenannten nationalen Bewegung.

Im Jahr 2000 tauchte Ernst zwei Mal in Berichten des Hessischen Geheimdienstes auf, welche der spätere V-Mann-Führer Temme zeichnete. Benjamin Gärtner, der spätere V-Mann des Temme, muss mit Stephan Ernst gut bekannt gewesen sein, so der Anwalt des Stephan Ernst.⁹⁾ Ein ausgestiegener Neonazi bezeichnete Ernst als äußerst gefährlichen und brutalen Typ. Stephan Ernst pflegte Kontakte zum NPD-Kader Mike Sawallich, dem späteren Combat 18-Chef Stanley Röske, der „Oidoxie Street Fighting Crew“ um Michel Friedrich und anderen kriminellen Neonazis wie Markus E.¹⁰⁾ Ab 2001 hatte Ernst eine Liste mit 60 Personen und Objekten, die mögliche Anschlagziele sein könnten, angelegt.¹¹⁾

Als Gewalttäter auffällig wurde Stephan Ernst wieder 2003 in Neumünster. Bei einer Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung würgte er eine Frau und wurde vom Amtsgericht Neumünster zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen zu je 10 Euro verurteilt.

In Kassel demonstrierte Ernst im Februar 2007 mit dem NPD-Kader und Neonazi Mike Sawallich und anderen Neonazis gegen eine DGB-Veranstaltung zum Thema „Alte und neue Strategien der extremen Rechten“, dabei trug er ein Plakat mit der Parole „Schluß mit der Verteufelung deutscher Patrioten“ und lieferte sich eine Schlägerei mit Gegendemonstranten.

Am 14. Februar 2009 nahmen Stephan Ernst und Mike Sa-

wallich in Dresden an einem der größten Aufmärsche der rechtsextremen Szene im Nachkriegsdeutschland teil. Beim sogenannten „Trauermarsch“ anlässlich der Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg trugen sie ein Transparent „Wir vergessen nicht“ der neonazistischen Kameradschaft „Freier Widerstand Kassel“.¹²⁾ Wenige Monate später, am 1. Mai 2009, nahmen diese drei und weitere Neonazis der Kasseler-Szene, wiederum an einem weiteren von Neonazis mehrerer Länder gut vorbereiteten Großereignis teil, dem Angriff von über 400 Rechtsradikalen auf die 1. Mai-Demonstration des DGB in Dortmund. Die unterbesetzte Polizei konnte den neonazistischen Mob zunächst nicht stoppen, die Polizeiabspernung wurde überrannt, die Neonazis zogen nach ihrer äußerst brutalen Attacke randalierend durch die Innenstadt, erst nach Eintreffen polizeilicher Verstärkung wurden 404 von ihnen eingekesselt. Vom Amtsgericht Dortmund wurde Stephan Ernst im April 2010 angeklagt wegen Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und wieder „nur zu einer siebenmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Markus Hartmann kam ohne Strafe davon.“¹³⁾

3. Das dritte Jahrzehnt: Markus Hartmann, Waffen und Aktivität nach 2010

Den in Kassel und Nordhessen diversen Noenazi-Gruppen der 1990er und 2000er Jahre (also z.B. FAP, NPD, Sturm 18, Blood & Honour, Combat 18 und Kameradschaften mit Übergängen zur Hooligan-, Rocker-, Waffen- und Rotlicht-Szene) haben wir in unserem Sondervotum zum NSU-Abschlussbericht ein eigenes Kapitel gewidmet. In diesen Gruppen bewegten sich über Jahrzehnte auch Ernst und Hartmann. Markus Hartmann war zunächst im Umfeld der FAP (verboden 1995) und der HNG (verboden 2011) unterwegs. Er war sehr früh in rechte Straftaten verwickelt und hatte einen extremen Hang zu Waffen.¹⁴⁾ Er ist in den 2000er Jahren beim „Freien Widerstand Kassel“ und postet unter dem zynischen Pseudonym „Stadtreiniger“ Beiträge über Bewaffnung und eine „neue Reichskristallnacht“. Er

18.03.17

Gersfeld (Fulda):
Übergriff gegen
Asylbewerber*in

10.04.17

Kassel: Pegida-Funktionär Michael Viehmann hat ein Bordell eröffnet; Michel F. vermittelt er Callgirls an Viehmann, Michel F. (Kaufungen, „Hardcore Crew Cassel“, Ex-Bandidos) schloss sich den „Hells Angels“ an

12.05.17

Felsberg
(Schwalm-Eder-Kreis):
Übergriff gegen Asylbewerber*in

16.05.17

Zierenberg: Gottfried Klasen (AfD-Kreistagsmitglied LK Kassel) tritt wegen rechtsextremer und antisemitischer Internetveröffentlichungen aus der AfD aus

wird 2006 im Zusammenhang mit dem NSU-Mord von Kassel sogar von der Polizei vernommen, weil er die Webseite, auf welcher das BKA über die Mordserie informiert und zeitgleich Besucherprofile analysiert, auffallend häufig besucht. Obwohl er in seiner Vernehmung angibt, das Opfer zu kennen, wird er zu seinem Neonazi-Hintergrund erstaunlicherweise nicht befragt – auch nicht erneut, als 2011 der NSU auffliegt und rechte Spuren endlich untersucht werden sollen.

Hartmann bemüht sich jahrelang um eine offizielle Waffenbesitzkarte und eine Erlaubnis zum Umgang mit Sprengstoff, er schießt aber längst im „Schützenclub 1952 Sandershausen“, auf dessen Homepage er beim Schießen im Rahmen des „Multicup 2010“ zu sehen ist. Die Erlaubnis zum Umgang mit Sprengstoff erhält er offiziell im Jahr 2011, die Waffenbesitzkarte 2015 nach erfolgreicher Klage vor dem Amtsgericht Kassel und im Wissen des Hessischen Verfassungsschutzes – obwohl er vom Verfassungsschutz beobachtet wird. 2016 wird auch seine Geheimdienst-Akte in Hessen intern gelöscht, bzw. „gesperrt“ – dazu unten mehr. Er ist jahrelang registrierter Waffenhändler beim Portal „eGun“ und trainiert mit Ernst ab 2015 gemeinsam das Schießen. Und Hartmann ist – wie oben gezeigt – in 2015 der maßgebliche Initiator der Hetz- und Mordkampagne gegen Lübcke. Haben Staatsschutz und LKA zwar den Polizeischutz für Lübcke organisiert, aber nie etwas zu den Urhebern der Hetz-Kampagne oder über mögliche Gefährder in Kassel ermittelt?

Jüngsten Meldungen zufolge hatte Hartmanns Ex-Lebensgefährtin 2018 in einem Sorgerechtsstreit vor dem Amtsgericht Korbach ausgesagt, dass dieser illegal Waffen besitze und Munition herstelle. Er sei Rechtsextremist mit Nähe zu den Reichsbürgern. Diese wichtige Aussage wurde wohl vom Gericht nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.^{15a)} Laut Aussage seiner Ex-Lebensgefährtin habe Hartmann zudem gedroht, sich bei einer unheilbaren Krankheit selbst in die Luft zu sprengen und dabei möglichst viele „Kanaken“ mitzunehmen.^{15b)} Im Jahr 2013 wurde Hartmann auch Arbeitskollege von Stephan Ernst bei einem



Kassel, Neonazis verteidigen „ihre“ Szenekneipe (Links Mike Sawallich und Stanley Röske)

Kasseler Bahntechnikhersteller. Ihre Beziehungen wurden wohl noch enger. Die Rollenverteilung der beiden war nach Einschätzung der ehemaligen Lebensgefährtin von Hartmann so, dass Stephan Ernst eher der „Macher“ und Markus Hartmann eher der „Denker“ war.^{15c)}

Auch wenn Stefan Ernst nach 2009 nicht mehr mit gerichtlich verfolgten Straftaten in Erscheinung getreten ist, seine Aktivitäten setzte er fort. Medienberichten zufolge war er noch bis 2011 mit Markus Hartmann in der „Freien Kameradschaft Kassel“ aktiv.^{18a)} Warum nur bis 2011? Wahrscheinlich, weil im November 2011 der NSU aufgefliegen und das sicher Grund genug im „Freien Widerstand“ war, erst einmal die Füße still zu halten. Stephan Ernst führte nach außen im Kasseler Stadtteil Forstfeld in der Heidekopfstraße ein eher unauffälliges Leben: Einfamilienhaus, zwei Kinder im Teenageralter, Kaninchenstall hinter dem Haus, Rasen gemäht, Hecke geschnitten, ab und zu an Autos geschraubt, im Blaumann mit dem Fahrrad zum Schichtdienst bei einem Bahntechnikhersteller gefahren.^{18b)} Doch ein Foto von Stephan Ernst zeigt ihn 2011 auf einer Neonazi-Sonnenwendfeier, wie Innenminister Beuth 2019

18.06.17

Verwenden von Kennzeichen
verfassungswidriger Organisationen
§ 86a StGB

09.09.17

Kassel:
Rechte Parolen
in Supermarkt

24.09.17

Schießtraining von C18 Mitgliedern
in Tschechien, u.a. Tobias Voll aus Homberg
(Efze), Stanley Röske aus Kaufungen

24.09.17

Kassel:
Fahrgast pöbelt aggressiv gegen
Geflüchtete am Wahlabend

27.09.17

Bad Hersfeld
(Hersfeld-Rotenburg):
Autofahrer nach Übergriff verletzt

auf Nachfragen im Landtag einräumte.^{18c)} Ernst und Hartmann spielten im NSU-Ausschuss 2016 bzw. 2016 eine Rolle, wie später gezeigt wird. Und sie begannen spätestens 2015 ihre Aktivitäten im Umfeld der Höcke-AfD: Hartmann veröffentlicht als „Moriatti“ auf YouTube die Teilnahme einer AfD-Kundgebung mit Höcke und Gauland im Oktober 2015 – kurz vor Lübckes Veranstaltung in Lohfelden.

Hartmann vermittelte Ernst offenbar zwischen 2014 und 2018 den Kauf von fünf Waffen. Stephan Ernst begann nun selbst Waffen zu verkaufen und mit Hartmann das Schießen zu trainieren.¹⁹⁾ Dokumentiert ist, dass Ernst unter dem Aliasnamen „Game Over“ unter anderem postete: „Entweder diese Regierung dankt in Kürze ab oder es wird Tote geben“.^{19a)}

Die Neonazis hatten die wachsende Bedeutung digitaler Medien schnell erkannt. Zur Kommunikation und Vernetzung nach innen nutzten sie verschlüsselte Messenger-Dienste. Auch Ernst scheint Daten, die ihn belasten könnten, verschlüsselt zu haben. Nach außen konnten Neonazis mit einer überschaubaren Zahl sehr aktiver rechter Blogs, Facebookgruppen usw. mit wenigen Personen eine große Reichweite generieren und phantasierten so, dass es eine scheinbare Mehrheit für ihre Positionen in der rechtsextremen Parallelgesellschaft und Erlebniswelt, die sich abgeschottet vom Rest der Gesellschaft ständig bestätigte in ihren wahnhaften Ideen einer von der Regierung und dem Medienkartell herbei geführten „Umvolkung“ durch eine Flut krimineller muslimischer Invasoren und-Terroristen.^{19b)} Stephan Ernst und auch Markus Hartmann bewegten sich in dieser Welt.

4. Weitere Mordversuche? Februar 2003 und Januar 2016 in Kassel

Ein Mordversuch mit einer Waffe ereignete sich in Kassel im Jahr 2003: „Am 20. Februar 2003 schossen Unbekannte auf das frühmorgens erleuchtete Fenster eines damals 48-jährigen Lehrers, der sich über Jahre öffentlich gegen Rechts engagiert hatte. Die Kugel aus

Waffe verfehlte nur knapp seinen Kopf. Er habe den Lufthauch gespürt, sagte der Betroffene...“.²⁰⁾ Das Opfer dieses Anschlags war sich damals und ist sich bis heute sicher, dass der oder die Täter aus der rechtsterroristischen Szene kamen. Hier hat der Generalbundesanwalt nun die Ermittlungen wegen Tatverdacht gegen Stephan Ernst aufgenommen, weil auf dem Computer des Stephan Ernst – neben 60 möglichen Anschlagopfern - verschlüsselte Daten zu Aktivitäten und die Adresse des betroffenen Lehrers gefunden wurden. Nachermittlungen scheinen auch bei diesem unaufgeklärten Mordversuch notwendig zu werden.

Anfang Januar 2016 ereignete sich keine drei Monate nach der Bürgerversammlung in Lohfelden in der Nähe der inzwischen bezogenen Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Hornbach-Gartencenter ein Mordversuch an einem 22-Jährigen irakischen Flüchtling namens Ahmed I. Wegen dieses Mordversuches gab es Ermittlungen gegen Stephan Ernst, die eingestellt wurden. Inzwischen wurden die Ermittlungen jedoch wieder aufgenommen. Dieser Vorgang soll hier kurz beleuchtet werden.

Nahe der Flüchtlingsunterkunft, bloß 2,5 km von dem Wohnhaus des Stephan Ernst entfernt, näherte sich am 6. Januar 2016 abends ein Fahrradfahrer unbemerkt von hinten dem jungen Flüchtling Ahmed I. und stach ihm mit einem Messer in den oberen linken Rücken, während die-ser am Handy schrieb. Das Opfer wurde lebensgefährlich verletzt, musste auf der Intensivstation behandelt werden, überlebte, trug aber bleibende Schäden davon. Der Täter konnte in der Dunkelheit unerkannt auf einem Fahrrad fliehen.²¹⁾ Ahmed I. war sich von Anfang an sicher, Opfer eines rassistischen Angriffs geworden zu sein. Bei der Vernehmung durch die Polizei fühlte er sich aber mit seinem Verdacht nicht ernst genommen.²²⁾ Die Polizei erklärte, das Motiv wäre „völlig unklar“ und es würde „in alle Richtungen“ ermittelt. Eine Sonderkommission „Fiesler“ wurde zusammengestellt und die Staatsanwaltschaft Kassel lobte eine Belohnung von 3000 Euro aus.²³⁾ Man hatte zwar

27.11.17
Kassel: Körperverletzung
und rechte Parolen auf
Weihnachtsmarkt

2018

08.01.18
Fulda: Bedrohungen
und rechte Hetze gegen
Mitarbeiter*innen der Arbeiterwohlfahrt

15.01.18
Fulda: Bedrohungen und
Anfeindungen gegen deutsch-syrisches
Paar nach Fernsehbeitrag

11.03.18
Fulda:
Rassistische
Beleidigungen

18.04.18
Kassel:
Neonazis bedrohen
Fahrgäste in Straßenbahn



Kassel, Demonstration im April 2019 zum Gedenken an den Mord an Halit Yozgat

Stephan Ernst überprüft und befragt, aber die Ermittlungen gegen ihn eingestellt.²⁴⁾ Erst nach dem Mord an Dr. Walter Lübcke gab es Nachermittlungen zu diesem nicht aufgeklärten Altfall. Sie führten dazu, dass die Bundesanwaltschaft den Fall im September 2019 an sich zog und die Ermittlungen gegen Stephan Ernst wieder aufgenommen hat.²⁵⁾ Dies wirft Fragen auf zur Ermittlungsarbeit der Kasseler Polizei auf, wie die antifaschistische Zeitschrift „Lotta“ ausführt: „Wie auch beim NSU-Mord stellt sich bei diesen Fällen die Frage: Konnten die Ermittler*innen nicht, wollten sie nicht oder durften sie nicht?“²⁶⁾ Sie kritisiert die Ermittlungen der Polizei und erinnert an deren Umgang mit dem Mord an Halit Yozgat: „Das Verhalten der Polizei nach dem Angriff auf Ahmed I. erinnert in fataler Weise an den NSU-Mord in Kassel 2006.“

Auch die Familie und die Freund*innen von Halit Yozgat waren sich damals sicher gewesen, dass er einem rassistischen Verbrechen zum Opfer gefallen war. Doch auch sie wurden nicht ernst genommen und fühlten sich in den Ermittlungen wie Kriminelle behandelt. An der Inkompetenz und dem Desinteresse der Polizei, Spuren nach rechts einzuordnen und konsequent zu verfolgen, scheint sich in Kassel nichts geändert zu haben.²⁷⁾

5. Schießtraining in Grebenstein und Wahlkampf für die AfD

Im gesamten Jahr 2016 setzte Stephan Ernst seine rechtsradikalen Aktivitäten auf vielen Feldern und hohem Level fort. Er postete im Internet, spendete Geld, nahm an Demonstrationen teil, kaufte die Tatwaffe, begann mit Schießtrainings. Er spendete gezielt für den besonders radikalen und rechtslastigen Landesverband Thüringen, der vom „sogenannten „Flügel“ der AfD dominiert wird. Der Spitzenkandidat der „AfD“ zur letzten Landtagswahl in Thüringen, Björn Höcke, darf nach einem Gerichtsurteil öffentlich als Faschist bezeichnet werden.²⁸⁾ Mit der Widmung „Gott segne euch“ wurden 150 Euro vom Konto des Stephan Ernst bei der Spardabank Hessen überwiesen.²⁹⁾ Offensichtlich fühlen sich Neonazis von der AfD politisch und parlamentarisch vertreten, kommentierte die Linken-Politikerin Katharina König-Preuss die Spende.³⁰⁾ Im öffentlichen Raum besuchten Ernst und Hartmann politisch rechts orientierte Demonstrationen, vermutlich von KAGIDA in Kassel und der AfD in Erfurt.³¹⁾

Ab Mitte des Jahres 2016 entwickelten Ernst und Hartmann nach Bewertung der Bundesanwaltschaft den Plan, einen „Anschlag“ auf Herrn Walter Lübcke zu verüben.³²⁾

31.05.18

Kassel:
Alltagsrassismus
auf offener Straße

27.08.18

Chemnitz: Stefan Ernst und Markus Hartmann
auf der Nazi-Demonstration
von "Pro Chemnitz" und AfD

27.08.18

Kassel:
Haftstrafe für Prügel und
Nazi-Grölereien in der Innenstadt

22.08.18

Innerhalb der AfD wird in Berlin der
„Deutsche Akademikerverband“ u.a. Matthias Reiter
aus Cronberg (Ex NPD, Hersfeld Rothenburg)

Im Laufe des Jahres 2016 kaufte Stephan Ernst die Tatwaffe - einen Revolver der Marke Rossi, Kaliber. 38 oder 9mm.³³⁾ Dann trainierten Ernst und Hartmann ab Herbst 2016, ausweislich des Schießbuches das letzte Mal am 23. Oktober 2018, professionell am Schießstand der Schützengesellschaft Grebenstein. Sie waren Gast bei der „SSG Germania Cassel“, die für einen Tag im Monat den Schießstand gemietet hatte. Nach Recherchen der Wochenzeitung „Die Zeit“ gilt die „SSG Germania Cassel“ als Gemeinschaft für Reservisten. Sie ist aber nicht beim Reservistenverband registriert und auch nicht im Vereinsregister eingetragen, ist nicht Mitglied in einem der Schießsportverbände und eine Website hat sie auch nicht. „Eine Schützengruppe, die sich versteckt“, urteilt „Die Zeit“.³⁴⁾ Sie bewegt sich in einer Grauzone eher im Verborgenen, ist eigentlich nur für Insider zu finden und der Zutritt sicher nur auf Empfehlung möglich. Mit Blick auf geheime rechte Netzwerke wie Hannibal oder den Verein Uniter, in denen sich ehemalige Soldaten, KSK-Angehörige, Politisten und Mitarbeiter aus der Sicherheitsbranche organisieren und auch zu Schießtrainings treffen,³⁵⁾ bedarf es weiterer Recherchen, ob und wenn ja, welche Querverbindungen sich hier zu welchen Gruppen manifestieren könnten.

Generell wäre der Lebensstil von Markus Hartmann auf Verheimlichung angelegt gewesen, sagte seine ehemalige Lebensgefährtin v Lisa D., vor Ermittlern aus. Die Bundesanwaltschaft stellte fest, dass sie vorwiegend vor der Öffentlichkeit verborgen kommunizierten. Sie verwendeten unter anderem den Messengerdienst „Threema“. Zur Vorbereitung des Mordes kundschaftete Stephan Ernst den Wohnort des Herrn Lübcke aus und fuhr laut Eigenaussage in den Jahren 2017 und 2018 zwei Mal mit einer Waffe nach Wolfhagen-Istha zum Haus des Herrn Lübcke, ohne jedoch seinen Mordplan auszuführen.³⁶⁾ Aber er kündigte öffentlich auf seinem YouTube-Kanal an: „Entweder diese Regierung dankt in Kürze ab oder es wird Tote geben.“³⁷⁾

6. Demonstration in Chemnitz: AfD, PEGIDA und gewalttätige Ausschreitungen mit Neonazis

Am 1. September 2018 nahmen Ernst und Hartmann mit

tausenden anderen Neonazis in Chemnitz an einer bundesweit Aufsehen erregenden Demonstration teil, bei der erstmals AfD, PEGIDA und Neonazis gemeinsam demonstrierten. Ähnlich wie beim Fall Lübcke wurde ein eher lokales Ereignis – hier die Tötung eines Mannes am Rande des Chemnitzer Stadtfestes am 26. August 2018, ein Verbrechen bei dem sich die Angehörigen jegliche Vereinnahmung durch die politische Rechte verboten hatten - im Zusammenwirken von Neonazis und AfD so gepuscht, dass er zu einem bundesweiten Großereignis der Rechten wurde. Durch die illegale Veröffentlichung des Haftbefehles gegen die Tatverdächtigen, die Flüchtlinge waren, wurde der Tote, selbst mit Migrationsgeschichte und eher linksstehend, zum nationalen Märtyrer erhoben. „Pro Chemnitz“, PEGIDA und die AfD warfen sofort die rechte Social-Media-Maschine an und entfachten einen bundesweiten Sturm mit Gerüchten, Halbwahrheiten und Lügen. Eine bundesweite Demonstration am 1. September 2018 in Chemnitz gegen „Ausländerkriminalität“ und „Messermigration“ geriet zum ultra-rechten Schulterchluss. Es kam zu Menschenjagden auf Ausländer. Journalisten, Geflüchtete und Polizei wurden aus der Menge heraus massiv angegriffen.³⁸⁾ An diesem Ereignis nahmen Stephan Ernst und Markus Hartmann teil, wie ein Foto der antifaschistischen Rechercheplattform „EXIF“ belegte.³⁹⁾ Das Foto von Ernst und Hartmann spielte eine große Rolle in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Behauptung der Sicherheitsbehörden, dass Stephan Ernst ein seit 10 Jahren inaktiver Neonazi wäre. Inzwischen gibt es ein vom MDR veröffentlichtes Video von der Demonstration, auf der Ernst zu sehen ist.⁴⁰⁾

7. Konspiratives Treffen von „Combat 18“

Unklar bleibt, ob Stephan Ernst noch wenige Monate vor dem Mord am 23. März 2019 an einem konspirativen Treffen der international agierenden neonazistischen Terrorgruppe „Combat 18“ in Sachsen teilnahm. Dieses Treffen in einem Waldstück am Ortsrand von Mücka im sogenannten „Brigade-Bunker“, dem Clubhaus der Neonazi-bruderschaft „Brigade 8 - Chapter Weißwasser Ostsachsen“,

Oktober 2018

Grebenstein: Stefan Ernst nimmt als Gast der "SSG Germania Cassel" (Reservistenkameradschaft der Bundeswehr) an einem Schießtraining bei der Schützengesellschaft zu Grebenstein e.V. teil

04.11.18

Die Kasseler Burschenschaft Germania fällt durch Neonazi-Sprüche in den sozialen Medien auf, lädt Björn Clemens ein und unterhält enge Verbindungen zur örtlichen AfD.

sollte der Vernetzung von „Combat 18“ mit der „Brigade 8“ dienen. Dieses Treffen war nur einem kleinen, exklusiven Kreis von Neonazi-Kadern bekannt und zugänglich.⁴¹⁾ Es war wiederum die antifaschistische Rechercheplattform „EXIF“, die Fotos veröffentlichte, bei denen laut dem Polit-Magazin Monitor Stephan Ernst in Nähe zu Stanley Röske, dem aus Kassel stammenden Deutschland-Chef von „Combat 18“, zu sehen war. Auch um dieses Foto gab es eine öffentliche Auseinandersetzung, ob denn tatsächlich Stephan Ernst, der angeblich inaktive Neonazi, zu sehen wäre.⁴²⁾ Vom Fernsehmagazin „Monitor“ wurde der gerichtlich vereidigte Sachverständige Georg A. Rauscher aus München beauftragt, der in einem mehrseitigen biometrischen Identitätsgutachten von „unwiderlegbaren Übereinstimmungen“ spricht und es als „praktisch erwiesen“ ansieht, dass Ernst auf den Fotos zu sehen wäre. Ein Gegengutachter bezweifelte das aber. Der Erstgutachter blieb bei seiner Einschätzung.⁴³⁾ Dann legte der Neonazi Karsten Hitzel aus dem Kreis um Stanley Röske noch eine eidesstattliche Versicherung vor, dass er die Person auf dem Foto wäre.⁴⁴⁾ „Combat 18“ hatte ein starkes Interesse, öffentlich auf keinen Fall mit dem Mord an Lübcke in Verbindung gebracht zu werden, schließlich drohte im Sommer 2019 eine Verbotsverfügung. Falls Stephan Ernst an diesem konspirativen Vernetzungstreffen teilgenommen haben sollte, legt das die Vermutung nahe, dass er nicht nur zum Netzwerk von Combat 18 zu zählen wäre, sondern zum inneren Zirkel gehörte.

8. Der Mord an Walter Lübcke – Indizien für eine gemeinschaftliche Tat

Im Mai 2019 legte Hartmann seinen Account zum Waffenverkauf still.⁴⁵⁾ Stephan Ernst verabredete mit einem Arbeitskollegen, ihm für die Tatnacht ein Alibi zu geben.⁴⁶⁾ Der Zeitpunkt, wo man auch in einem kleinen Dorf, wo jeder jeden kennt und Fremde nicht unbemerkt bleiben, am ehesten unerkant bleiben könnte, wurde sorgfältig gewählt: die Dorfkirmes. Da sind hunderte fremde Besucher und fremde Autos im Dorf, um ein Festzelt ist ein ständiges



Mike Sawallich (links), daneben Markus Hartmann (verdeckt)
Beim sogenannten „Trauermarsch“ in Dresden 2009

Kommen und Gehen, eine Kapelle spielt, es ist dunkel und laut. Ein idealer Zeitpunkt, um möglichst unerkant zur Tat schreiten und danach fliehen zu können. Lübckes Haus grenzte an den lauten Festplatz. Am Tatabend schaltete Stephan Ernst sein Smartphone aus.

Kurz vor Mitternacht am 1. Juni 2019 wurde Herr Lübcke auf der Terrasse seines Hauses mit einem Revolver erschossen.

Am 15. Juni 2019 wurde Stephan Ernst verhaftet, am 25. Juni legte er ein Geständnis ab, am 27. Juni führte er die Ermittler zur Tatwaffe, am 2. Juli widerrief er sein Geständnis mit einem neuen Anwalt. Am 8. Januar 2020 legte er ein neues Geständnis ab und belastete Hartmann als Totschützen. Die Zurücknahme des ersten Geständnisses ändert an dessen juristischer Bewertung möglicherweise nichts, da die Aussagen umfassendes Täterwissen zeigten und plausibel waren, so dass die Aussage von den Ermittlern und dem Gericht weiter verwertet werden kann.⁴⁷⁾

Der neue Anwalt des Stephan Ernst kündigte an, dass er und sein Mandant durch Nutzung der neuen Medien die Deutungshoheit über den anstehenden Prozess behalten wollten. Das erscheint neu in der Rechtsgeschichte. Dieser Anwalt ist Mitbegründer von PEGIDA und kennt sich aus, wie die rechte Social-Media-Maschine bedient wird. Wahr-

17.11.18

Kassel: Neonazi-Anwalt Björn Clemens
(u.a. Mitglied im Bundesvorstand der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)) referiert bei Burschenschaft Germania

12.12.18

„Hausdurchsuchungen in u.a. in Kaufungen zu „Blood & Honour“ Verhaftung des Chefs der „Blood & Honour“ Sektion Thüringen“ und „Divisions-Chef“ von „Blood & Honour Deutschland“ Sven Büschen, des bayerischen „Sektionsführer“ Ringo Wittig, der Chef der „Sektion Baden Württemberg“ Alexander Scholl und der „Combat 18“-Kader Stanley Röske“

scheinlich wird er nach dem immer wiederkehrenden Strickmuster versuchen, den mutmaßlichen Täter als Opfer darzustellen und zum Helden und Märtyrer der rechten Szene zu stilisieren.⁴⁸⁾

9. Bilanz: Drei Jahrzehnte Rechtsterror – und niemand hat 's gewusst?

Betrachtet man zusammenfassend das Gesamtbild, das der Lebensweg des Stephan Ernst bietet, zeigt sich die fast bilderbuchhaft zu nennende Karriere eines gewalttätigen, terrorbereiten Neonazis. Seit seiner Jugend gehörte er durchgehend und ohne Unterbrechung zu den Aktivisten des Rechtsextremismus. Strafen sowie eine mehrjährige Gefängnisstrafe stoppten ihn nicht. Alleine oder organisiert in Gruppen war er auf vielfältige Weise und hochgradig gewaltbereit aktiv in diversen rechten und rechtsradikalen Zusammenhängen. Er pflegte Freundschaften mit, oder kannte Neonazis wie Mike Sawallich, Benjamin Gärtner, Michel Friedrich, Markus Eckel, Markus Hartmann, Bernd Tödter oder Stanley Röske. Er war Teil der Szene, die mutmaßlich den NSU hier in Kassel unterstützte. Er nutzte die Möglichkeiten des Internet und bewegte sich auf Social Media-Kanälen, besuchte Rechts-Rock-Konzerte, demonstrierte von Kassel, Neumünster, Gladenbach, Erfurt, Dortmund über Dresden bis Chemnitz, spendete Geld für die AfD und engagierte sich in deren Wahlkampf, verübte Sprengstoff- und Brandanschläge sowie immer wieder schwerste Gewalt. Er legte eine Liste möglicher Anschlagziele an, ein Waffendepot, führte Schießübungen durch, verübte wahrscheinlich 2016 einen Mordversuch und am Ende wahrscheinlich 2019 einen Mord. Auch wenn er seit 2009 nicht mehr strafrechtlich in Erscheinung getreten war, hatte er seine Aktivitäten im letzten Jahrzehnt bruchlos fortgesetzt.

Dieser Mann mit dem hier dargestellten Lebensweg soll angeblich seit 2009 den Sicherheitsbehörden nicht mehr aufgefallen sein. Angeblich lagen keine Erkenntnisse mehr vor, angeblich lebte er zurückgezogen ins Privatleben und angeblich wurde seine Beobachtung eingestellt. Das ist



nicht vorstellbar! Nicht angeblich, sondern tatsächlich ist etwas Anderes passiert: seine Personenakte ist vor 5 Jahren beim Verfassungsschutz gesperrt worden.

Anmerkungen zu: "Wer ist Stephan Ernst? Die Karriere eines rechtsradikalen Gewalttäters"

- 1) Heike Kleffner, Anna Spangenberg (Hg.) Generation Hoyerswerda, Berlin 2016
- 2) Mord an Regierungspräsident: Was im Fall Lübcke bislang bekannt ist. Tagesschau.de, 27. Juni 2019
- 3) Christina Brause, Alexej Hock, Martin Lutz, Uwe Müller: Stephan Ernst will ohne Helfer gemordet haben. Welt online, 27. Juni 2019
- 4) Martin Klingst et al.: Verdächtiger im Fall Lübcke hat Asylbewerberheim angegriffen. Zeit Online, 17. Juni 2019
- 5) <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung>
<https://www.hna.de/kassel/stephan-ernst-seine-kindheit-seine-vergangenheit-als-straftaeter-seine-rolle-als-vater-12744190.html>
- 6) Cuntz, Christoph: Kuschel-Justiz für den Neonazi Stephan Ernst, Wiesbadener Tageblatt, 18.12.2019
- 7) Hagemann et al.: Stephan Ernst: Seine Kindheit, seine Ver-

- gangenheit als Straftäter, seine Rolle als Vater, Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 28.06.2019
<https://www.zeit.de/2019/26/walter-luebcke-cdu-mord-taeter-politische-tat/komplettansicht>
https://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Walter_Luebcke
 Jan Bielicki: Neonazis in Gefängnissen: Gefährliche Netzwerke. In: Süddeutsche Zeitung. 12. April 2013
- ⁸⁾ <https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/INA-KB-08-oeff.pdf>
 Kurzbericht Innenausschuss Hessischer Landtag, 8. Sitzung 26.06.2019
- ⁹⁾ <https://www.hermann-schaus.de/nc/landtag/pressemeldungen/anzeige-pressemeldung/news/luebcke-nsu-komplex-vmann-benjamin-gaertner-soll-mit-stephan-ernst-gut-bekannt-gewesen-sein-und-sic/>
- ¹⁰⁾ <https://exif-recherche.org/?p=6218>, Update 20.06.2019
<https://www.merkur.de/politik/luebcke-mord-rechtsextremewelt-verdaechtigen-stephan-e-12525475.html>
http://www.focus.de/panorama/welt/mehr-als-ein-dutzend-straftaten-hoehepunkt-die-akte-von-neonazi-stephan-e-id_10837813.html
 Robert Bongen, Julian Feldmann, Anne Ruprecht und Nino Seidel: Mutmaßlicher Lübcke-Mörder: Wer ist Stephan E.?, NDR, Panorama 25.06.2019
- ¹¹⁾ Ermittler finden Personenliste – Stephan Ernst kündigt neues Geständnis an, In: Die Welt, 28.11.2019
- ¹²⁾ Freies Radio Neumünster: Die Kassel-Connection. Ein Kommentar zur Verbindung Ernst-Tödter-Borchert, 27.06.2019
<http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung>
<https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/INA-KB-08-oeff.pdf>
 Kurzbericht Innenausschuss hessischer landtag, 8. Sitzung 26.06.2019
- ¹³⁾ https://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsbündnis_Mittelhessen
 Kai Biermann, Christian Fuchs, Astrid Geisler, Anton Maegerle, Daniel Müller, Yassin Musharbash, Karsten Polke-Majewski, Martin Steinhagen, Fritz Zimmermann: Fall Walter Lübcke: Ein Geständnis, viele offene Fragen. Zeit online, 26. Juni 2019
- ¹⁴⁾ Siehe hier z.B. den aktuellen Bericht des HR-Magazins Defacto vom 27.04.2020: „Mordfall Lübcke – Mutmaßlicher Helfer war schon als Jugendlicher gewalttätig und rechtsex-

trem“ und DIE ZEIT: „Warnung vor Rechtsextremisten bleibt folgenlos“ vom 31.03.2020.

^{15a)} Tagesschau 31.3.2020: Polizei überprüfte mutmaßlichen Helfer.

^{15b)} Tagesschau 16.09.2019: Was wusste Markus H. von den Mordplänen?

^{15c)} <https://taz.de/Mordfall-Walter-Luebcke!/5603500/>

^{18a)} Mordfall Walter Lübcke: Das Strafregister des Stephan E., Tagesspiegel, 18. Juni 2019

https://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Walter_Lübcke#Tat-verdaechtiger

<https://www.hessenschau.de/politik/ex-verfassungsschuetzertemme-war-dienstlich-befasst-mit-stephan-ernst-,andreas-tstephan-e-100.html>

https://www.hermann-schaus.de/fileadmin/lcmsschaus/Dokumente/20180801_NSU_Bericht_LINKE_UNA_19_2.pdf

<https://www.hna.de/kassel/mord-walter-luebcke-andrea-stemme-stephan-ernst-befasst-zr-13126213.html>

<https://www.hermann-schaus.de/nc/landtag/pressemeldungen/anzeige-pressemeldung/news/luebcke-nsu-komplex-vmann-benjamin-gaertner-soll-mit-stephan-ernst-gut-bekannt-gewesen-sein-und-sic/>

^{18b)} <https://www.belltower.news/dresden-2009-schaulaufender-rechtsextremen-szene-30416/>, Robert Bongen, Otto Carsten, Julian Feldmann, Nino

Seidel: Mordfall Lübcke: Mutmaßlicher Helfer Markus H. 2009 bei Neonazi-Demo dabei, Tagesschau 28.06.19, <https://daserste.ndr.de/panorama/aktuell/Mordfall-Luebcke-Mutmasslicher-Helfer-Markus-H-2009-bei-Neonazi-Demodabei,luebcke144.html>, Robert Bongen, Martin Schneider: Exklusiv: Video zeigt mutmaßlichen Lübcke-Mörder Stephan E. NDR / Panorama, 18. Juni 2019

^{18c)} Siehe Teutsch und Rippegather in der FR vom 28.11.2019: „Mordfall Lübcke: Stephan E. kündigt Geständnis an - Personenliste aufgetaucht“.

¹⁹⁾ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fall-walter-luebcke-zwei-weitere-festnahmen-waffenlieferant-und-vermittler-gefasst-a-1274544.html>

<https://www.fr.de/politik/mordfall-luebcke-kassel-will-nazi-marsch-verbieten-zr-12763622.html>

^{19a)} <https://taz.de/Mordfall-Walter-Luebcke!/5603500/>

^{19b)} Eine Studie der Universität Hamburg vom Sommer 2019

06.02.19
 NPD-
 Schutzzonen-Aktion
 in Fulda

08.02.19
 Postkarte
 mit
 Holocaustleugnung

09.02.19
 Infostand
 von „Der III. Weg“
 in Fulda

16.02.19
 „Demonstration
 „Der III. Weg“
 in Fulda

16.02.19
 NPD-
 Schutzzonen-Aktion
 in Fulda

18.02.19
 Erika Steinbach verlinkt
 das Lohfelden-Video
 auf Facebook



Kassel, 1. Demonstration nach dem Lübcke-Mord (2000 Teilnehmer*innen)

zeigt, wie rechtsextreme Akteure Foren und Communities erfolgreich nutzen. Immer wiederkehrende Strategien sind die absichtliche Verstärkung diffuser Ängste, die gezielte Verbreitung manipulativer Falschinformationen und die Schaffung der Illusion einer gesellschaftlichen Mehrheit durch den Einsatz von Bots und Fake-Accounts. Mit einer überschaubar kleinen Zahl sehr aktiver Accounts kann eine immense Außenwirkung erzielt werden. Die AfD, das Netzwerk Reconquista Germanica und die Identitäre Bewegung werden beispielhaft als Akteure genannt.

Berkeley Center for Right-Wing Studies Working Paper Series: Maik Fielitz and Holger Marcks: Digital Fascism: Challenges for the Open Society in Times of Social Media; Institute for Peace Research and Security Policy University of Hamburg, Germany, July 16, 2019;

<https://escholarship.org/uc/item/87w5c5gp> Ein Gespräch mit den Autoren im Deutschlandfunk ist zu finden unter:

https://www.deutschlandfunk.de/digitaler-faschismus-wie-social-media-faschismus-foerdert.807.de.html?dram:article_id=460112

²⁰⁾ <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung>

²¹⁾ <https://www.hessenschau.de/panorama/generalbundes-an->

<http://www.tagesspiegel.de/politik/verdaechtiger-im-mordfall-luebcke-bundes-anwaltschaft-ermittelt-jetzt-auch-wegen-messerangriff-auf-iraker/25031866.html>

Sven Röbel, Steffen Winter: Messerangriff auf Flüchtling: Neue Ermittlungen gegen mutmaßlichen Lübcke-Mörder. Spiegel Online, 25. Juli 2019

²²⁾ <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/76/zwei-t-ter>

²³⁾ <https://www.lokalo24.de/lokales/kassel/versuchte-toetung-asylbewerber-polizei-gruendet-soko-fieseler-7072833.html>

²⁴⁾ Sven Röbel, Steffen Winter: Messerangriff auf Flüchtling: Mutmaßlicher Lübcke-Mörder wurde noch 2016 von der Polizei überprüft. Spiegel online

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hessen-fluechtling-niedergestochen-belohnung-ausgelobt-a-1071200.html> online, 23. August 2019

<https://www.hessenschau.de/panorama/stephan-ernst-an-messerangriff-auf-fluechtling-beteiligt,stephan-e-lohfelden-100.html>

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke->

21.02.19
Hakenkreuz auf
Atkleidercontainer
geschmiert

23.02.19
Antisemitische Äußerungen
von Moderator des
Offenen Kanals Kassel

28.02.19
NPD-
Schutzzonen-Aktion
in Fulda

01.03.19
NPD-
Schutzzonen-Aktion
in Fulda

19.03.19
Fulda:
Zeuge vor Gerichts-
prozess bedroht

tatverdaechtiger-stephan-ernst-wurde-noch-2016-von-der-polizei-ueberprueft-a-1283367.html
<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-walter-luebcke-neue-ermittlungen-gegen-mutmasslichen-moerder-zweites-toetungsdelikt-a-1279051.html>

²⁵⁾ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fall-luebcke-generalbundesanwalt-weitet-ermittlungen-gegen-mutmasslichen-moerder-aus-a-1287542.html>

²⁶⁾ <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung>

²⁷⁾ <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/76/zwei-t-ter>

²⁸⁾ <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/hoecke-faschist-eisenach-100.html>

²⁹⁾ <https://autonome-antifa.org/?breve7096>

Andreas Speit: Eine Spende mit Problempotenzial, taz, 18.06.2019 <https://taz.de/Toedlicher-Schuss-auf-Walter-Luebcke!/5604292>

³⁰⁾ <https://haskala.de/2019/06/17/mutmasslicher-moerder-cdu-regierungsrat-ist-spender-der-afd-in-thueringen>

³¹⁾ siehe Bundesgerichtshof, BGH, Beschluss vom 22.08.2019 – StB 21/19, Fundstelle openJur 2019, 30960, S. 5-8

³²⁾ ebenda

³³⁾ Tagesschau, 7.7.2019

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fall-walter-luebcke-zwei-weitere-festnahmen-waffenlieferant-und-vermittler-gefasst-a-1274544.html>

³⁴⁾ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-12/walter-luebcke-mord-rechtsextremismus-moerder-reservisten>

³⁵⁾ Tillack, H.M.: Hannibal und seine Wölfe: Was hat der dubiose Verein "Uniter" vor?, In: Stern, 9.8.2019

<https://taz.de/Schwerpunkt-Hannibals-Schattennetzwerk!/t5549502/>

Hannibal-Netzwerk in Meck-Pomm. Rechtsextreme Elitepolizisten, In: TAZ, 26.11.2019

Innenministerkonferenz zu rechten Netzen. Der Feind in den eigenen Reihen, In: TAZ, 2.12.2019

<https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/Politik/Verfassungsschutz-warnte-Bundestag-Namenslisten-Leichensaecke-Aetzalk-Nazi-Gruppe-bereitete-weitere-Angriffe-auf-Fluechtlingsfreunde-vor>

³⁶⁾ Bundesgerichtshof, BGH, Beschluss vom 22.08.2019 – StB

21/19, Fundstelle openJur 2019, 30960, S.2,4
<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/fall-luebcke-stephan-e-101.html>

³⁷⁾ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/walter-luebcke-stephan-ernst-hetzte-und-drohte-mit-gewalt-a-1274349.html>

<http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/75/eine-hinrichtung>
<https://archiv.berliner-zeitung.de/politik/reportage-aus-chemnitz-neonazis-haben-die-stadt-uebernommen-31180618>,
https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Chemnitz_2018#Demonstrationen_und_Gegenproteste

³⁸⁾ <https://exif-recherche.org/?p=6284>

³⁹⁾ <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/chemnitz-afd-demo-stephan-e-luebcke-mord-100.html>

⁴⁰⁾ <https://exif-recherche.org/?p=5546>, Rechtsterroristische Allianzen

⁴¹⁾ <https://exif-recherche.org/?p=6284>, Update: Zur Berichterstattung über die Identität der Person in Mücka

⁴²⁾ Die beiden Gutachten sind als pdf einsehbar:
<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/extras/korrektur-pressemeldung-stephan-e-100.html>

⁴³⁾ <https://exif-recherche.org/?p=6284>

⁴⁴⁾ Zeit online, 27.Juni 2019

⁴⁵⁾ Hartmann hatte einen Online-Waffenhandel und 15 Jahre lang Waffen verkauft, insgesamt 480 Objekte, in manchen Monaten an 18 Käufern. Er legte den Account erst kurz vor dem Mord still.

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-06/mordfall-walter-luebcke-markus-h-stephan-e-helfer-waffenhaendler?fbclid=IwAR3WkDcLGuILQNV1wJzKejgNkv_qVQVtCkAvdyzz9ql3sjPPZeeAOXeMvM

⁴⁶⁾ Rechtsextremist Tatverdächtiger bat Arbeitskollegen um Alibi, In: Spiegel Panorama, 26.06.2019

<https://www.sueddeutsche.de/politik/stephan-e-walter-luebcke-1.4499835>

⁴⁷⁾ <https://www.tz.de/welt/kassel-mordfall-luebcke-sagt-stephan-ernst-mitwoch-aus-zr-13425089.html>

Vgl. dazu: Geständnis, Widerruf und viele Fragen, Tagesschau (07.07.2019)

<https://www.tz.de/welt/kassel-mordfall-luebcke-sagt-stephan-ernst-mitwoch-aus-zr-13425089.html> Cs5hsr

23.03.19

Stanley R. nimmt an mutmaßlichem „Combat 18“-Treffen in Mücka teil

23.03.19

Kassel: Antisemitische Parolen gegrölt

23.03.19

Neukirchen, Schwam-Eder-Kreis: „Die Rechte“ wählt neuen Landesvorstand

23.03.19

Mücka: Mutmaßliche Teilnahme von Stefan Ernst an einem Treffen von Combat 18 und der "Brigade 8"

25.03.19

NPD-Schutzaktionen-Aktion in Fulda

4. Im Hintergrund: „Freie Kameradschaften“, „Combat 18“, der „NSU“.

Unterstützernetzwerke und die Rolle von V-Leuten

1. Freie Kameradschaften

Im Folgenden sollen kurz Bezugsrahmen, Umfeld, Strukturen, die Szene, in der sich Stephan Ernst in Kassel bewegte und in die er eingebettet war, dargestellt werden.

Dabei soll die Entwicklung, die durch die Diskussion um den Mord an Herrn Lübcke im Januar 2020 schließlich zum Verbot von „Combat 18“ führte, mit einfließen.

Stephan Ernst war nach der Haftentlassung schnell in der Szene der Freien Kameradschaften Kassels unterwegs und tauchte schon im Jahr 2000 in zwei Berichten des V-Manes Gärtner über diese Szene auf. Die strafrechtlich nicht so leicht zu fassenden, eher losen, teilweise konkurrierenden und sich personell überschneidenden Zusammenschlüsse der Freien Kameradschaften waren nach Einschätzung des Verfassungsschutzes „weniger eine eigene Gruppierung, sondern mehr ein die Rechtsextremisten verbindendes Element in der neonazistischen Szene in Kassel, welches unter diesem Namen gemeinsam in Erscheinung trat.“¹⁾ Man kannte sich, verteidigte auch mal gemeinsam seinen Szeneladen am Stern vor einem vermeintlichen Angriff von Antifaschisten und traf sich in der Szene-Kneipe „Stadt Stockholm“, deren Inhaber Jahre brauchten, bis sie ihre nicht unbedingt erwünschten Stammgäste wieder los wurden.²⁾ Die Betreiber des „Stadt Stockholm“ bestätigten in Vernehmungen, dass 2006 sogar Beate Tschäpe gemeinsam mit dem Neonazi und V-Mann Benjamin Gärtner als Gäste dort waren, was Gärtner später bestritt.³⁾ Im „Sturm 18“, der „Hardcore Crew Cassel“, dem „Freien Widerstand Kassel“ agierten die führenden Neonazis in Kassel. Dirk Winkel, Corynna Görtz, Bernd Tödter,

Michel Friedrich und Stanley Röske, Danyel Huth, Markus Eckel, Mike Sawallich und andere. Diese Szene war eng mit „Combat 18“ verwoben, tief in die Unterstützernetzwerke des „NSU“ eingebunden und im Jahr des Mordes an Halit Yozgat durch den NSU in Kassel besonders aktiv. Ihr gehörten auch Markus Hartmann und Stephan Ernst bis 2011 an. Aufgrund der klandestinen Arbeitsweise können nur allgemein die Strukturen beschrieben werden, genauere Erkenntnisse könnten hier nur Ermittlungen liefern.

2. „NSU“, „Blood and Honour“ und „Combat 18“

Etwa ein Jahr nach der Haftentlassung des Stephan Ernst wurde im Jahr 2000 das Terrornetzwerk „Blood and Honour“ auf Bundesebene verboten, zu deren harten Kern nach Einschätzung des LKA Thüringen auch das Kerntrio des NSU, Beate Tschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gehörten.⁴⁾ Nach dem Verbot von „Blood and Honour“ gewann deren nicht verbotene bewaffnete Arm „Combat 18“ an Gewicht. Die vorher für „Blood and Honour“ spielende Band „Oidoxie“ aus Dortmund um den Leadsänger Marco Gottschalk entwickelte sich zur führenden Band von „Combat 18“ und in ihrem Umfeld entstand eine Zelle von „Combat 18“ in Dortmund⁵⁾, weitere gab es u.a. in Norddeutschland und Nordhessen. Die Band gründete um 2003 die sogenannte „Oidoxie Streetfighting Gang“, die bei Konzerten als Ordnungsdienst fungierte. Diese ca. 50 Personen umfassende Gruppierung bildete eine Filiale in Schweden und eine in Kassel, die sich „Nordhessen Crew“ nannte und der Mitglieder des Freien Widerstandes Kassel angehörten, u.a. Danyel Huth und

25.03.19

Fritzlar: Anklage wegen Volksverhetzung gegen
3 Vorstandsmitglieder des Thule-Seminar (Pierre Krebs, Burkhart
Weecke, Versandhändlerin Gudrun Schwarz (Bad Wildungen))

26.03.19

Aufkleber
in Kassel mit
Hitler-Bildern

28.03.19

Sechs Monate Haft
auf Bewährung für
AfD-Angeklagten

21.04.19

NPD versucht, sich
Ostermarsch in Kassel
anzuschließen

Michel Friedrich. Führungsfigur war Stanley Röske. Die Beziehungen zwischen Dortmund und Kassel waren so eng, dass im Booklet eines Albums der Band „Stanley und die Kasseler“ begrüßt wurden.⁶⁾ Kurz vor und nach den zwei Morden des NSU Anfang April 2006 an Mehmet Kubasik in Dortmund und an Halit Yozgat in Kassel gab die Band „Oidoxie“ je ein Geburtstagskonzert für zwei Kasseler „Crew-Member“. Am 18. März 2006 für Stanley Röske im später abgebrannten Clubhaus der Rockergruppe Bandidos im Kasseler Stadtteil Wesertor, bei dem angeblich auch Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt anwesend gewesen sein sollen. Und zwei Monate nach dem Mord am 17. Juni 2006 im gleichen Clubhaus für „Crew-Member“ Michel Friedrich – der als Zeuge im NSU-Prozess bestätigte, das NSU-Trio gekannt und getroffen zu haben.⁷⁾ Danach löste sich die „Oidoxie Streetfighting Gang“ auf. „Oidoxie“, „Oidoxie Streetfighting Gang“ und die „Nordhessen Crew“ werden zum engen Unterstützernetzwerk des NSU gezählt.

Die terroristischen Netzwerke „Blood and Honour“ wie auch „Combat 18“ mit der Band „Oidoxie“ sehen sich in einem weltumspannenden Kampf gegen den Untergang



Stanley Röske, Führungsfigur der Kasseler Naziszene und einer der Hauptakteure bei „Combat 18“

der weißen Rasse. In diesem Kampf würde sich nur das stärkere Volk behaupten, das schwächere wird vernichtet. Daraus leiten sie die Legitimation ab, als weiße Widerstandskämpfer einen gerechten Kampf zur Rettung der eigenen Völker zu führen. Ihr Ziel ist die Auslösung eines Umsturzes durch Terror. In diesem Kampf sehen sie sich als Elite, die auch mit bewaffnetem Kampf die Vorherrschaft der weißen Rasse verteidigt.

Da Gewalt einschließlich Mord für diese Gruppen ein legitimes Kampfmittel ist, suchten sie nach Wegen, um der damit verbundenen Verfolgung durch staatliche Behörden zu entgehen und entwickelten das Konzept der „leaderless resistance“, nach dem diese Gruppen sich organisieren und handeln. Das Konzept des „führerlosen Widerstandes“ bedeutet, dass Kleingruppen nur mit losem oder ohne organisatorischen Zusammenhang, aber verbunden durch eine gemeinsame Weltanschauung unabhängig voneinander auf eigene Initiative im Verborgenen Anschläge oder andere Gewalttaten planen und verüben. Jede Gruppe mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Die Gruppen organisieren sich konspirativ unter strengstem Stillschweigen nach außen.⁸⁾ Klar erkennbare Anführer und Befehlsstrukturen braucht es nicht mehr. Dieses Konzept beschreibt ziemlich genau das Vorgehen von Stephan Ernst und Markus Hartmann, den mutmaßlichen Mördern des Herrn Lübcke.

Der NSU verkörperte die Prinzipien des führerlosen Widerstandes. Er verstand sich als „Netzwerk von Kameraden“, der „Taten statt Worte“ sprechen ließ, wobei der Grundsatz „Brüder schweigen“ galt. Der NSU hat 13 Jahre lang unerkannt 10 Morde, 15 Raubüberfälle und mindestens 3 Sprengstoffanschläge verübt. Diese Netzwerke wurden nicht zerschlagen, sondern wirken fort. Auch Stephan Ernst hat in seinen Posts Taten statt Worte gefordert. Die Linken-Politikerin MdB Martina Renner wagt die Arbeitshypothese, dass man beim Mord an Herrn Lübcke von einer „NSU-Komplex – Zelle Kassel“ sprechen könnte.⁹⁾ Das NSU-Tribunal fragt, ob der Mord an Herrn Lübcke der 11. Mord des NSU-Netzwerkes gewesen sein könnte.¹⁰⁾

24.04.19
NPD -
Schutzzone-Aktion
in Fulda

26.04.19
Antisemitische Plakate der
Partei „Die Rechte“ in
Neukirchen (SchwalmEder-Kreis)

27.04.19
NPD-
Infostand in
Bad Hersfeld

30.04.19
Daniel T. überfällt zusammen
mit Marcel H. Teilnehmer
eine Demo in Fulda

05.05.19
Flidener Daniel T.
wegen politisch motivierter
Körperverletzung verurteilt

3. Netzwerke oder Einzeltäter?

Bei aller Konspiration ist es lebenspraktisch so, dass auch Rechtsterroristen ihr soziales Leben gestalten müssen und sich nicht im luftleeren Raum bewegen, sondern immer Helfer und Unterstützer brauchen, und dass sie eingebettet sind in ein soziales Umfeld, das ihre Ziele teilt. Es sind keine isolierten Einzeltäter oder isolierte Gruppen, die Terror ausüben, auch wenn die Einzeltätertheorie inzwischen ein Dogma offizieller Politik ist. Andere Sichtweisen werden schnell als abwegige Verschwörungstheorien diffamiert.

Angesichts der von Bundesinnenminister Seehofer selbst genannten Zahl von 12.700 gewaltbereiten Rechtsradikalen¹¹⁾ immer noch von Einzeltätern zu sprechen und rechten Terror auf Einzeltäter zu reduzieren, ist eine unfassbare Form von Realitätsverweigerung. Die strukturelle Gefahr des Rechtsradikalismus wird so verharmlost, kann nicht mehr angemessen wahrgenommen und bekämpft werden. Die Erkenntnis, dass Neonazis keine isolierten Einzeltäter sind, war 2011 nach dem Aufliegen des NSU für den damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, noch selbstverständlich. In einer Grundsatzrede, in der er auch auf die lange Geschichte rechten Terrors in der Bundesrepublik einging, erklärte er:



KAGIDA Kundgebung in Kassel

„Terrorismus braucht einen Resonanzboden. Er braucht Unterstützer und Sympathisanten.“¹²⁾

Inzwischen sind 13 parlamentarische Untersuchungsausschüsse mit hunderten Abgeordneten, die hunderte Zeugen befragten, Beweisanträge stellten und hunderte Meter Aktordner wälzten, jedoch bei der Frage der Unterstützernetzwerke an die Grenzen parlamentarischer Aufklärung geraten.

Im Münchener Prozess wurde der NSU als abgeschottetes Trio ohne Mitwisser und Helfer verhandelt, alle Versuche der Nebenklagevertreter, im Prozess die Unterstützerszene offen zu legen, wurden vom Gericht abgelehnt. Bundesanwalt Herbert Diener sprach mit Blick auf Unterstützernetzwerke aggressiv verächtlich von „Fliegengesumme“ und „Irrlichtern“.¹³⁾ Da die Generalbundesanwaltschaft der Fachaufsicht des Bundesjustizministeriums untersteht, kann man dies als offizielle Position der Bundesregierung werten. Dabei gab Bundeskanzlerin Merkel beim Staatstrauerakt den Familien der Opfer und der Öffentlichkeit 2012 das Versprechen, die Hintermänner der Mordserie aufzuklären.¹⁴⁾ Dieses Versprechen wurde gebrochen. Es ist bis heute nicht gelungen, die Unterstützernetzwerke des NSU in Gänze offen zu legen, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und den sogenannten NSU-Komplex aufzulösen. Auch dem NSU-Ausschuss in Hessen ist es nicht in Gänze gelungen, dieses auch in Nordhessen tätige Netzwerk, das den Mord an Halit Yozgat im April 2006 in Kassel mit ermöglicht hat, offen zu legen. Das hat Gründe.

Die Rolle der V-Leute

Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz glauben nach wie vor, dass sogenannte menschliche Quellen, also V-Leute, der unverzichtbar Königsweg sind, um an Informationen zur Aufklärung der rechten Szene zu kommen. Deshalb wären V-Leute ein notwendiger Bestandteil der Sicherheitsarchitektur. Wenn es notwendig ist, dürfen sich diese V-Leute sogar mit Wissen des Verfassungsschutzes in einer Grauzone ungestraft an Straftaten beteiligen, um in der Szene glaubwürdig zu bleiben.¹⁵⁾

10.05.19
NPD-
Schutzzone-Aktion
in Bad Hersfeld

21.05.19
NPD-Aktivist*innen
besprühen Schulcafeteria
in Fulda

21.05.19
Kassel:
Gewaltvoller Angriff
auf bettelnden Mann

24.05.19
IB-Flugblatt
in
Briefkasten

05.06.19
JN klebt Plakate
an
Kasseler Schule

Der Einsatz von V-Leuten ist ein Katze- und Maus-Spiel: Nazis glauben, den Verfassungsschutz für ihre Ziele instrumentalisieren zu können und umgekehrt glaubt der Verfassungsschutz, die Nazis kontrollieren und lenken zu können. Ein gefährliches Spiel, durch das staatliche Behörden in kriminelle Machenschaften verwickelt werden können oder durch die Nichtweitergabe von Informationen an Gerichte oder Polizei möglicher Weise Strafvereitelung im Amt begehen können.

Welche Probleme entstehen, zeigt die Nichtweitergabe von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen an das Verwaltungsgericht in Kassel bei der gerichtlichen Auseinandersetzung von Markus Hartmann gegen die Stadt Kassel wegen der Erteilung einer Waffenbesitzkarte. Dem Rechtsradikalen konnte die Waffenbesitzkarte - juristisch korrekt - nicht verweigert werden, weil der Verfassungsschutz dem Gericht keine gerichtsverwertbaren Informationen lieferte. Die FAZ fragte mit Recht, wozu der Verfassungsschutz eigentlich Informationen sammelt, wenn „dies im Fall eines Rechtsextremisten, der sich Waffen beschaffen will, ohne Auswirkungen bleibt? Wann, wenn nicht dann?“¹⁶⁾ Faktisch hat der Verfassungsschutz seinen Anteil, dass Markus Hartmann ganz legal Waffentrainings mit dem mutmaßlichen Mörder des Herrn Lübcke durchführen konnte.

Die Verfassungsschutzämter versuchen unter allen Umständen und auch vor Gerichten oder parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, ihre V-Leute in der rechten Szene zu schützen. Sie sind gleichsam sakrosankt, und die V-Leute wissen das. Der Verfassungsschutz stellt sich faktisch über Gesetze und agiert außerhalb jeglicher Kontrolle. Ihm geht Quellenschutz vor Aufklärung, Strafverfolgung und Opferschutz. Dazu setzten die Ämter alle Mittel ein, die eine Behörde aufbieten kann. Verweigerung oder Einschränkung von Aussagegenehmigungen, Schwärzung oder unvollständige Weiterleitung von Akten, Erklärung von Akten zur geheimen Verschlussache oder Schreddern von Akten oder Aufbietung von Zeugen, die

sich kaum oder gar nicht mehr erinnern können.¹⁷⁾ Diese Politik der Verfassungsschutzämter wird bis heute verfolgt und konsequent verteidigt, so auch 2012 vor dem 1. NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages durch den damaligen Staatssekretär im Innenministerium, Klaus Dieter Fritsche, der heute Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung ist.¹⁸⁾

Der Quellenschutz geht so weit, dass der Hessische Verfassungsschutz dem enttarnten V-Mann Benjamin Gärtner alias „Gemüse“ aus Kassel sogar einen Anwalt bei dessen Aussage beim NSU-Prozess in München bezahlte, der aufpasste, dass der enttarnte V-Mann als Zeuge vor Gericht keine Wissen über seine Aussagegenehmigung hinaus preisgab.¹⁹⁾ Selbst für eine Vernehmung beim Bundeskriminalamt nach dem Aufliegen des NSU stellte der Verfassungsschutz diesem Neonazi einen Anwalt zur Seite und gab nur eine eingeschränkte Aussagegenehmigung - ausschließlich für die Zeit nach dem Mord an Halit Yozgat.²⁰⁾

V-Leute werden aus Steuergeldern bezahlt und sind faktisch staatlich alimentierte Rechtsradikale. Der plötzlich verstorbene enttarnte V-Mann „Corelli“ hat etwa 300.000 Euro erhalten.²¹⁾ Der enttarnte V-Mann Tino Brandt, ehemaliger Chef des Thüringer Heimatschutzes, aus dem der NSU hervorging, erhielt monatlich zwischen 800 – 1200 DM, insgesamt etwa 200.000 DM, plus Spesen für Fahrten, Handy und Computer. Er nutzte dieses Geld nach eigenen Angaben zur Finanzierung rechtsextremer Aktivitäten. Mit Wissen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz unterstützte er das NSU-Trio finanziell.²²⁾ Diese eigentlich unfassbare Praxis des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen kritisierte der ehemalige Leiter des Landeskriminalamtes Thüringen, Uwe Kranz, vor dem NSU-Untersuchungsausschuss in Erfurt: „Ich fasse es nicht. Ich darf gar nicht darüber nachdenken.“²³⁾

Der enttarnte V-Mann Tino Brandt rühmte sich später, dass er dem Verfassungsschutz gegenüber keine Kameraden verraten hätte und zu 90 Prozent nur Informationen weitergegeben hätte, die dieser auch in öffentlich zugäng-

05.06.19

Kassel: Professor Ulrich Kutschera wegen Volksverhetzung vor Gericht

10.06.19

Kasseler Moschee mit Stein beworfen

17.06.19

Stefan Wernste festgenommen

28.06.19

Hakenkreuze am Sportplatz Frankenu (Waldeck-Frankenberg)

30.06.19

Hakenkreuz auf Fahrbahn in Hofgeismar aufgesprüht

lichen Quellen hätte finden können. Beim NSU-Prozess in München erklärte er, dass er über Straftaten überhaupt nicht berichtet hätte. An solchen Informationen wäre der Verfassungsschutz auch gar nicht interessiert gewesen, weil die Aufklärung von Straftaten Sache der Polizei wäre, nicht in den Zuständigkeitsbereich des Verfassungsschutzes fiel und für diesen irrelevant wäre.²⁴⁾ Bei der Gemengelage wird verstehbar, dass die zehn Morde des NSU nicht verhindert werden konnten, obwohl um dieses NSU-Trio ein dichtes Netz von 40 V-Leuten aus 7 Geheimdiensten platziert war.²⁵⁾ Niemand kann einschätzen, was V-Leute verarmlosen oder verschweigen, wie zuverlässig ihre Berichte überhaupt sind. Ein Beispiel dafür lieferte der sogenannte Amri-Untersuchungsausschuss im Bundestag Ende 2019, als es während einer Ausschusssitzung auf offener Bühne zu einem Streit zwischen zwei Mitarbeitern des LKA Nordrhein-Westfalen und des Bundeskriminalamtes kam, wie „quellenehrlich“ oder vertrauenswürdig die Aussagen eines V-Mannes gewesen wären, der vor dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin 2016 gewarnt hatte. Die konträren Bewertungen der zwei unterschiedlichen Sicherheitsbehörden zur gleichen Person waren „absolut zuverlässig“ und „absolut unglaubwürdig“.²⁶⁾ Die Linke lehnt den Einsatz von V-Leuten als untaugliches Mittel zur Bekämpfung von terroristischen Nazigruppen grundsätzlich ab. Morde konnten so nicht verhindert werden.

Die Rolle des V-Mann-Führers Temme in Kassel

Dabei ist für die Öffentlichkeit völlig unklar und verborgen, ob, mit wem, wie und wie tief der Staat in die rechte Szene involviert ist. Am Beispiel des ehemaligen Verfassungsschützers Andreas Temme aus Kassel und dessen Verwicklung im Mordfall Halit Yozgat wird dies überdeutlich. Das Profil dieses Mannes kommt dem eines Neonazis eigentlich recht nahe. Die Kasseler Ermittler wollten 2006 sogar prüfen, ob „nicht möglicherweise ein verkappter Rechter beim Landesamt tätig war“, wie der Leitende Kriminaldirektor beim Polizeipräsidium Kassel Hoffmann bei seiner Befragung vor dem NSU-Ausschuss des Bundesta-



ges aussagte. Dazu kam es nicht. Temme wurde geschützt, Verfahren gegen ihn eingestellt.²⁷⁾ Er wurde in seiner Jugend „Klein Adolf“ genannt, handschriftliche Exzerpte von Hitlers „Mein Kampf“ fanden sich bei einer Hausdurchsuchung ebenso wie eine große Auswahl nicht so leicht zugänglicher rechter Literatur, etwa der „Lehrplan für die weltanschauliche Erziehung der SS“ oder das Machwerk „Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung“ aus dem Jahr 1923.²⁸⁾ Er war waffenaffin, 4 Schusswaffen wurden bei der Hausdurchsuchung gefunden, und absolvierte gemeinsam mit seinem Freund Jürgen S. in Vellmar und Waldau in zwei Schützenclubs Schießtrainings, wahrscheinlich an einem brasilianischen Revolver Rossi .36, einer eher seltenen Waffe, mit der auch Herr Lübcke ermordet wurde. Er hatte Kontakte zur Rockerszene der Kasseler Hells Angels, war befreundet mit deren Präsidenten, bei einer Hausdurchsuchung wurden Kleidungsstücke mit Emblemen dieser Rockergruppe sichergestellt und er verkehrte in der Kneipe „Scharfe Ecke“ in Reinhardshagen, wo die „Hells Angels, Chapter Kassel“ sich trafen. Wegen Weitergabe interner Informationen des LKA Hessen an die Hells Angels wurde 2004 sogar ein Verfahren gegen ihn geführt. Dieses Verfahren musste eingestellt werden, weil die Rocker schwiegen.²⁹⁾

08.07.19

Urteil: Haft für Tobias V. aus
Homburg (Efze) nach
Einfuhr von Munition

09.07.19

Felsberg:
Hakenkreuze an
Außenwänden von Schule

09.07.19

Gilsberg:
Windkraftanlage mit
Hakenkreuzen besprüht

12.07.19

Fulda:
Bushäuschen mit
Hakenkreuz besprüht

Dieser Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war während des Mordes an Halit Yozgat in Kassel am Tatort anwesend, verleugnete dies und gab immer nur so viel zu, wie ihm nachgewiesen worden war. Eine Stunde vor und kurz nach dem Mord telefonierte Temme mit seinem V-Mann Gärtner.³⁰⁾ Am Tag eines weiteren NSU-Verbrechens, dem Nagelbombenanschlag in der Keupstrasse, war Temme in Köln.³¹⁾ Für einen weiteren NSU-Mord, den Tag der Ermordung Enver Şimşeks in Nürnberg im Jahr 2000, musste sich Temme Jahre später laut Bundesanwaltschaft ein Alibi von seinem Freund Jürgen S., Mitarbeiter eines Kasseler Sicherheitsdienstes und Fahrer eines Geldtransporters, besorgen.³²⁾ Bei zwei weiteren Morden des NSU im Jahr 2005 war das Handy dieses Freundes von Temme zeitgleich mit den Morden in der Funkzelle der Tatorte in Nürnberg und München eingeloggt, wie das Polizeipräsidium Mittelfranken ermittelte. Genau an den Tagen dieser zwei Morde telefonierte V-Mann-Führer Temme mit seinem V-Mann Gärtner.³³⁾ Die Beziehung zwischen Jürgen S. und Temme untersuchen Ermittler inzwischen und gehen der Spur nach, „dass der Kasseler Geldtransporter genutzt wurde, um Täter und Tatwaffen unbemerkt an möglichen Polizeikontrollen vorbei zu schleusen.“³⁴⁾

Nach dem Ende seiner Tätigkeit beim Verfassungsschutz traf sich Andreas Temme privat weiter mit dem enttarnten V-Mann Benjamin Gärtner, der sein Duz-Freund war. Inzwischen gibt es Bezüge zwischen dem NSU, Temme und Stephan Ernst. Innenminister Beuth musste Ende Oktober 2019 im Innenausschuss des Hessischen Landtages berichten, dass Temme schon im Jahre 2000 zwei Berichte des V-Mannes Gärtner über Stephan Ernst abgezeichnet hatte.³⁵⁾ Diese Verbindung war offensichtlich deutlich enger und bestand über längere Zeit. Der Anwalt von Stephan Ernst ließ über die Medien verlautbaren, dass nicht nur Temme, sondern auch Stephan Ernst mit dem V-Mann Gärtner »gut bekannt« gewesen wäre und beide sich auch über den V-Mann-Führer Temme unterhalten hätten.³⁶⁾

Diesem Mann schenkte kein NSU-Untersuchungsaus-

schluss Glauben. Nur das Gericht beim NSU-Prozess in München. Die Sicherheitsbehörden und der hessische Ministerpräsident Bouffier hielten und halten noch immer ihre schützende Hand über ihn.³⁷⁾ Bei diesem Mann ist gar nicht mehr klar erkennbar, ob er mehr als Täter oder Unterstützer des NSU oder als Verfassungsschützer oder eben beides unterwegs war. Für Ermittler aus Kassel gilt Temme nach wie vor als Verdächtiger im Mordfall Halit Yozgat. Die polizeilichen Ermittlungen sind zwar gestoppt worden, aber die bis dahin ermittelten Fakten sind nach wie vor gültig und weisen Temme als Hauptverdächtigen aus.

Der öffentliche Druck für die Aufklärung der Unterstützernetzwerke beim Mord an Herrn Lübcke, die Rolle von „Combat 18“ dabei, die Kritik an der zwielichtigen Rolle von V-Leuten ist inzwischen so groß, dass der Hessische Innenminister Beuth sich genötigt sah, zu erklären, dass Stephan Ernst zumindest kein V-Mann des Bundesamtes oder Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz war. Er schloss auch gleich aus, dass Markus Hartmann, der Beihilfe zum Mord an Herrn Lübcke beschuldigt, für das Landesamt für Verfassungsschutz gearbeitet hätte.³⁸⁾

Bundesinnenminister Seehofer sah sich nach dem Mord an Herrn Lübcke und der Festnahme von Stephan Ernst im Juni 2019 sogar genötigt, ein Verbot von „Combat 18“ zu prüfen. Diese Gruppe tauchte im Verfassungsschutzbericht 2018 noch gar nicht auf, 2017 wurde sie vom Verfassungsschutz noch als harmlose „Maulhelden“ eingeschätzt.³⁹⁾

Das Verbot von „Combat 18“ im Januar 2020

Mit einem halben Jahr Verzögerung ist dieses Verbot am 23. Januar 2020 erfolgt. Es hätte schon vor 20 Jahren gemeinsam mit dem Verbot von „Blood and Honour“ erfolgen müssen. Schließlich verstand sich „Combat 18“ als bewaffneter Arm von „Blood and Honour“. Dennoch ist das verspätete Verbot grundsätzlich zu begrüßen. Es bleibt die Frage, ob es als reine Symbolpolitik gewertet werden muss. Nach außen könnte der Innenminister scheinbar entschlossenes Vorgehen bei der Verfolgung von Rechts-

14.07.19

Neuhof bei Fulda: Jens Mierdel Vorsitzender der Jungen Alternative in Hessen ist Mitarbeiter bei Heiko Scholz (AfD, MdL Hessen). 2015 war er Regionalleiter der Identitären Bewegung.

20.07.19

Demo "DIE RECHTE" in Kassel (15.000 Gegendemonstranten)

03.08.19

Bernd Tödter erstellt Facebookgruppe "Aryan Circle"

terroristen demonstrieren und die Öffentlichkeit zufrieden stellen. Nach innen bliebe für die Rechtsterroristen und die V-Leute faktisch alles, wie es war. Diese Einschätzung soll kurz begründet werden.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Rechtsterroristen nach Ankündigung des Verbotes noch ein halbes Jahr Zeit hatten, Spuren zu löschen, Beweismittel zu vernichten, Kommunikationskanäle still zu legen oder Waffen beiseite zu schaffen. Außer medial gut inszenierten Hausdurchsuchungen im einstelligen Bereich mit 210 Polizisten in sechs Bundesländern und dem Verbot der Verwendung der Symbole der Organisation ist bisher nichts Substantielles passiert. In Hessen gab es eine Durchsuchung in Lauterbach/Vogelsberg, in und um Kassel keine. Bei führenden Köpfen von „Combat 18“ wie Thorsten Heise oder Marco Gottschalk ebenfalls nicht.

Bei der Pressekonferenz zum Verbot von „Combat 18“ hat Herr Haldewang von bundesweit 20 Mitgliedern von „Combat 18“ gesprochen.⁴⁰⁾ Diese Zahl ist deutlich zu gering gegriffen. Konservativ geschätzt nannte die antifaschistische Rechercheplattform EXIF vor Jahren eine Zahl von bundesweit 50 nachgewiesenen Mitgliedern. Nach den Entwicklungen der letzten Jahre müsste diese Zahl deutlich nach oben korrigiert werden. Im Jahr 2017 hatte allein die nordhessische Sektion von Stanley Röske 20 der Öffentlichkeit namentlich bekannte Mitglieder. Die bayerische Sektion wird von polizeilichen Ermittlern als mitgliederstärkste eingestuft. Das Innenministerium in NRW geht von mindestens 10 weiteren Aktiven in ihrem Bundesland aus. Hinzu kommen Sektionen etwa in Baden-Württemberg, Thüringen und im norddeutschen Raum.⁴¹⁾ Wenn Herr Haldewang von 20 Mitgliedern bei „Combat 18“ spricht, ist dies eine Verharmlosung der tatsächlichen Stärke von „Combat 18“ und eine Täuschung der Öffentlichkeit.

Spätestens seit Anfang 2019 hat Combat 18“ offensichtlich ein Verbot einkalkuliert und organisatorische Parallel-/Ersatz- und Nachfolgestrukturen geschaffen. Die Gruppe aus

dem Ruhrgebiet um Marco Gottschalk tritt seit Anfang 2019 als „Brothers of Honour“ auf. Auf ihren rockerähnlichen Kutten steht „28FF28“ („Blood & Honour Forever, Forever Blood & Honour“) und dem alten „Combat 18“-Slogan „Whatever it takes“.⁴²⁾ Die Gruppe um Stanley Röske hat sich am 23. März 2019 in Mücka/Sachsen mit der „Brigade 8“ vereinigt - Logo geändert, Mitgliederzahl mehr als verdoppelt.⁴³⁾ In Thüringen kann sich „Combat 18“ noch auf die „Thuronen“ mit ihrem Treffpunkt im „Gelben Haus“ in Ballstädt zurückziehen.⁴⁴⁾ Das jetzt ausgesprochene Verbot könnte ins Leere laufen. Der Freitag wertete es als „Trockenübung gegen den Terror“.⁴⁵⁾ Für die Politikerin der Linken, Martina Renner, die sich seit Jahren nicht nur im Bundestag gegen Rechtsterroristen engagiert, war es nur ein „symbolischer Schlag“.⁴⁶⁾ Die handelnden Personen treten unter neuem Label auf, ansonsten dürfte sich wie beim Verbot von „Blood and Honour“ im Jahr 2000 für die Mitglieder nicht viel ändern. Mehrere Zeugen der rechtsradikalen Szene in Nordhessen sagten vor dem Hessischen NSU-Untersuchungsausschuss aus, dass sich damals praktisch nichts für sie verändert hätte.⁴⁷⁾ Bis jetzt wurden die Strukturen nicht zerschlagen, die Rechtsterroristen nicht entwaffnet, die Waffendepots nicht ausgehoben, die Finanzwege nicht trocken gelegt. War „Combat 18“ nach dem Verbot der Erbe von „Blood and Honour“, so könnten heute „Brigade 8“ und „Brothers of Honour“ die Erben von „Combat 18“ werden. Landtagsabgeordnete der SPD und Linken in Sachsen fordern inzwischen auch ein Verbot von „Brigade 8“⁴⁸⁾ und die Grünen fragen in NRW nach dem Verbot von „Brothers of Honour“.⁴⁹⁾ Wahrscheinlich wird es aber beim eher symbolischen Verbot von „Combat 18“ bleiben. Das könnte Gründe haben, die sich aus der Arbeitsweise der Geheimdienste ergeben.

Noch vor dem Verbot von „Combat 18“ erklärte MdB Martina Renner in einem Interview mit der Zeitung „Das Parlament“: „Man hatte immer das Gefühl, über „Blood and Honour“, über „Combat 18“ wird eine schützende Hand gehalten.“⁵⁰⁾ Diese „schützende Hand“ könnte jetzt auch über die Nachfolgeorganisationen gehalten werden. „EXIF“

03.08.19

Pierre Krebs (Thule Seminar) referiert beim Sommerfest des Vereins „Gedächtnisstätte e.V.“ im thüringischen Guthmannshausen u.a. mit Paul Latussek (Landsmannschaft Schlesien, Gesellschaft für freie Publizistik), Hans Weber, Arnold Höfs

19.08.19

Rechtsextremer Meinolf S. zieht nach Knüllwald

22.08.19

Schwalmstadt: Hakenkreuz auf ehemaligem Fabrikgebäude

hat eine plausible Begründung dafür. Unter dem Titel „Never change a running system“ vertritt „EXIF“ die Einschätzung, dass „Blood and Honour“ und danach „Combat 18“, hinzugefügt sei: jetzt auch die Nachfolgenetze/strukturen, den Geheimdiensten sozusagen als „Honeypot“ dienen, um extrem gewaltbereite Rechtsextremisten anzulocken. Diese glaubt man dann mit Hilfe von V-Leuten in der Organisation beobachten und kontrollieren zu können. Gerade bei „Combat 18“ und Nachfolgegruppen könnten sich Geheimdienste Einblicke in rechtsterroristische Netzwerke, ihre Strategien und Aktionsfelder im internationalen Maßstab versprechen, „Combat 18“ agiert weltweit in 20 Ländern.⁵¹⁾ Wurden beim NSU 40 V-Leute aus 7 Geheimdiensten gezählt, könnten bei „Combat 18“ sogar noch V-Leute der Geheimdienste anderer Länder platziert sein. Bei der von EXIF begründeten Interessenlage und Strategie der Geheimdienste würde es Sinn machen, die V-Leute auch in Nachfolgestrukturen von „Combat 18“ zu übernehmen.

Doch genau dieses Vorgehen könnte dazu führen, dass die Verbotserfügung gegen „Combat 18“ juristisch keinen Bestand hat. Wenn „Combat 18“ bis in die Spitzen mit V-Leuten durchsetzt sein sollte, was anzunehmen ist, gibt es sozusagen einen „Staatsanteil“ in dieser Terrororganisation. Niemand weiss, wie hoch der Einfluss des Verfassungsschutzes auf die Organisation gewesen sein könnte. Dann ist es möglich, dass ein Verbot von „Combat 18“ vor Gericht abgelehnt wird wegen des Einflusses staatlicher Behörden, eben „fehlender Staatsferne“. So ist es im Verbotsverfahren gegen die NPD geschehen.⁵²⁾ Bei der Gemengelage ist die Entwicklung zurzeit schwer einzuschätzen. Inzwischen klagen zwei Personen, denen die Verbotserfügung zu Combat 18“ zugestellt wurde, gegen das Verbot.

Unabhängig von all dem muss klar sein, dass Vereinsverbote alleine nicht zur Bekämpfung des Rechtsterrorismus ausreichen. Man kann sich nur der Forderung von EXIF anschließen, wo kurz und bündig erklärt wird:

„Das Problem rechten Terrors ist nicht mit Verboten zu lösen, sondern nur mit einer kompletten Zerschlagung der Strukturen samt ihrer Helfer*innen.“⁵³⁾

Ob dies bei der Auseinandersetzung mit dem Mord an Herrn Lübcke gelingen wird, ist offen.

Anmerkungen: „Im Hintergrund: „Freie Kameradschaften“, „Combat 18“

¹⁾ <https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/INA-KB-08-oeff.pdf>
Kurzbericht Innenausschuss hessischer Landtag, 8. Sitzung 26.06.2019

²⁾ <https://www.hna.de/kassel/mordfall-luebcke-stephan-e-und-neonazis-trafen-sich-in-kasseler-kneipe-12541919.html>

³⁾ Beschlussempfehlung und Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/12950, S. 1059

⁴⁾ <https://www.derwesten.de/region/rhein-und-ruhr/neonazigründete-offenbar-rechte-terrorgruppe-in-dortmund-id6660280.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/verbotene-organisation-blood-honour-neonazis-feiern-tag-der-ehre-1.1596621>
<https://kleineanfragen.de/bundestag/19/8303-mutmassliche-weiterfuehrung-von-blood-and-honour-und-anderer-verbote-ner-extrem-rechter-organisationen-und-deren>
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/107/1810757.pdf>

⁵⁾ <https://www.facebook.com/Oidoxie-813174525518835/>
Pierre Briegert: Oidoxie. Eine RechtsRock-Band gibt Gas. Lotta Nr. 11, S. 15, Winter 2002/2003 PDF
https://de.wikipedia.org/wiki/Oidoxie#cite_note-6 Gute
www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/rechtsextremes-netzwerk-combat-100.html
<https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/neonazigruppe-combat-18-ruhrgebiet-100.html>
<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/combat-18-wer-steckt-hinter-der-verbotenen-neonazi-gruppe-a-90685e93-b962-403c-b56b-2a8ede27b733>

⁶⁾ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/stephan-ernst-das-kasseler-umfeld-des-gestaendigen-im-fall-walter-luebcke-a-1274255.html>

28.08.19

Kassel:
Rechtsextremer Vandalismus
im Aschrottspark

30.08.19

Hungen-Villingen: Rechtsrockkonzert
u.a. mit „Hauptkampflinie“ (Kassel),
Kategorie C, etwa 70-100 Rechtsrock-Fans

01.09.19

Stephan Ernst und
Markus Hartmann auf AfD-Demo
2018 in Chemnitz

02.09.19

„Verbotene NS-Symbole
am WeinbergSchriftzüge
„NSDAP Deutschland“ und „SA“ "

<https://exif-recherche.org/?p=4399>
<http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/71/organisation-und-internationales-netzwerk>
<https://www.fr.de/politik/netzwerk-nsu-terroristen-11189957.html>

⁷⁾ <https://www.fr.de/politik/netzwerk-nsu-terroristen-11189957.html>

vgl. dazu auch Beschlussempfehlung und Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses Deutschen Bundestages, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/12950, S. 890, 1060

⁸⁾ Armin Pfahl-Traugber: Vom „Werwolf“ über die „Turner-Tagebücher“ bis zum „Leaderless Resistance“. In: Jannis Jost et al. (Hrsg.): Jahrbuch Terrorismus 2017/2018, Opladen 2019, S. 213 – 230

<https://www.belltower.news/die-rueckkehr-von-blood-honour-und-dem-bewaffneten-arm-combat-18-47464/>

<https://exif-recherche.org/?p=4399>

https://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BChrender_Widerstand

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167684/der-nationalsozialistische-untergrund-nsu>

⁹⁾ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1131613.nationalsozialistischer-untergrund-nsu-komplex-zelle-kassel.html>

¹⁰⁾ <https://www.nsu-tribunal.de/der-11-mord-des-nsu-netzwerks-zum-mord-an-walter-luebcke/>

¹¹⁾ <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-seehofer-warnt-vor-gefahr-von-rechts-1.4501789>

¹²⁾ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13765422/Vom-Rechtsextremismus-zum-Rechtsterrorismus.html>

¹³⁾ Rammelsberger, A./Ramm, W./Schultz, T./Stadler, T.: Der NSU-Prozess. Das Protokoll, Band 2: Plädoyers und Urteil, Materialien, Bonn 2019, S. 1510, 1561

¹⁴⁾ <https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/rede-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-bei-der-gedenkveranstaltung-fuer-die-opfer-rechtsextremistischer-gewalt-415478>

¹⁵⁾ <https://verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/detail.php/lbm1.c.342146.de>

<https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/service/glossar/v-leute/index.html>

<https://taz.de/Beschaefigte-ein-V-Mann-NSU-Mitglieder/!5293666/>

<https://www.dw.com/de/v-leute-wollen-geld-und-aufmerksamkeit/a-46261587>

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/kampf-gegen-kriminalitaet-fehlendes-gesetz-ist-der-einsatz-von-v-leuten-bei-der-polizei-illegal_id_11322041.html

<https://www.welt.de/geschichte/raf/article169075918/V-Leute-muessen-mindere-Verbrechen-begehen-duerfen.html>

¹⁶⁾ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mordfall-walter-luebcke-wann-wenn-nicht-dann-16346565.html>

<https://www.hna.de/kassel/fall-luebcke-markus-durfte-waffe-haben-versagte-verfassungsschutz-zr-12932907.html>

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/luebcke-komplize-waffe-101.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/luebcke-mord-rechtsextremismus-markus-h-stephan-e-1.4570617>

¹⁷⁾ Ramelow, B. (Hrsg.): Made in Thüringen? Verfassungsschutz-Skandal, Hamburg 2012

Ramelow, B. (Hrsg.): Schreddern-Spitzeln, Staatsversagen, Hamburg 2013

Renner, M./Wehrhahn, S.: Verdunklung als Prinzip: Geheimdienste und rechter Terror, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2017, S. 25 – 28

Funke, H.: Sicherheitsrisiko Verfassungsschutz. Staatsaffaire NSU: das V-Mann-Desaster und was daraus gelernt werden muss, Hamburg 2018

Kallert, A./Gengnagel, V.: Staatsraison statt Aufklärung, Berlin 2017

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-nebenklaeger-wirft-bundesanwaltschaft-staatsschutz-vor-a-1167134.html>

<https://verfassungsblog.de/skandal-ohne-oeffentlichen-aufschrei-verfassungsschutz-hat-im-nsu-komplex-vorsatzlich-akten-vernichtet/>

¹⁸⁾ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/CD14600/Protokolle/Protokoll-Nr%2034a.pdf>, S. 3

¹⁹⁾ Rammelsberger, A./Ramm, W./Schultz, T./Stadler, T.: Der NSU-Prozess. Das Protokoll, Band 1: Beweisaufnahme, Bonn 2019, S. 237

²⁰⁾ <https://www.welt.de/print/wams/article137697123/Der-NSU-Komplex.html>

<https://www.fr.de/politik/gegrillt-gesoffen-rechtsrock-11063303.html>

²¹⁾ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/nsu-als-vorbild-fuer-gewalt-durch-rechtsextreme->

05.09.19

Wahl des NPD-Funktionärs
Jagsch zum Ortsvorsteher im
Altstädter Ortsteil Waldsiedlung

18.09.19

Mehrere Graffiti
mit Hakenkreuzen
in Kassel-Waldau

21.09.19

NPD-
Infostand
in Fulda

25.09.19

Farbschmierereien
und Hakenkreuz an
Unterführung

30.10.19

NPD-
Schutzzone-Aktion
in Fulda

13874765.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

²²⁾Rammelsberger, A./Ramm, W./Schultz, T./Stadler, T.: Der NSU-Prozess. Das Protokoll, Band 1: Beweisaufnahme, Bonn 2019, S. 408

<https://www.mdr.de/thueringen/zwickauer-trio602.html>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/nsu-prozess-200-000-mark-fuer-den-v-mann-1.2144947>

https://de.wikipedia.org/wiki/Tino_Brandt#Zahlungen_des_Verfassungsschutzes_an_Tino_Brandt

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-02/nsu-ausschuss-stuttgart-verfassungsschutz-finanzierung-rechtsterrorismus>

Maegerle, A.: V-Mann-Portrait. Tino Brandt, In: der rechte rand, Heft 150, 11.02.2015

Ex-Neonazi leitet Verfassungsschutz-Gelder an NSU weiter, Stuttgarter Zeitung, Ausgabe vom 19.02.2018

Stefan Aust, Dirk Laabs: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. Pantheon Verlag München 2014, S. 119ff. vgl. zur generellen Praxis: Kleine Anfrage die Linke zur V-Mann Praxis und -bezahlung, Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/12470, 26.02.2013

²³⁾<https://www.nsu-watch.info/2015/02/v-mann-portraet-tino-brandt/>

<https://www.sueddeutsche.de/politik/entlohnung-von-v-maennern-subventionierung-der-braunen-szene-1.1595610-0>

²⁴⁾<https://www.n-tv.de/politik/Tino-Brandt-gibt-Falschaussagen-zu-article14714071.html>

Rammelsberger, A./Ramm, W./Schultz, T./Stadler, T.: Der NSU-Prozess. Das Protokoll, Band 1: Beweisaufnahme, Bonn 2019, S. 449, 450

Vgl. Aust, S./Laabs, D.: Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014, S. 122

²⁵⁾<https://taz.de/Die-NSU-Serie-Teil-2/!5350062/>

<https://www.spiegel.de/panorama/nsu-40-v-leute-im-thueringer-heimatschutz-a-853927.html>

²⁶⁾https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_86983564/bka-hat-v-mann-hinweise-zu-amri-nicht-ernst-genommen.html

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/terroranschlag-am-breitscheidplatz-bka-ignorierte-hinweise-auf-plaene-von-anis-amri/25331510.html>

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/anschlag->

breitscheidplatz-anis-amri-weihnachtsmarkt-berlin-ermittlungen-bka

²⁷⁾vgl. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2012, Vernehmung des Leitenden Kriminaldirektors Hoffmann beim Polizeipräsidium Nordhessen, S. 82 – 147, hier S. 105 - 107

²⁸⁾Beschlussempfehlung und Bericht des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/12950, S. 865 <https://wolfwetz.de/index.php/2014/01/30/der-neunte-mord-in-kassel-2006-der-schlüssel-fur-das-ende-der-nsu-mordserie-liegt-nicht-in-zwickau/>

²⁹⁾<https://www.rnd.de/politik/mordfall-lubcke-verbindungen-zum-nsu-komplex-weiten-sich-aus-WJJ2F3YADZBW5LNP3HP7JAI5KU.html>

vgl. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2012, Vernehmung des Leitenden Kriminaldirektors Gerald Hoffmann beim Polizeipräsidium Nordhessen, S. 82 – 147, hier S. 90

<https://hessen.nsu-watch.info/2015/02/23/bericht-zur-ersten-oeffentlichen-sitzung-des-nsu-untersuchungsausschuss/>
<https://www.heise.de/tp/features/Ein-Verfassungsschuetzer-waehrend-der-Tat-am-Tatort-3336619.html?seite=all>
<https://www.heise.de/forum/Telepolis/Kommentare/NSU-Tatort-Kassel-Hat-der-Verfassungsschutz-einen-V-Mann-unterschlagen/Andreas-Temme-die-Smoking-Gun-im-NSU-Komplex/posting-29659212/show/>

³⁰⁾vgl. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2012, Vernehmung des Leitenden Kriminaldirektors Gerald Hoffmann beim Polizeipräsidium Nordhessen, S. 82 – 147, hier S. 85, 111

<https://www.welt.de/print/wams/article137697123/Der-NSU-Komplex.html>

³¹⁾Pitt von Bebenburg: NSU-Ausschuss: „Alle Theorien offen“. In: Frankfurter Rundschau, 3. Juli 2016.

³²⁾<https://www.rnd.de/politik/mordfall-lubcke-verbindungen-zum-nsu-komplex-weiten-sich-aus-WJJ2F3YADZBW5LNP3HP7JAI5KU.html>

³³⁾vgl. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des NSU-Un-

04.10.19

Bad-Hersfeld:
Rassistischer Angriff
mit Gasdruckwaffe

16.10.19

Melsungen:
Rassistischer Schriftzug an
Gemeinschaftsunterkunft

19.10.19

Hohmann hält
transfeindliche Rede
bei AfD-Landesparteiag

19.10.19

Rassistische
Farbschmierereien
auf Gemeinschaftsunterkunft

19.10.19

Rechte Geburtstags
feier in
Seigertshausen

tersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2012, Vernehmung des Leitenden Kriminaldirektors Gerald Hoffmann beim Polizeipräsidium Nordhessen, S. 82 – 147, hier S. 127, 128

Es ist unklar, ob Benjamin Gärtner an den jeweiligen Tatorten war. Die Telefonate zwischen Temme und Gärtner an den Tagen der Morde sind unstrittig. Vgl.: <https://machtelite.wordpress.com/2015/03/06/nsu-morde-in-munche-n-und-nurn-berg-ist-v-mann-benjamin-g-tatverdachtiger/>
<https://www.heise.de/forum/Telepolis/Kommentare/NSU-Tatort-Kassel-Hat-der-Verfassungsschutz-einen-V-Mann-unter-schlagen/Andreas-Temme-die-Smoking-Gun-im-NSU-Komplex/posting-29659212/show/>

³⁴⁾<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/nsu-und-fall-luebcke-ein-geldtransporter-als-fluchtwagen,RpohF9A>
<https://www.rnd.de/politik/mordfall-luebcke-verbindungen-zum-nsu-komplex-weiten-sich-aus-WJJ2F3YADZBW5LNP3HP7JAI5KU.html>

³⁵⁾<https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/beuth-zum-fall-luebcke>
<https://www.hna.de/kassel/mord-walter-luebcke-andreas-temme-stephan-ernst-befasst-zr-13126213.html>
<https://www.hermann-schau.de/nc/landtag/presse-meldungen/anzeige-presse-meldung/news/luebcke-nsu-komplex-v-mann-benjamin-gaertner-soll-mit-stephan-ernst-gut-bekannt-gewesen-sein-und-sic/>
<https://www.hessenschau.de/politik/ex-verfassungsschuetzer-temme-war-dienstlich-befasst-mit-stephan-ernst-,andreas-t-stephan-e-100.html>

³⁶⁾<https://www.hna.de/kassel/mord-walter-luebcke-andreas-temme-stephan-ernst-befasst-zr-13126213.html>

³⁷⁾vgl. Stenografisches Protokoll der 21. Sitzung des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 2012, Vernehmung des Leitenden Kriminaldirektors Gerald Hoffmann beim Polizeipräsidium Nordhessen, S. 82 – 147, hier S. 89 – 91

³⁸⁾<https://innen.hessen.de/presse/pressemitteilung/beuth-zum-fall-luebcke>
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mordfall-luebcke-und-nsu-immer-wieder-temme-16440141.html>

³⁹⁾<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2018/Combat-18-Maulhelden-oder-rechte-Terroristen,combat106.html>

⁴⁰⁾<https://www.phoenix.de/combat-18-a-1467770.html>

⁴¹⁾<https://exif-recherche.org/?p=6351>
<https://exif-recherche.org/?p=4399>,

⁴²⁾<https://exif-recherche.org/?p=6351>
<https://www.ruhr24.de/dortmund/combat-18-dortmund-razia-neonazi-verbot-castrop-rauxel-zr-13472464.html>

⁴³⁾<https://www.belltower.news/konspiratives-neonazi-treffen-in-sachsen-rechtsterroristische-allianz-zwischen-brigade-8-und-combat-18-83311/>
<https://www.tag24.de/nachrichten/dresden-muecka-combat-18-brigade-8-rechtsterror-gruppen-neonazis-sachsen-ostritz-blood-honour-1208867>

⁴⁴⁾http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/71076/bruderschaft_thueringen_garde_20_und_turonen.pdf
<https://www.belltower.news/die-bruderschaft-turonen-garde-20-51568/>

⁴⁵⁾<https://www.freitag.de/autoren/konstantin-nowotny/trockene-uebung-gegen-den-terror>,

⁴⁶⁾<https://www.welt.de/regionales/nrw/article205271059/Linke-Expertin-Combat-18-Verbot-nur-symbolischer-Schlag.html>

⁴⁷⁾Die Linke. Fraktion im Hessischen Landtag (Hrsg.): Bericht der Fraktion Die Linke zum NSU-Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag (UNA 19/2), Wiesbaden, o.J, S. 142

⁴⁸⁾<https://www.mdr.de/sachsen/politiker-fordern-brigade-acht-verbot-100.html>

⁴⁹⁾https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/22689586_Verfassungsschutz-ueberprueft-Erben-von-Combat-18.html

⁵⁰⁾Interview Martina Renner: Renner fordert Verbot von „Combat 18“, In: Wochenzeitung „Das Parlament, Ausgabe vom 1. Juli 2019 <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2019/pm-190627-vorab-renner-649738>

⁵¹⁾<https://exif-recherche.org/?p=6351>

⁵²⁾https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/bs20030318_2bvb000101.html

⁵³⁾<https://exif-recherche.org/?p=6351>

26.10.19
Hakenkreuz
auf
Briefkästen

26.10.19
Bernd Tödter
gründet Kameradschaft
«Aryan Circle»

02.11.19
Hakenkreuz an Stromkästen
in Frankenberg
geschmiert

05.11.19
Morddrohung gegen
Staatsminister Michale Roth (SPD)
wegen dessen Kritik an der AfD

23.11.19
Amtsgericht Fritzlar lehnt Verfahrens-
eröffnung gegen "Thule-Seminar"
wegen "Volksverhetzung" ab.

3. Parteimäßige Nazistrukturen

Wer einen Blick in den hessischen Verfassungsschutzbericht wirft, findet dort natürlich auch Hinweise auf einige parteimäßig organisierte extreme Rechte. Jedoch für inhaltliche Substanz reichen diese Stichworte nicht aus.

1. Die NPD

Die Hauptpartei der militanten Naziszene ist immer noch die NPD, auch wenn sich ihre organisationspolitische Kraft in Hessen deutlich zurückentwickelt hat.

Während in der Wetterau, im Main-Kinzig-Kreis und im Rhein-Main-Gebiet noch Aktivisten funktionstüchtige Strukturen aufrechterhalten, kommt die Mobilisierung der NPD in Nordhessen nicht wirklich voran.

Nachdem die alten NPD-Strukturen Anfang der 2000er Jahre zum Erliegen gekommen waren, übernahmen Anhänger der Freien Kameradschaften unter Mike Sawallich die Strukturen der „jungen Nationaldemokraten“ (JN), um für ihre Aktivitäten den Schutz des Parteienprivilegs zu beanspruchen. Zeitweilig war er sogar stellvertretender Landesvorsitzender der JN. Damals rühmte sich die hessische NPD ihrer aktiven Jugendorganisation in Nordhessen. Sichtbarer Ausdruck dieser Zusammenarbeit war eine Kundgebung der NPD im Bundestagswahlkampf 2002. Während in anderen Orten keine lokalen Kräfte mobilisiert werden konnten, kamen in Kassel noch gut 20 weitere Teilnehmende zu den mitgereisten NPD-Anhängern.

Diese gehörten zumeist den militanten Freien Kameradschaften aus Kassel und Göttingen an und suchten handfeste Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten. Zu ihnen gehörte damals – wie auf Fotos sichtbar ist – auch Stephan Ernst. Nach Ende der NPD-Versammlung formierte sich eine antifaschistische Spontan-Demonstration, die zum Militaria-Geschäft von Werner Kahl führte, das

zu dieser Zeit als extrem rechter Treffpunkt diente. Auch hier versammelte sich die Neonazigruppe, um „ihr“ Geschäft zu schützen.

Als die Protagonisten um Mike Sawallich und andere Anhänger der Freien Kameradschaften kein Interesse mehr an der „Parteiarbeit“ hatten, brach die JN-Arbeit im Kreis Kassel schnell wieder zusammen.

Im Bundestagswahlkampf 2009 stellte die NPD noch einmal einen hessischen Landesfunktionär als „Wahlkreiskandidaten“ auf und organisierte eine Kundgebung am Leipziger Platz. Natürlich war die Strategie der NPD im eigentlichen Sinne nicht, Massen für ihre Kundgebungen zu mobilisieren, es reichte ihr die mediale Aufmerksamkeit. Dass aber mit einer Handvoll Ausnahmen auch die bekannten Anhänger der extremen Rechten in Nordhessen nicht bei dieser Kundgebung zu sehen waren, lag einerseits am breiten Protest, der die Veranstaltung faktisch einkesselte. Es war aber auch ein Ausdruck der organisatorischen Schwäche der NPD im Kasseler Raum. Dennoch konnte der Wahlkreiskandidat noch gut 1600 Stimmen erzielen.



NPD Aufmarsch in Göttingen 2003, Vorne mit Sonnenbrille Stephan Ernst

17.12.19

Landkreis Kassel: Landesweite Razzia (Nazis in Baunatal und Zierenberg im Landkreis Kassel, in Altstadt und Bad Nauheim im Wetteraukreis, in Dillenburg (Lahn-Dill-Kreis), Mörlenbach (Landkreis Bergstraße) und Fulda.) gegen die extrem rechte Szene; Waffen, Pyrotechnik, Datenträger, Neonazi-Devotionalien sichergestellt

22.12.19

Neonazis stören in Neukirchen-Seigershausen eine Adventsfeier. Es kommt zu einem Polizeieinsatz.

2013 kam erneut das „NPD-Flaggschiff“ am 16.9. auf den Königsplatz in Kassel. Die Kundgebung begann mit 1 ½ Std. Verzögerung und wurde vom Protest von 600 Menschen begleitet. Etwa ein Dutzend NPD-Anhänger waren bei der Kundgebung anwesend, davon nur zwei aus der Region. Bei der Wahl selber reduzierten sich die Stimmen bereits auf etwa 1250. In der Wahl 2017, als mit der AfD eine klare rechte Alternative antrat, reduzierte sich das Ergebnis im gesamten Wahlkreis 168 dann auf 417 Stimmen.

Seit Jahren firmiert die NPD-Kassel auf der Homepage mit einer Postfach-Adresse, die – nach Informationen – von einem Aktivisten aus Hersfeld-Rotenburg bedient wird.

Dass die NPD Kassel noch nicht „aufgegeben“ hat, zeigt eine Selbstinszenierung vom Mai 2019, als einzelne NPD-Aktivisten mit Warnwesten „Wir schaffen Schutzzonen“ durch Straßen der Kasseler Innenstadt gegangen sind und dieses auf Facebook veröffentlichten. Sie behaupteten, in Kassel auf Streifgang gewesen zu sein. Das Polizeipräsidium Nordhessen bestätigte gegenüber der HNA, dass ihnen die Bilder von der Facebook-Seite vorlägen. Gesehen hat diesen „Streifgang von NPD-Aktivisten“ in Kassel tatsächlich niemand.

An der Kasseler Max-Eyth-Berufsschule tauchten Anfang Juni 2019 Plakate mit dem Slogan „Fang an zu rebellieren“ und einem Link zur „Schuelersprecher.info“ Kampagne auf. Hinter der Kampagne stecken die „Jungen Nationalisten“ (JN), die unter falscher Flagge potentielle Interessenten ködern wollen.

Aktiver und wahrnehmbarer waren die Strukturen der JN und dann auch unter dem Label NPD im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Hier gibt es schon seit vielen Jahren aktive extrem rechte Akteure und Strukturen. Einer von ihnen ist Friedrich Baunack, der nach Zugehörigkeit in verschiedenen Naziorganisationen im Januar 2006 mit einer Wählergruppe „Gruppe freier Deutscher / Freideutsch“ antrat. Laut Selbstdarstellung habe man es geschafft, „eine ge-

meinsame Liste aus Mitgliedern oder Anhängern der Republikaner, der NPD, der DVU, einer freien Kameradschaft und ungebunden-eigensinnigen Landsleuten zur Kreistagswahl 2006 aufzustellen.“ Zwar blieb man bei einem Prozent der Stimmen, aber es zeigt ein Potenzial, was die NPD in den Folgejahren zu mobilisieren versuchte. Deren Anhänger waren so aktiv (Flugblattverteilungen, Info-Tische im Wahlkampf, Provokationen bei anderen Wahlveranstaltungen), dass die mobile Wahlkampagne der NPD 2013 auch in Bad Hersfeld Station machte. Zwar waren auch hier nur wenige regionale Aktivisten sichtbar, aber die NPD versuchte, damit „Flagge zu zeigen“. Im März 2014 versuchte man in dem Ort Ronshausen gegen ein Asylbewerberheim Stimmung zu machen.

(<https://recherche34.wordpress.com/category/hersfeld-rotenburg/>)

Bezeichnend ist, dass im Europawahlkampf 2019 die NPD in Nordhessen nur in Bad Hersfeld am 27. April 2019 einen Informationsstand – aber nur mit Unterstützung auswärtiger Kräfte – zustande brachte. Es steht zu vermuten, dass die Fotos vom „Streifgang“ in Kassel im Rahmen dieser Wahlkampf-Exkursion von NPD-Aktivisten entstanden sind. Laut NPD-Eigenangaben soll es am 09. Mai 2019 einen „Streifgang“ mit zwei Personen auch vor dem Tegut in Bad Hersfeld gegeben haben. Die abgebildeten Personen stammen jedoch nicht aus der Region.

Der tatsächliche Zustand der NPD in Nordhessen zeigt sich anschaulich in deren Internet-Präsentation. Dort ist die NPD mit den Facebook-Seiten NPD-Nordhessen, NPD-Kassel und NPD Hersfeld-Rotenburg vertreten. Wenn man jedoch die Einträge der Monate September bis Dezember 2019 betrachtet, dann werden zu 90% zentrale Seiten der Bundes-NPD und der hessischen NPD geteilt. Ein einziger Betrag bezog sich tatsächlich auf Hessen. Es war eine HNA Meldung über eine sexuelle Belästigung in Kassel, bei der der Verdächtige einen Migrationshintergrund haben soll. Die Abonnentenzahlen der Seite zeigen

ebenfalls den verschwindenden Rückhalt. Die Kasseler Seite haben gut 400 Personen abonniert, die Nordhessen-seite noch 1400. Da die meisten Follower überregional zu finden sind, bewegt sich die aktuelle Zahl der Ansprechpartner im zweistelligen Bereich.

Dass die NPD in Nordhessen jedoch bis heute einen Resonanzboden findet, konnte man in der Lokalpresse verfolgen, als es im Zusammenhang mit der Wahl des NPD-Funktionärs Stefan Jagsch zum Ortbeiratsvorsitzenden zu politischen Debatten und zahlreichen Leserbriefen kam, die deutlich Sympathie für die NPD erkennen ließen.

2. Die Partei „Die Rechte“

Auch in Nordhessen gibt es schon seit vielen Jahren Bestrebungen, neben der NPD eine weitere extrem rechte Struktur mit dem Parteienprivileg aufzubauen. Schon in den 80er Jahren hatte die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) des Michael Kühnen mit Dirk Winkel einen nordhessischen Stützpunktleiter installiert. Nach dem Verbot der Organisation 1995 dauerte es einige Jahre, in denen vor allem das Konzept der „freien Kameradschaften“ organisationsleitend war. Da das Parteienprivileg jedoch Vorteile im politischen Auftreten besaß und die NPD mit ihrer Öffnung zu den Kameradschaften diese aktivistischen Teile der faschistischen Bewegung zeitweilig integrierte, ergab sich keine Notwendigkeit einer weiteren Partei. Das änderte sich 2012, als aus Protest gegen die Fusion von NPD und DVU Christian Worch und seine Anhänger die NPD verließen und die Partei Die Rechte gründeten. Ihr Zentrum lag im Raum Dortmund, aber die alten Kameradschaftskontakte wurden zum Aufbau von Stützpunkten und Landesverbänden eingesetzt.

Einer, der den Schritt aus der NPD heraus mitvollzogen hatte, war Maik Mosebach aus dem Werra-Meißner-Kreis. Der 1985 in Eschwege geborene Mosebach gehörte zuerst den Freien Kameradschaften an, bevor er sich bei der NPD engagierte und 2009 bei den Landtagswahlen für die NPD im Wahlkreis Eschwege-Witzenhausen kandidiert hatte – wenn auch mit geringem Erfolg.

Er galt 2012 als einer der wenigen Sympathisanten der neuen Partei in dem nordhessischen Kreis und war Anfang 2013 in die Schlagzeilen geraten, als die Polizei bei ihm eine Hausdurchsuchung wegen der Verbreitung von Aufklebern der Partei im Werra-Meißner-Kreis durchführte.

Als am 23. März 2013 nach einer Sitzung des hessischen Landesverbandes die Gründung zweier neuer Kreisverbände verkündet wurde, war er wieder dabei. Maik Mosebach wurde als Vorsitzender des Kreisverbandes Werra-Meißner der Partei „Die Rechte“ genannt. Seine Lebensgefährtin Marie-Luise Süß-Lindert, die auch eine lange Karriere innerhalb der Freien Kameradschaftsszene hatte, wurde als Stellvertreterin und Schatzmeisterin erklärt. Laut Selbstdarstellung wurde ein drittes – nicht namentlich genanntes – Vorstandsmitglied gewählt. „Dieses Potential wird sich künftig durch diverse Parteigeschehnisse widerspiegeln“, protzte der neugewählte Kreisvorsitzende Mosebach auf der Homepage.

Diese Neugründung stieß, was nicht überraschen konnte, auf den Widerstand der hessischen NPD. So beklagte „Die Rechte“ in Hessen, dass „die NPD-Führung mit der DIE RECHTE-Führung Kleinkrieg führt, diverse Landesverbände der NPD und der Rechten ihren Kleinkrieg bis in die Ebenen der Kreisverbände hinunter tragen“.



19.02.20

Neofaschistischer Mordanschlag auf zwei Shisha-Bars in Hanau. Der rassistische Täter, Thomas Ratjen, tötete 10 Personen und sich selber. Die Opfer hatten zwar einen "Migrationshintergrund", waren aber fast alle in Deutschland geboren. In seinem "Manifest" verbindet er rassistische und Verschwörungstheorien mit einer psychischer Befindlichkeit.

23.02.20

Verbot von "Combat 18 Deutschland" durch das Bundesinnenministerium. Zahlreiche Objekte werden durchsucht, darunter die Wohnung von Stanley Röske.

Während Mosebach in diesen Auseinandersetzungen noch zu seiner neuen Partei stand, kam es bald schon zu internen Auseinandersetzungen und der darauf folgenden Auflösung der Kreisverbände in Nordhessen. Mosebach und Süß-Lindert schlossen sich daraufhin der Neonazi Kleinstpartei „Der III. Weg“ an.

(<http://ibwatchout.blogspot.de/2016/01/20/familie-mal-coci-und-die-verbindungen-der-identitaeren-bewegung-zur-alten-rechten/>)

Damit war das Kapitel „Die Rechte“ in Nordhessen jedoch nicht beendet. Anfang 2019 versuchte man mit neofaschistischen Strukturen aus dem Schwalm-Eder-Kreis erneut, die Partei zu etablieren. In ihrer Selbstdarstellung heißt es: *Am 24. März 2019 „fand in Neukirchen der Parteitag des Landesverbandes Hessen statt. Dieser wurde einberufen, um einen neuen Landesvorstand zu wählen. Nach der Begrüßung und verschiedenen organisatorischen Punkten, wurde Mike Guldner zum neuen Landesvorsitzenden gewählt, Tim Schmerer und Bastian Sure zu Beisitzern im Landesvorstand. Zum Abschluss des Parteitages wurde der weitere Ausbau des Landesverbandes geplant, um der Partei auch in Hessen die ruhmreiche Bekanntheit zu verschaffen, die sie verdient hat.“*

Ein sichtbares Zeichen versuchte die Partei am 20. Juli 2019 in Kassel zu setzen, als sie – anknüpfend an die öffentliche Debatte um den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke – eine Demonstration „gegen Pressehetze und Verbotsphantasien“ anmeldete. Angekündigt wurde diese Aktion bei einem Neonazi-Konzert in Themar in der Hoffnung, dass sich weitere neofaschistische Strukturen diesem Aufmarsch anschließen würden. Die Anmelde dieser Demonstration waren keine nordhessischen Kader, sondern Christian Worch und Sascha Krolzig selber. Wahrscheinlich wollte man keine juristischen Risiken eingehen, dass durch formale Fehler dieser Aufmarsch scheitern könnte.

Trotz anderslautendem Jubelbericht auf ihrer Homepage war diese Aktion ein Desaster. Gerade einmal 120 Neona-

zis beteiligten sich, wobei die größte Gruppe mit einem Reisebus aus Dortmund eintraf, die andere mit der Bahn aus Südhessen anreiste. Aus Thüringen kam eine kleine Abordnung der NPD.

Dass sich an diesem Tag etwa 15.000 Menschen in vielfältigen Aktionen, aber deutlich hör- und sichtbar gegen diesen Neonaziaufmarsch engagierten, war ein starkes Zeichen der Kasseler Zivilgesellschaft gegen rechten Umtriebe. Mindestens ebenso ärgerlich dürfte es für die ange-reisten Neonazis gewesen sein, dass sie aus Kassel und Nordhessen eigentlich keine Unterstützung bekamen. Einzelne Personengruppen wurden zwar gesichtet, aber angesichts des gesellschaftlichen Protestes trauten sie sich nicht zu ihren Gesinnungsfreunden.

Einen herben Rückschlag mussten die Rechten Ende Oktober 2019 auch in ihrer „Heimat“ Neukirchen (Schwalm) hinnehmen, als sie unter dem Label „Geburtstagsfeier“ ein Treffen organisieren wollten. Wegen „Wasserschaden“ wurde das Bürgerhaus verweigert und die Polizei überprüft die anreisenden Gäste des dann in einem Privathaus organisierten Treffens.

Vollmundig, aber erkennbar sauer berichteten die Neonazis auf



25.02.20

Die Kandidatur von Mike Guldner zur Bürgermeisterwahl scheitert an fehlenden Unterstützerunterschriften.

26.02.20

Hakenkreuzschmierereien u.a. an einer Kirche in Kassel-Brasselsberg

03.03.20

Polizeiaktion gegen "Aryan Circle" Germany. Auch eine Wohnung in Staufenberg (Landkreis Göttingen) wird durchsucht.

ihrer Homepage von diesem Abend, um damit zu schließen: „Wir werden diesen Vorfall aufarbeiten und mit den Nachbarn sprechen, um ihnen die Angelegenheit zu erklären, bevor Lügenpresse und Polizei das Bild einer wilden Naziparty zeichnen. Denn zufälligerweise ist dieser Ort der Wohnort von Mike Guldner, seines Zeichens Landesvorsitzender unseres glorreichen Landesverbandes und zukünftiger Bürgermeister, sowie Tim Schmerer, Beisitzer im Landesvorstand. ... Aber mit dieser Strategie werden sie keinen Erfolg haben, wir werden keinen Millimeter zurückweichen. Die Schwalm bleibt deutsch!“

Um die regionalen Mitstreiter für derlei Vorkommnisse besser zu präparieren, führte die Partei am 30. November 2019 im Schwalm-Eder-Kreis eine Rechtsschulung mit dem Bundesvorsitzenden Sascha Krolzig durch. Und wieder einmal wurde verkündet, dass „im Landkreis durchaus Potenzial zum Aufbau nationaler Strukturen vorhanden“ sei. Wirklich hilfreich war diese Schulung nicht, denn als die örtlichen Akteure am 22. Dezember eine lokale Adventsfeier in Seigertshausen (Neukirchen) mit 100 Dorfbewohnern durch Grölen und Pfeifen und andere Formen von Provokationen aufmischten, bekamen sie es wieder mit der Polizei zu tun. Interessanterweise wurde bei dieser Aktion Stefan Jagsch (NPD Hessen) in Polizeigewahrsam genommen. Scheinbar wollte dieser seinem politischen Weggefährten Mike Guldner, der 2020 für Die Rechte für das Amt des Bürgermeisters in Neukirchen kandidieren will, Hinweise geben, wie man sich bei den Bürgern beliebt macht. Erfolgreich war das jedoch nicht.

3. Der III. Weg

Seit einigen Jahren versucht auch die neofaschistische Kleinstpartei „III. Weg“, die Nachfolgeorganisation des verbotenen „Freie Netz Süd“ in Osthessen Fuß zu fassen. Dazu nutzen sie Kontakte, die Nazikader, die in die östliche Bundesländer gezogen sind, noch in ihre früheren Regionen besitzen. Dennoch erinnert das Auftreten dieser Organisation eher an ein neofaschistisches Expeditionskorps als an eine reale Verankerung dieser Bewegung in Nordhessen. Einzelne Anhänger scheint sie im Raum Fulda zu haben, so

dass diese Stadt seit 2017 Ziel verschiedener Aktivitäten des „III. Wegs“ ist.

Im August 2017 mobilisierte die Partei bundesweit zu einem Aufmarsch in Fulda, an dem sich etwa 100 Personen beteiligten. Die Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld wurde augenscheinlich von örtlichen Kräften unterstützt. Bei der Anreise führte man „im Vorbeigehen“ eine Kundgebung in Bad Hersfeld durch – ohne örtliche Beteiligung.

Im November 2017 praktizierten sie hier zum ersten Mal ihr Konzept „nationaler Streifen“. In einem Zeitungsbericht heißt es dazu: „In Fulda beteiligten sich 2017 beim Stadtfest mit schwarzen T-Shirts und aufgedrucktem Parteilogo bekleidete Mitglieder an "nationalen Streifen", die den Festbewohnern Sicherheit vor "fremdländischen Straftätern" suggerieren sollten. Weitere Streifen folgten im November. "Deutschenhasser sind schockiert" frohlockte die Partei. Auf eine kleine Anfrage der Fuldaer SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Waschke teilte Innenminister Peter Beuth Ende Dezember 2017 mit, dass gegen die Beteiligten Verfahren wegen Amtsanmaßung eingeleitet wurden.“

(<https://www.giessener-allgemeine.de/hessen/voelkisch-national-sozialistisch-12151989.html>)



Am 16. Februar 2019 organisierte die Partei erneut eine Demonstration in Fulda – diesmal als „Fackelmarsch“. Auch diesmal kamen die Teilnehmenden vor allem aus den östlichen Bundesländern und eine kleinere Gruppe aus Mittel- und Südhessen. In zwei Kundgebungen stellten sich mehrere Tausend Menschen diesem Aufmarsch entgegen, der jedoch von der Polizei bis zum späten Abend durchgesetzt wurde.

Um für ihre Propaganda Legalitätsraum zu haben, trat die Partei offiziell auch zur Europawahl an. Die Ergebnisse – selbst im Aktionsschwerpunkt Osthessen – lagen zwischen 0,0% und 0,1%.

4. Die AfD

Als aktuell wichtigste Parteistruktur der extremen Rechten erweist sich auch in Nordhessen die „Alternative für Deutschland“ (AfD). Während auf Bundesebene im Gründungsprozess noch national und neoliberale Kräfte dominierten, war die AfD in Kassel schon früh in der Aufmerksamkeit von alten und neuen Nazis. Früh schon gab es gemeinsame Aktivitäten im Rahmen von Kagida. So trat dort der Pressesprecher der AfD Kassel-Stadt, der Rechtsanwalt Manfred Mattis als Redner auf und der Organisator der wöchentlichen Aufmärsche, Michael Viehmann, war laut Rechercheberichten Mitglied der AfD.

Auch Daniel Budzynski, der als ehemaliger Aktivist im Umfeld des „Freien Widerstands Kassel“ zwei Jahre Schriftführer des CDU-Stadtbezirksverbandes Kassel Nord sein konnte, nahm im September 2013 an einer Kundgebung der AfD auf dem Kasseler Opernplatz, die etwa 80 Besucher hatte, teil. Budzynski hing in der Wahlkampfphase nicht nur Plakate für die AfD an Straßenlaternen, sondern auch an seinem Balkon auf.

Es gibt zahlreiche Beispiele, die den geistigen Horizont und das politische Denken von Kasseler AfD-Vertretern verdeutlichen. Im August 2017 erklärte beispielsweise der Kasseler AfD-Stadtverordnete Thomas Materner den in der Stadt aufgestellten Obelisken des documenta 14-Künstlers Olu Oguibe "ideologisch polarisierende, entstellte Kunst"

und fordert, dass dieses Kunstwerk nicht von der Stadt angekauft werde. Auf dem Obelisken ist in vier Sprachen der Bibelspruch "Ich war ein Fremdling und ihr habt mich beherbergt" zu lesen. Materner kündigt an, falls das Kunstwerk nicht entfernt werde, werde die AfD "bei jedem von Flüchtlingen begangenen Anschlag" zu Demonstrationen vor dem Obelisken aufrufen.

Moderater in der Öffentlichkeit gibt sich der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Kreistag Kassel, Florian Kohlweg. Gleichzeitig ist er Mitglied im Landesvorstand der „Jungen Alternative“ und stellvertretender Landesvorsitzender. Insbesondere aus dem Kreis der JA gibt es nachweisbare Kontakte zur „Identitären Bewegung“ und der »Ein-Prozent«-Initiative um Götz Kubitschek. Über Kohlweg wird in einem Beitrag der Zeitschrift „Der rechte Rand“ gesagt: „Distanzierungen von Antisemitismus und Rassismus fallen auch dem Vorsitzenden des Kasseler Kreisverbandes nicht leicht, wie der Fall Klases zeigt. Gottfried Klases, Mitglied im Kreisverband Kassel, hatte im Sommer 2016 auf Facebook behauptet, der »Zentralrat der Juden« habe die »politische Kontrolle über Deutschland« inne. Auch warnte er davor, dass sich »edle Menschen« mit anderen »Rassen« vermischen. Die gegen Klases gemachten Vorwürfe stuft Kohlweg zunächst als »teilweise abstruse Behauptungen« ein. Erst im Mai 2017, infolge weiterer Berichte über Klases, kündigte er ein Ausschlussverfahren an. Nicht verwunderlich: Konnte doch noch im gleichen Monat im Kreisverband Kassel, vor laufender Kamera des Hessischen Rundfunks, und unter Beteiligung Kohlwegs, wie selbstverständlich über »Rassen« schwadroniert werden.“

(<https://www.der-rechte-rand.de/archive/3023/afd-hessen/>)

5. Exkurs: Stefan Ernst und die AfD

Ein ganz eigenes Kapitel ist das Zusammenwirken von Stefan Ernst mit der AfD. Die Partei, die sich offiziell von allen rechten Gewalttaten distanziert, bildet mit ihren Aussagen und dem öffentlichen Auftreten jedoch eine Projektionsfläche, an der gewaltbereite Neonazis nicht nur gedanklich

andocken können, sondern hier auch ihren Handlungsort finden können.

Zuerst war nur von einer Wahlkampfspende im Jahre 2016 an die AfD-Thüringen in Höhe von 150,00 €, die von Stephan Ernst von seinem Sparda-Bank Hessen-Konto mit der Widmung „Gott segne euch“ überwiesen wurde, die Rede. Noch im September 2019 hatte der Bundesverband der AfD dem NDR auf Anfrage über einen Anwalt mitteilen lassen, dass eine Nähe zwischen dem Mordverdächtigen und der Partei "in keinster Weise bestand oder besteht". (*Tagesschau*)

Diese Behauptung hat sich mittlerweile als völlig haltlos erwiesen. Stephan Ernst ist seit mindestens vier Jahren im Umfeld der AfD engagiert. Wie schon oben berichtet (Kapitel 2) wurde der Video-Mitschnitt der Lübcke-Veranstaltung in Lohfelden von Seiten der AfD und ihren Vertretern in den Social media nicht nur geteilt, sondern auch aktiv verbreitet.

Aber auch im wirklichen Leben ergaben sich diese Kontakte. Laut NDR sagte eine Zeugin gegenüber dem Hessischen Landeskriminalamt aus, Stephan Ernst habe zusammen mit dem mutmaßlichen Mordhelfer Markus Hartmann 2016 und 2017 an AfD-Demonstrationen in Erfurt teilgenommen. Auch fanden die Ermittler in der Wohnung von Stefan Ernst Unterschriftenlisten, die benötigt wurden, um einem AfD-Kandidaten den Wahlantritt zu ermöglichen. Ernst hatte offenbar aktiv Wahlkampf für die AfD gemacht, denn solche Unterstützungslisten werden an diejenigen gegeben, die selber Unterschriften sammeln.

Als diese Kontakte ruchbar wurden, meldete sich laut NDR der ehemalige Kreisvorsitzende der Kasseler AfD bei der Polizei. Er schilderte den Beamten, dass Stephan Ernst im Wahlkampf zur Landtagswahl 2018 beim Plakatieren geholfen habe. Man sieht also, selbst für die Kleinarbeit zugunsten der AfD war sich Ernst nicht zu schade. Wie glaubwürdig die Aussage des ehemaligen AfD-lers ist, er habe Ernst nicht gekannt, mag jeder selber beurteilen. Befragungen bei weiteren AfD-Mitgliedern durch die Polizei



Bernd Tödter mit T-Shirt "Arian Circle"

verdichten jedenfalls das Bild, dass Ernst in das Leben der Kasseler AfD eingebunden war. So habe er an der Wahlparty in einem Stammlokal der AfD in Kassel teilgenommen. Weitere Zeugen bestätigten der Polizei, sie hätten Ernst bei AfD-Treffen gesehen. Ein AfD-Anhänger aus Kassel sagte den Ermittlern, er habe Ernst Ende 2018 bei einem Vortrag bei der AfD kennengelernt. Man habe sich auch mehrmals privat getroffen, aber nie über Politik gesprochen.

Auch der heutige AfD-Vorsitzende musste eingestehen, dass Ernst bei mindestens drei Versammlungen der Partei gewesen sei. Beschwichtigend betonte er, Ernst habe sich immer zurückgehalten und in den hinteren Reihen gesessen. Auch die AfD-Hessen erklärte, Ernst sei nur "bei einigen für alle interessierten Bürger frei zugänglichen Veranstaltungen der AfD in Kassel-Stadt zugegen" gewesen, ansonsten seien er und sein Umfeld für die örtlichen AfD-Politiker "völlig unbekannt" gewesen.

Am 01. September 2018 nahmen Stephan Ernst und Markus Hartmann in Chemnitz an einer bundesweit Aufsehen erregenden Demonstration teil, bei der erstmals AfD und Neonazis gemeinsam demonstrierten (siehe auch Kapitel 3). Zum 1.9.2018 riefen „PEGIDA“, Pro Chemnitz und die AfD zu Demonstrationen gegen „Ausländerkriminalität“ und „Messermigration“ auf. „EXIF“ charakterisiert diese Demonstration folgendermaßen:

„Die extrem rechte Gruppierung «Pro Chemnitz» meldete am 1. September 2018 in zeitlicher und örtlicher Nähe eine Kundgebung an, um sich später mit dem AfD-Aufmarsch zu vereinigen. So schlossen sich viele bekannte Neonazis dem AfD-Aufmarsch an – von ehemaligen HDJ-Funktionären und NPD-Mitgliedern, über rechte Hooligans bis hin zu Holocaustleugnern und Rechtsterroristen. Zur Erinnerung: Auch zentrale Personen der rechtsterroristischen Gruppe «Revolution Chemnitz» nahmen an dem Aufmarsch teil – auf der Straße vereint mit Björn Höcke und AfD-Vordenker Götz Kubitschek, die diesen sogenannten „Trauermarsch“ anführten. Der rassistische Mob griff an diesem Tag mehrfach und massiv Presse, Geflüchtete und Polizei an. In Folge der Eskalation wurde der Aufmarsch aufgelöst. An diesem 1. September zeigte sich eindringlich der Schulterschluss der AfD mit der extremen Rechten, die diese schon längst als ihren parlamentarischen Arm angenommen hat. Durch ihre völkische und rassistische Agitation bestätigt die Partei Rechtsterroristen wie Stephan Ernst in ihrem Handeln und gibt ihnen politische Legitimation.“

(<https://exif-recherche.org/?p=6417>)

Durch weitere Recherche liegen mittlerweile mehrere Video-Aufnahmen der Demonstrationen von „Pro Chemnitz“ und der AfD vor, die ein Bewegungsbild von Stephan Ernst an diesem Tag ermöglichen. Sichtbar wird, dass er sich vor Ort keiner Gruppe anschließt, sondern mit Markus Hartmann zusammenbleibt. Offenbar sind ihre politischen Netzwerke nicht in Sachsen zu finden, sondern in der nordhessischen und thüringischen extrem rechten Szene. Dass sie aber dennoch nach Chemnitz gefahren sind

und vor dem Ende der „Pro Chemnitz“-Aktion zur AfD-Demonstration wechselten, lässt vermuten, dass sie sich dort eher politisch verorteten.

Und tatsächlich ist die Schnittmenge zwischen Ernst Haltung und der Denkhaltung in der nordhessischen AfD evident. Dies zeigt ein am 09. September 2018 veröffentlichter Beitrag auf der Facebook-Seite der AfD Kassel-Stadt. Hier wird die Aufnahme „kulturfremder“, insbesondere muslimischer, Migranten und Flüchtlinge als potenziell lebensgefährlich und mithin politisch unverantwortlich dargestellt.

(vgl *afd-kassel-watch*)

Im Sommer 2019 entblödeten sich verschiedene AfD-Politiker nicht, sogar den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zu relativieren (Wolfgang Gedeon: „Im Vergleich zum islamistischen Terror und auch im Vergleich zum linksextremistischen Terror ist politisch gesehen in Deutschland der rechtsextremistische Terror ein Vogelschiss.“). Dies zeigt einmal mehr die Menschenfeindlichkeit der Ideologie der AfD und macht deutlich, dass die Eingebundenheit von Stephan Ernst in die Aktivitäten der nordhessischen AfD kein Zufall oder keine „unerwiderte Liebe“ war, sondern die Konsequenz der ideologischen Schnittmenge



kombinierte Logos von „Brigade 8“ und „Combat 18“ auf T-Shirts beim Vereinigungstreffen im März 2019

4. Ideologiezirkel und Tagungsorte

Nordhessen spielt nicht nur in der militanten Neonazi-Szene eine wichtige Rolle als Knotenpunkt und in der organisatorischen Vernetzung, auch für die ideologische Fundierung neofaschistischer Positionen und Organisationen ist es von Bedeutung. Dabei sind es Akteure und Tagungsorte, die für diese Vernetzung eine große Rolle spielen.

1. Der „Reichshof“ im Knüllwald

Bis weit in die 70er Jahre hinein reicht die Tradition des „Reichshof“ des längst verstorbenen Altnazis Manfred Roeder in Schwarzenborn im Knüllwald. In einer Filmdokumentation aus den 80er Jahren über das Treiben von Alt- und Neonazis konnte man Roeder und seine Mannen dort bei Sonnenwendfeiern und Tagungen, auf denen offen Ausschwitz-Leugnung betrieben wurde, erleben. Offenkundig üben dieser Ort und die Möglichkeiten der Vernetzung ihre große Anziehungskraft auch heute noch aus. So erwarb die australische Holocaust-Leugnerin Michèle Renouf über ihre Tochter 2013 das ehemalige Roeder-Anwesen. Anschließend wurden die Treffen und das Tagungsprogramm im Sinne von Roeder fortgeführt. Einer der Organisatoren, der nun auch offiziell seinen Wohnsitz in die Gemeinde Wallenstein verlegt hat, ist der „prominente“ Neonazi Meinolf Schönborn.

Laut Zeitungsbericht habe Schönborn 2017 „bei Michèle Renouf in deren Haus Richberg auf dem Knüllköpfchen – dem einstigen Roeder-Anwesen – den Hausherrn gemimt und zu rechten Seminaren eingeladen. Von Wallenstein aus gibt Schönborn die Zeitung „Recht und Wahrheit“ heraus. Sie richtet sich laut Nordrhein-Westfälischem Verfassungsschutz vornehmlich an die Neonaziszene, aber auch an Reichsbürger.“ (HNA, 19.08.2019)

Anwohner berichteten der Journalistin, dass dieses rechte

Blättchen kürzlich in Briefkästen in Knüllwälder Ortsteilen aufgetaucht sei. Schönborn betreibt von Wallenstein aus auch einen Online-Handel. Schönborns Internetseite ist zu entnehmen, dass er auch 2019 zu einer Sonnenwendfeier in den Knüll eingeladen hatte wie auch zu monatlichen „Recht und Wahrheit-Leserkreisen“. Wie es heißt, soll sich Meinolf Schönborn mit Michèle Renouf zerstritten haben, was ein möglicher Grund für seinen Umzug nach Wallenstein sein könnte. Auch wurden Seminare im Haus Richberg durch den Landkreis offiziell wegen gewerblicher Nutzung eines Wohnhauses untersagt. Dennoch fanden und finden Treffen im Haus Richberg statt und Schönborns Aktivitäten bleiben eine Bedrohung für alle Demokraten und Antifaschisten in der Region. Schönborns Bedeutung für die extreme Rechte wird aktuell dadurch unterstrichen, dass er im Oktober 2019 als Referent zu einer Strategietagung der hessischen NPD im Raum Wetzlar angekündigt wurde. (<https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/konspirative-mpd-veranstaltung>)

2. Pierre Krebs und das Thule-Seminar

Gleiches trifft auch für Pierre Krebs und das Thule-Seminar zu, selbst wenn es – im Sinne seiner Akteure – schon bessere Zeiten erlebt hat. Seit 1980 war das Thule-Seminar nicht nur ein intellektueller Zirkel der extremen Rechten, sondern es verstand sich in der Tradition der französischen „nouvelle droite“ als Vordenker für eine zeitgemäße Variante faschistischen Denkens, die nicht allein an das historische NS-Vorbild anknüpft, sondern durch die Einbindung anthropologischer und esoterischer Versatzstücke eine theoretische Neubegründung von völkischem, rassistischen und neofaschistischem Denken versuchte.

Die Treffen des Thule Seminars nennen sich „Tafelrunde des freien Geistes“ – orientiert an den archaischen Vorbil-

Pierre Krebs, Leiter des
Thule-Seminars



dern der „Ritter der Tafelrunde“ und anderen mystischen Ereignissen. In diesem Sinne werden auch mittelalterliche Riten und Bräuche gepflegt.

2017 bekam Pierre Krebs aus Bad Emstal sowie seine beiden Mitstreiter Gudrun Schwarz aus Bad Wildungen und Burkhard Weecke aus Horn-Bad Meinberg Ärger mit der Staatsanwaltschaft Kassel. Ihre Wohnhäuser und Geschäftsräume wurden durchsucht. Die Staatsanwaltschaft erklärte: "In dem Verfahren wurden Mitte Mai Durchsuchungen in vier Objekten in Kassel, Bad Emstal, Bad Wildungen und in Horn-Bad Meinberg durchgeführt. ... Bei den Durchsuchungen wurden unter anderem zahlreiche Speichermedien sichergestellt." Es ging um die Indizierung des Jahreskalender „Mars Ultor 2016“. Auf welche Formulierungen in dem Taschenbuchplaner sich der Verdacht der Volksverhetzung gründet, erklärte die Staatsanwaltschaft nicht. Fest steht allerdings, dass die Schrift bereits seit Mai 2016 auf dem Index für jugendgefährdende Schriften steht. Für die Urheber übrigens "ein klares Zeichen, dass sich dieses marode System nicht mehr anders zu helfen weiß als mit den Mitteln des Gesinnungsterrors", wie es auf der Internetseite des Thule-Seminars heißt.

In einem Beitrag der „Frankfurt Rundschau“ heißt es: Der

Kalender rufe auf zum Rachefeldzug gegen die angeblich durch Masseneinwanderung und Multikulturalismus angestrebte "Ausrottung der Deutschen". Es müssten "wehrhafte Bürgerkomitees" geschaffen werden, heißt es. "Wir sind im Krieg - mittendrin im 3. Weltkrieg!" Flüchtlinge werden als "Invasion", als "Heuschreckenplage", als "tödliche Bedrohung des schon in akute Gefahr geratenen Erbgutes unseres Volkes" bezeichnet. Mitglieder der Bundesregierung gelten als "Rassenverächter und Rassenvernichter". Vor einem Jahr wurde das hetzerische Machwerk deshalb als jugendgefährdend indiziert. Der Taschenkalender reize zum Rassenhass an, befand die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien im Juli 2016. Außerdem, so die Behörde, erfülle das Buch den "Tatbestand der Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus". Zahlreiche NS-Funktionäre, SS-Offiziere und "Rassenforscher" sind an ihren Geburtstagen im Kalender eingetragen. Die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg wird bestritten, die nationalsozialistische "Blut und Boden"-Ideologie gelobt und selbst Adolf Hitler zum Märtyrer stilisiert: Er habe sich, so steht zu lesen, "im Dienste Deutschlands, ja letztlich wohl auch Europas, vollständig aufgegeben". (*Frankfurter Rundschau*)

Mitte November 2019 lehnte das Amtsgericht Fritzlar die Eröffnung eines Verfahrens wegen „Volksverhetzung“ ab. Die zuständige Richterin sehe keinen „hinreichenden Tatverdacht“, heißt es offiziell. Die Staatsanwaltschaft in Kassel lässt jetzt mit einer Beschwerde durch das Landgericht Kassel prüfen, ob nicht doch von Amts wegen ein Verfahren zu eröffnen sei. Dieser Streit zwischen den Justizinstanzen ist ein problematisches Signal bei der juristischen Verfolgung extrem rechter Ideologie.

Die Formensprache der Thule - Homepage erinnert an die des Nationalsozialismus: Martialische Gestalten, Runen, ein Adler und der markige Spruch "Europa erwache". Pierre Krebs bewegt sich in der rechten Szene und ließ sich 2013 an der Seite von Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck und des mehrfach vorbestraften Neonazi Meinolf Schönborn ablichten. Ebenfalls gilt er als Anhänger der

rassistischen "Artgemeinschaft" (einer „gottgläubigen“ Gemeinschaft).

Das Sekretariat des "Thule-Seminars" befindet sich in der Kleinstadt Bad Wildungen (Kreis Waldeck-Frankenberg), ebenso die Auslieferung des daran angeschlossenen Verlags Ahnenrad der Moderne und des Buchversands Ariadne. 2016 erschien im "Ahnenrad"-Verlag Krebs' Werk "Was tun? Ein Vademecum der Reconquista", zu dem Jonathan Stumpf (Pseudonym: "Johannes Scharf") einen Beitrag beisteuerte. Das Buch, das auch über andere rechtsextreme Versandhändler erhältlich ist, bietet "eine Handreichung und einen Weckruf aus rechter Sicht". "Nach einer Bestandaufnahme der ethnischen Bedrohung folgen strategische Vorschläge zur Rettung unseres Volkstums und Rassenpools durch eine deutsch-europäische Avantgarde."

3. Götz Kubitschek – das „Institut für Staatspolitik“ und die „Identitäre Bewegung“

Diese Rolle eines Stichwortgebers für die „Neue Rechte“ hat seit einigen Jahren Götz Kubitschek mit seinem „Institut für Staatspolitik“ übernommen. Die Rechercheplattform „lsa-Rechtsaußen“ hat folgende Stichworte über ihn zusammengetragen:

„Götz Kubitschek (* 17. August 1970 in Ravensburg) ist ein deutscher Kleinverleger, Publizist und politischer Aktivist. Der aus den Reihen der Jungen Freiheit kommende Kubitschek ist Mitbegründer der neurechten Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS). Seit 2002 ist er Geschäftsführer des heute in Schnellroda ansässigen Verlags Antaios (bis 2012 Edition Antaios), seit 2003 außerdem verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Sezession und Betreiber des später hinzugekommenen Blogs Sezession im Netz. Er initiierte mehrere politische Kampagnen wie die Konservativ-subversive Aktion (KSA) und „Ein Prozent für unser Land“; nach Einschätzung von Beobachtern war er überdies federführend an der inhaltlich-konzeptionellen Fundierung der als rechtsextrem beurteilten Identitären Bewegung (IB) in Deutschland beteiligt. Im Jahre 2015 trat er mehrfach bei den rechtspopulistischen Pegida-Demonstrationen in

Sachsen als Hauptredner auf. Ferner pflegt er einen engen Austausch mit ostdeutschen Vertretern der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD).“

(Quelle: <https://lsa-rechtsaussen.net/tag/kubitschek-goetz/>)

Kubitschek war zwar kein Initiator, aber lange Jahre ein aktiver Förderer und politischer Mentor der „Identitären Bewegung“ (IB) in Deutschland. Er hatte erkennbar die Hoffnung, dass mit dieser Bewegung akademische Kreise und junge Intellektuelle für die extreme Rechte mobilisiert werden könnten. Und vergleichbar mit Aktionsformen der KSA ist auch die IB im öffentlichen Raum eher virtuell wahrnehmbar. Zumeist findet man in den Aktionsgebieten Aufkleber im öffentlichen Raum und vereinzelte Graffiti mit dem IB-Logo. Die IB tritt nur in Einzelfällen mit Transparenten oder Fahnen bei rechten Aufmärschen auf. Zumeist versucht sie mit Kleinstaktionen, die im Internet präsentiert werden, eine aktivistische Struktur darzustellen. Beispielhaft war der erste Auftritt der IB in Fulda, als eine Handvoll Anhänger sich in frühester Morgenstunde mit einem Transparent vor dem Dom ablichten ließen. Die Aktion hat nach Aussagen von Fuldaer Antifaschisten weniger als 15 Minuten gedauert und wurde von keinem Bürger wahrgenommen – aber im Internet wurde sie als „öffentlicher Aufmarsch der IB“ verkauft.



Ähnlich lief auch eine Transparentaktion über eine Bundesstraße bei Korbach. Bevor die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis bekam, waren die IB-Anhänger und wenig später das Transparent bereits verschwunden.

Auf ihrer Web-Site propagiert die IB rassistische Thesen und warnt vor einer „Umvolkung“ unseres Landes. Ihre Anhängerschaft sucht die IB insbesondere im jugendlichen und akademisch geprägten Milieu. Ihre theoretischen Ergüsse laufen zwar auf platteste Formen von Rassismus hinaus, sie werden aber intellektuell verpackt und bieten damit jungen Akademikern einen Zugang zu solchen Formen des völkischen und rassistischen Denkens.

Nicht zuletzt aufgrund des Verfolgungsdrucks in Österreich und die Sperrung von Internet-Zugängen auf Facebook und Instagram haben die Wirksamkeit dieser auf öffentliche Wahrnehmung ausgerichteten Bewegung deutlich eingeschränkt. Selbst Kubitschek hat in einem aktuellen Interview einer extrem rechten österreichischen Zeitung die IB als „bis zur Unberührbarkeit kontaminiert“ erklärt, so dass er seine Unterstützung dieser Organisation deutlich minimiert hat.

Vielleicht liegt es aber auch an seinem neuen Einflussfeld, was sich aus seinem intensiven und persönlichen Kontakt zu Björn Höcke ergibt, dem er als ideologischer Stichwortgeber zur Verfügung steht. Das entspricht auch mehr seiner Rolle, wie Simone Rafael es formulierte:

„Das „Institut für Staatspolitik“ und die von Kubitschek mit begründete Initiative „Ein Prozent für unser Land“ sind zentrale Vernetzungsorte für verschiedene Teile der rechtspopulistischen bis rechtsextremen Szene im deutschsprachigen Raum. Hier treffen und vernetzen sich seit 19 Jahren Akteur*innen von NPD bis AfD, von Pegida bis zur „Identitären Bewegung“ und planen Strategien und Methoden, um rechtsextreme Ideologie in Deutschland bis zur Wählbarkeit zu normalisieren. Vor allem in den „Sommer-“ und „Winter-Akademien“, die sich an Menschen unter 35 Jahren wenden, werden die neurechten Kader von morgen ideologisch und kommunikativ geschult. Hier ler-

nen sie, was Kubitschek schon predigte, bevor AfD und IB seine Ideen umsetzten: etwa Provokation als Aufmerksamkeitsgenerator und Mittel zur Verschiebung von Sagbarkeitsgrenzen oder die Idee der Agitation in der „Metapolitik“, also der rechtsextremen Stimmungsmache im „vorpolitischen Raum“.

(zitiert nach: <https://www.belltower.news/ende-der-ib-goetz-kubitschek-erklaert-die-identitaere-bewegung-fuer-bis-zur-unberuehrbarkeit-kontaminiert-92799/>)

4. Burschenschaft „Germania“

Bei dieser Vernetzungsarbeit ergeben sich nicht nur ideologische Schnittmengen zur Burschenschaft „Germania“, die in ihr Kasseler Burschenschaftshaus in Kassel-Wolfanger immer wieder Repräsentanten der extremen Rechten und Vordenker der völkisch-nationalistischen Ideologie als Gesprächspartner einladen. Der bekannteste Vorfall war die Einladung des Düsseldorfer Juristen Björn Clemens, der als Verteidiger von einem Mitangeklagten im Münchener NSU-Prozess angefragt worden war. Björn Clemens ist jetzt bezeichnenderweise auch der Verteidiger von Markus Hartmann.



Burschenschaft
„Germania“

Es wäre der bislang spektakulärste Fall des Düsseldorfer Juristen gewesen, der seit Jahren im Umfeld des deutschen Rechtsextremismus aktiv ist. Wahrscheinlich war man auch deshalb bei der Kasseler Burschenschaft Germania so gespannt auf seinen Besuch in Nordhessen. Am 17. November 2018 sollte Clemens im Haus der Burschenschaftler in der Wolfsangerstraße 98 reden. In der Facebook-Ankündigung hieß es: "Auf Grund der zu erwartenden hohen Teilnehmerzahl, begrüßen wir weitere Vorabanmeldung."

In einem Beitrag der Frankfurter Rundschau heißt es: „Wer sind diese Germania-Burschenschaftler, die einen der wichtigsten deutschen Neonazi-Anwälte zu sich einladen? In der Vergangenheit redeten bei Germania schon die Holocaust-Leugner Jürgen Rieger und Horst Mahler. Vor vier Jahren demonstrierte ein linkes Bündnis gegen die Burschenschaft, das Verbindungsheim im Stadtteil Wolfsanger wurde mit Teerfarbe beworfen.“

Jemand, der Näheres über Germania wissen müsste, ist der Kasseler AfD-Politiker Michael Werl. Bis vor drei Jahren besuchte der Stadtverordnete Veranstaltungen der Burschenschaft. Es sei jedoch immer alles gesittet zugegangen. "Niemand hat Dinge gesagt, die unanständig waren", erinnert sich Werl. Neonazis habe er dort nicht getroffen.

Zumindest mit alten Nazis scheinen die Burschenschaftler keine Probleme zu haben. Bei Facebook posteten sie zuletzt den Satz: "Wer seinem Volke so die Treue hielt, soll selbst in Treue nie vergessen sein." Dazu gab es den Hinweis: "Verfasser unbekannt." Der Verfasser ist Adolf Hitler. Mittlerweile ist der Eintrag gelöscht.

(FR-Artikel)

5. Hans Grimm und Lippoldsberg

Eine hohe Affinität zu Hitler und zur NS-Ideologie besitzt auch die im nordhessischen Lippoldsberg ansässige Buchhandlung von Margret Nickel. Selbst Ursula Haverbeck und andere Auschwitz-Leugner haben gute Kontakte dort hin. Das hat viel mit der Tradition dieses Ortes zu tun. Die

Buchhandlung von Margret Nickel kann man als „Traditionsunternehmen“ bezeichnen, obwohl die jetzige Besitzerin das Geschäft erst 2008 von Holle Grimm, der Tochter von Hans Grimm, übernahm. Aufgrund der Stammkundschaft vertrieb der Laden „Rechtsratgeber“ für „nationale Aktivisten“ und Schriften von Holocaustleugnern. Man vermarktet dort das „Erbe“ des NS-Hofdichters Hans Grimm, der mit Bezug auf seine berühmten Vorfahren mit seiner „Blut und Boden“ Literatur und insbesondere mit seinem Hauptwerk „Volk ohne Raum“ zu einer Ikone des faschistischen Kulturbetriebs wurde. Ausdruck dafür waren in der NS-Zeit die jährlichen „Lippoldsberger Dichtertage“. Im Rahmen der Entnazifizierung war Grimms Stern zwar etwas verblasst, aber schon bald trafen sich die Ewiggestrigen in Lippoldsberg zu seiner „Heldenverehrung“.

Laut Wikipedia baute seine Tochter in den 1960er Jahren den Besitz von Hans Grimm in Lippoldsberg zum „Wallfahrtsort für jene, denen sein deutscher Geist noch immer im Blute weht“ (*Die Zeit*) aus. An den ersten Treffen nahmen 2000 bis 3000 Menschen teil. Sie war Mitbegründerin und Vorstandsmitglied der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Als 1973 Gert Sudholt zum Vorsitzenden gewählt wurde, wurde sie zu seiner Stellvertreterin.

Holle Grimm gründete außerdem den rechtsextremen Klosterhaus-Verlag und betrieb in ihrem Heimatort Lip-



Das Anwesen Grimm in Lippoldsberg

poldsberg den in der Szene bekannten Buchladen. Im Verlag veröffentlichte sie vor allem die Schriften ihres Vaters. Die Buchhandlung und der angeschlossene Versandhandel umfassten die komplette Bandbreite von konservativen bis neurechten Autoren. Des Weiteren fanden sich Soldatenberichte sowie Schallplatten und Videokassetten mit Originalaufnahmen von Joseph Goebbels, Hermann Göring und Rudolf Heß in ihrem Repertoire. Zudem unterhielt sie in dem Klostergebäude seit 1961 das rechtsextreme Schulungsheim „Europäisches Jugendheim Lippoldsberg“, das lange Jahre ein Versammlungsort von rechten Jugendlichen war. Als Holle Grimm 2009 starb, setzte – wie gesagt – ihre langjährige Sekretärin Margret Nickel die Arbeit in gleichem Geiste fort.

6. „Artamanen“ und „Reichsbürger“

Dass sich faschistische und rassistische Ideologieversatzstücke auch im esoterischen Spektrum finden, ist keine neue Erkenntnis. Eine Gruppe, die dem Ideal der „germanischen Volksgemeinschaft“ (dem „Vorbild“ der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie) nachzueifern versucht, sind die „Artamanen“, die mit Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern durch die gemeinschaftliche Ansiedlung in „aufgegebenen“ Dörfern eine Form „germanischer Volksgemeinschaft“ zu schaffen versuchen. Das bekannteste Beispiel dafür ist das Dorf Jamal in Mecklenburg-Vorpommern, wo die politische Konsequenz der Ansiedlung eine mehr als 50%ige Zustimmung zur NPD auf Gemeindeebene ist.

Ihre Anhänger findet diese „völkische Bewegung“, die erhebliche Schnittmengen zur „HDJ“ und zur extrem rechten Jugendarbeit des „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund“ besitzt, auch in Nordhessen. In Gilserberg – Sebbeterode lebt der Deutsch-Amerikaner Roy Armstrong – Godenau, ein Anhänger der offenen Holocaust-Leugnung. Mehrfach war er bei neofaschistischen Aufmärschen in Nordhessen und auch bei den internationalen Nazi-großdemonstrationen in Dresden zum 13. Februar zu sehen. Im Oktober 2016 traf er sich mit Ursula Haverbeck



und Meinolf Schönbohm anlässlich ihres Prozesses. (BNR) Zeitweilig wurde er als Vorsitzender der NPD in Nordhessen genannt.

Bei einem Sommerlager des „Sturmvogel“ in Grabow (Mecklenburg-Vorpommern) war auch seine Frau Ingeborg Godenau aus dem hessischen Sebbeterode anwesend. Ebenso beim vorzeitig beendeten Winterlager im Dezember 2015 im hessischen Immenhausen war sie als Betreuerin und Mitorganisatorin präsent. Sie selbst und ihre Kinder hat die ehemalige Lehrerin seit langem in den Jugendbund eingebracht. Eines der ersten Zeltlager fand auf dem Godenau-Anwesen statt.

(vergl. <https://infortiot.de/unter-dem-banner-des-sturmvo-gels/>)

Eine diffuse Personengruppe, die aber in ihrer Gewaltbereitschaft nicht zu unterschätzen ist, ist die Reichsbürgerzene, die auch in Nordhessen eine mindestens zweistellige Anhängerschaft verzeichnet. Der bekannteste Vertreter ist dabei Peter Pawlak, der mehrere Jahre mit „Montagsaktionen“ in der Kasseler Innenstadt seine kruden Thesen von der „Deutschland GmbH“ und dem

Fortbestehen des Deutschen Reiches, sowie seine rassistischen Thesen von der „Umvolkung“ unseres Landes vortrug. Seine Anhängerschaft lässt sich nur in Ansätzen schätzen, standen ihm doch im Laufe der Jahre immer wieder andere „Verbündete“ zur Seite. Beispielsweise wurden bei seinen Aktionen Vertreter der Freien Kameradschaft und der JN Hessen gesehen, völkische Leserbriefschreiber. Er bot sich mit seiner öffentlichen Präsenz als Ansprechpartner für „herrenlose“ Rechte in der Kasseler Innenstadt an. Folgerichtig wartete er nicht nur darauf, dass Rechte zu ihm kamen. Er selbst beteiligte sich relativ lange an den Aufritten der KAGIDA-Gruppe.

Auch bei Aufmärschen der extremen Rechten in anderen Teilen der Republik wurde er von antifaschistischen Recherchegruppen abgelichtet. So besuchte Pawlak u.a. die Demonstration „Offensive für Deutschland“ am 26.09.2015 in Leipzig, den „Eichsfelder Heimattag“ am 13.06.2015, eine Demonstration vom „III. Weg“ in Saalfeld am 1. Mai 2015 sowie die Demonstration vom „Bündnis Zukunft Landkreis Gotha“ am 18.04.2015, um nur einige zu nennen. Im Oktober 2015 nahm Pawlak an einem Thügida-Vernetzungstreffen teil und traf dort u.a. Tommy Frenck sowie David Köckert. Auf der Montagsdemo in Erfurt referierte Pawlak über Chemtrails. In einem Video aus dem September 2016 ist Pawlak zu sehen, wie er mit zwei weiteren Personen vor dem Haus eines Gerichtsvollziehers demonstriert. Am 11. Februar 2017 war Pawlak Redner bei einer Demonstration der extremen Rechten zum Jahrestag der Bombardierung in Dresden. Nur eine Woche später redete er bei der Thügida Demo in Saalfeld. Außerdem wurde Pawlak beim Rudolf Hess Gedenkmarsch am 19. August 2017 in Falkensee, einem Vorort von Berlin-Spandau gesichtet.

(Quelle: <https://task.noblogs.org/post/2017/09/03/reichsbuerger-auf-hessischer-landesliste-der-partei-deutsche-mitte/>)

Diese Auflistung zeigt, wie sich verqueres Reichsbürgerdenken mit neofaschistischem Geschichtsrevisionismus verbindet.

Interessant ist, dass es Pawlak 2017 gelang, für die rechte Kleinstpartei „Deutsche Mitte“ als Listenkandidat auf der hessischen Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt zu werden. Das Programm der Partei ist vollkommen diffus, in ihrer Bildersprache erinnert es aber stark an nationalsozialistische Propaganda. Am 2. September 2017 wurde in Kassel der erste Wahlkampfstand der Partei gesichtet. Dort war neben Pawlak selbst auch eine weitere Person aus dem Reichsbürger-Milieu anzutreffen. *(Quelle: <https://task.noblogs.org/post/2017/09/03/reichsbuerger-auf-hessischer-landesliste-der-partei-deutsche-mitte/>)*

Nach vorliegenden Erkenntnissen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass Peter Pawlak auch bei der Bürgerversammlung in Lohfelden anwesend war und zu den organisierten Störern gehörte.

Andere Reichsbürger versuchen, in der AfD Fuß zu fassen. Erfolgreich waren dabei Axel von Baumbach und Bernd Ehardt, die im März 2016 für die AfD in den Kreistag Hersfeld-Rotenburg einzogen. Dieser neuen Möglichkeiten konnten sie sich aber nicht lange erfreuen. Die „Frankfurter Rundschau“ enthüllte bereits nach wenigen Tagen zwei skandalöse Vorgänge. Axel von Baumbach hatte sich im Jahr 2012 von einem Reichsbürger – Guru zum „Reichsinnenminister“ ernennen lassen. Ehardt postete in einem Reichsbürgeraffinen Socialmedia-Bereich ein Poster, das Bundeskanzlerin Merkel, den damaligen US-Präsidenten Obama und den Israelischen Premierminister Netanjahu in KZ-Kleidung zeigt verbunden mit dem Spruch: Die Welt wäre friedlicher, wenn die Täter dort wären, wo sie hingehören.“ zog dieser es vor, sein Kreistagsmandat aufzugeben. Solch offenes Reichsbürgerdenken war selbst der AfD zu viel, so dass beide ihr Mandat zurückgaben. Der Kreisverband entschuldigte jedoch Ehardt, er lasse sich als ehemaliger DDR-Flüchtling die Meinungs- und Informationsfreiheit nie wieder beschränken. *(Quelle: HNA, Rotenburg, 17.03.2016)*

7. Exkurs: Rechtsrock als neonazistische Erlebniswelt

Seit vielen Jahren gelten Rechtsrock und entsprechende Konzerte mit offen neofaschistischen Bands als Einstiegs-

portal für junge Leute in die Nazi-Erlebniswelt. Wichtige Frontmänner stammen aus Großbritannien, von wo aus das „Blood & Honour“ Netzwerk die Rechtsrock-Szene auch in Deutschland etabliert hat. Rechtsrock ist ein verbindendes Element in der Neonazi-Szene. Mit solchen Konzerten wird eine Szene verfestigt. Nachdem Anfang der 2000er Jahre diese Szene mit rassistischen und offen faschistischen Botschaften noch ein recht offen aufgetreten ist, veränderte sich – aufgrund von staatlichen Maßnahmen, Indizierung von Liedern und polizeilichen Unterbindungen von Konzerten – die Form der Außendarstellung. Heute werden solche Konzerte eher in konspirativer Form vorbereitet. Nur dort, wo sie sich politisch stark genug fühlen, wie beispielsweise in Sachsen (Ostritz – „Schild & Schwert“-Festival) oder in Thüringen (Themar) werden solche Konzerte öffentlich beworben und als Massenevent zelebriert.

Zum Einsatz dieser Musik für neofaschistische Propaganda gehört auch die so genannte Schulhof CD der NPD. Seit 2004 wurden – unterstützt durch Freie Kameradschaften – solche Verteilaktionen durchgeführt, um insbesondere junge Leute mit rassistischen Botschaften anzusprechen. Ein wichtiger Vertreter der Szene war der gebürtige Berliner Oliver Podjaski, der 1996 in Kassel die Rechtsrockband „Hauptkampflinie“ (HKL) gegründet hatte. Die Gruppe machte sich deutschlandweit in der Szene einen Namen. Mehrere ihrer Alben mit Titeln wie „Völkermordzentrale“ oder „Endsiegterroristen“, landeten auf dem Index. 2010 erscheint die letzte CD der HKL, da hatte Oliver Podjaski bereits die Naziszene mit einer öffentlichen Erklärung verlassen.

Podjaski gehörte bis dahin auch der "Arischen Bruderschaft" um Thorsten Heise an. Als HKL auf einem Sampler



mit der Gruppe „Lunikoff“ beteiligt war, war das der Durchbruch. Denn seit Jahren gilt „Lunikoff“ mit Sänger Michael Regener als einer der Stars der Szene. Regener hatte sich zunächst mit der Band „Landser“, die 2005 vom Bundesgerichtshof als kriminelle Vereinigung eingestuft wurde, eine Fangemeinde erworben. Heute ist Regener der Bandchef der „Lunikoff-Verschwörung“, die einer der „Top-Acts“ beim Nazifestival „Rock gegen Überfremdung“ 2017 in Themar war.

Im März 2006, wenige Wochen vor dem Mord an Halit Yozgat, gab die Dortmunder Gruppe „Oidoxie“ ein Kon-

zert in Kassel. Diese Gruppe ist unmittelbar mit „Combat 18“ verbunden. Bei Konzerten übernahmen die „Streetfighting Crew“-Mitglieder Saalschutz- und Ordnerfunktionen. Auch Kasseler Neonazis sind Mitglieder der „Streetfighting Crew“, darunter Stanley Röske und Michel Friedrich.

Nach der Enttarnung des NSU sagte der Kasseler Neonazi Bernd Tödter 2012 bei der Polizei aus, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hätten dieses Konzert in Kassel besucht. Später widerrief er diese Aussage. Der V-Mann Benjamin Gärtner aus Kassel will nach eigener Aussage



Kassel, während der Demonstration 2019

nicht an dem Konzert teilgenommen haben. Er gab aber an, er habe der Polizei ein Video des Konzerts überreicht. Der V-Mann-Führer von Gärtner war übrigens Andreas Temme, jener Verfassungsschutz-Mitarbeiter, der sich zur Tatzeit im Internetcafé Yozgats aufhielt und sich dennoch nicht als Zeuge bei der Polizei meldete. (Quelle: NSU-Watch)

Interessant ist, dass in den vergangenen Jahren in Kassel selber keine öffentlich wahrnehmbaren Rechtsrock-Konzerte mehr stattgefunden haben. Die Konzerte wurden – auch als Reaktion auf staatliche Gegenmaßnahmen – zunehmend in ländliche Räume verlagert. Teilweise fanden sie im Landkreis, zumeist jedoch in Südniedersachsen oder Westthüringen statt.

Öffentlich angekündigte Konzerte gibt es in Hessen eigentlich nur in Mittelhessen, wo beispielsweise die NPD in Wetzlar Ende März 2018 in der Stadthalle mit sechs Nazibands feiern wollte. Auf dem Programm standen die Gruppen „Kategorie C“, eine aus Bremen stammende Kultband der rechtsextremen Hooliganszene, die etwa bei der eskalierten Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ 2014 in Köln aufgetreten war. Außerdem war „Oidoxie“ angekündigt. Die Stadtverwaltung Wetzlar unterband die Veranstaltung trotz eines gegenteiligen Beschlusses des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes. Daraufhin wich die NPD nach Leun-Stockhausen aus. Dort existiert mit dem „Bistro Hollywood ein Nazitreffpunkt, in dem immer wieder auch kleinere Konzerte stattfanden. Laut der antifaschistischen Zeitung „Lotta“ verfolgt man dabei eine neue Strategie: „Der „Club H5“ sei ein „Wanderclub“. Zwar sollen die Konzerte maßgeblich in der NPD-Immobilie in Leun-Stockhausen (Lahn-Dill-Kreis) stattfinden, zur Absicherung gegen mögliche Repressionen und um den Veranstaltern Flexibilität zu bieten, sollen aber auch an anderen Orten unter dem gleichen Label Veranstaltungen durchgeführt werden.“

Die Dortmunder Combat 18 – Aktivisten versuchten dem Vernehmen nach im Oktober 2019 unter dem Label der Partei „Die Rechte“ ein Rechtsrock-Konzert in Neukirchen

(Schwalm-Eder-Kreis) durchzuführen. Da die Veranstaltung aber als „private Feier“ deklariert worden war, konnte die praktische Umsetzung durch die Stadtverwaltung kreativ gestoppt werden.

Es gibt jedoch immer mal wieder Hinweise, dass – als Geburtstagsfeiern getarnt – in privaterem Rahmen auch in Nordhessen Rechtsrock-Konzerte stattfinden konnten – jedoch mit erfreulich geringer öffentlicher Resonanz.



Stephan Ernst bei einer NPD-Kundgebung

5. Thorsten Heise – ein neonazistischer Netzwerker

Wer in Nordhessen zu den Themen „Freie Kameradschaften“, NPD, Rechtsrock-Szene oder gewalttätige Neonazis von „Combat 18“ recherchiert, der stößt unweigerlich immer wieder auf einen Namen, der in allen diesen Szenen eine wichtige Rolle spielt, obwohl er gar nicht in Nordhessen ansässig ist – Thorsten Heise. Er gehört seit den 80er Jahren zum harten Kern der gewaltbereiten neofaschistischen Organisationsstrukturen, selbst wenn er in immer unterschiedlichen Zusammenhängen zu finden ist.

Gegenwärtig findet man ihn im thüringischen Eichsfeld, wohin es ihn 1999 verschlagen hat und wo er in Fretterode, Dorfstraße 14, ein größeres Anwesen mit 600 qm Wohnfläche und 2000 qm Grundstück erworben hat. Dieses Objekt ist ein ehemaliges Herrenhaus, was er schon bald zu einem Neonazi-Treffpunkt umgebaut hatte.

Politisch wurde Thorsten Heise in der extrem rechten Skinhead-Szene in Südniedersachsen und der Wiking-Jugend sozialisiert. Er war und ist gewalttätig und hochkriminell. Nicht erst seit seinem Versuch, einen Asylbewerber 1989 mit seinem Auto zu überfahren, ist die Liste von Heises Vorstrafen und Verurteilungen lang geworden: Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und Volksverhetzung sind dabei nur einige Vergehen. Die Leipziger Volkszeitung zählte am 8. Mai 2009 zwölf Verurteilungen. Mehrfach wurde er dabei zu Haftstrafen verurteilt.

Nachdem er durch das Verbot der FAP 1995 und einen längeren Gefängnisaufenthalt zeitweilig „heimatlos“ wurde, gründete er 1997 nach seiner Haftentlassung die „Kameradschaft Northeim“ und baute – nach seinem Umzug nach Thüringen – die „Kameradschaft Eichsfeld“ auf.

Schon damals war er ein führender Kader der „Blood &



Neonazi Thorsten Heise: In vielen Rollen unterwegs, als umtriebiger Netzwerker, NPD-Funktionär, Musikproduzent, Konzert-Veranstalter

Honour“-Szene, hatte er doch im September und Oktober 1995 drei Rechtsrock-Konzerte mit insgesamt 1.700 Teilnehmenden in Südniedersachsen organisiert.

Aber es ging ihm nicht nur um Rechtsrock, sondern auch um die Verstärkung der Militanz der Neonaziszene. So pflegte er Kontakte zu gewaltbereiten Neonazis im Ausland. Wie weitgehend diese Beziehungen waren, formulierte die Linksfraktion im Thüringer Landtag 2014 im Sondervotum zum Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses: „Thorsten Heise soll Koordinator zur Neonaziszene in Südafrika gewesen sein.“ Aufgrund seiner guten Kontakte hätten ihn Unterstützer der NSU-Rechtsterroristen zudem nach Fluchtmöglichkeiten des Kerntrios

(Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe) nach Südafrika angefragt.

In diesen Jahren, als auch die NPD unter Udo Voigt und Holger Apfel sich deutlich in Richtung der militanten Neonazi-Szene öffnete, begann Thorsten Heise sich trotz des drohenden NPD-Verbotsverfahrens für die Partei zu interessieren. Bei Wikipedia wird dazu ausgeführt:

„Im September 2004 trat er der Partei bei und wurde auf dem Bundesparteitag der NPD als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt. Heise gilt als Hauptverantwortlicher dafür, dass der 30. NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober 2004 im thüringischen Leinefelde im Eichsfeld stattfand. Auf diesem Parteitag traten auch andere bundesweit aktive Kameradschaftsführer wie Ralph Tegethoff und Thomas Wulff („Steiner“) in die NPD ein. Damit wollten die prominenten Neonazis einen Beitrag zur Schaffung einer „Volksfront von Rechts“ leisten und als Mittler zwischen Partei und der militanten Kameradschaftsszene auftreten. Der NPD-Parteivorstand begrüßte den Beitritt der Neonazis mit einer Erklärung „Volksfront statt Gruppenegoismus“.



Heise wurde auf diesem Parteitag in den Bundesvorstand gewählt. Ab 2005 gehörte er auch dem Vorstand des Landesverbandes Thüringen an.

Als Leiter des Referates „Freie Kameradschaften“ im NPD Bundesvorstand entwickelte Heise seine 1999 aufgebaute Arische Bruderschaft zu einer Art eigener Hausmacht, die sich als Elite-Führungszirkel bestehend aus führenden Mitgliedern „freier Kameradschaften“ in verschiedenen Bundesländer versteht. Das Abzeichen der „Arische Bruderschaft“, die gekreuzten Stabhandgranaten, ist die beinahe originalgetreue Übernahme des Emblems der 36. Waffen-Grenadier-Division der SS, die Anfang 1945 aus der berüchtigten SS-Division Dirlewanger gebildet wurde, heißt es auf der Webseite von „Versteckspiel“. Eine Klage bei der Staatsanwaltschaft Mühlhausen („Verwendung verfassungswidriger Symbole“) wurde nicht zum Verfahren zugelassen.

Neben seiner Eingebundenheit in die NPD betätigte er sich als Netzwerker für die neofaschistische Szene. So gründete er im August 2006 in Fretterode die „Deutsch-russische Friedensbewegung Europäischen Geistes e. V.“, zu deren Jahrestagungen unter anderem bundesweit bekannte Neonazis wie der inzwischen verstorbene Jürgen Rieger, Pierre Krebs (Thule-Seminar) und der Holocaust-Leugner Rigolf Hennig anreisten. Im Vorstand dieser Vereinigung waren neben Thorsten Heise der 2011 verstorbene Heribert Schweiger, die „graue Eminenz der deutsch-österreichischen Neonazi-Szene“ (so die Einschätzung des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung DÖW), Patrick Wieschke als Organisator für die Thüringer Neonazi-Szene und Steffen Hennrich, der damalige Verantwortliche der inzwischen verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) in Thüringen. Schon diese Zusammensetzung zeigt, dass es nicht um „Frieden“ ging, sondern um Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Strukturen der neonazistischen Szene über Thüringen hinaus. Ähnliche Vernetzungstreffen fanden und finden in Fretterode seit vielen Jahren statt. An solchen Treffen, die teilweise als private Feiern deklariert wurden,

sollen nach Recherche-Berichten auch Kasseler Neonazis wie Markus Eckel teilgenommen haben.

Im Sinne der NPD-Strategie, Wahlen für öffentliche Propagandaauftritte nutzen zu können, trat Heise 2005 zur Bundestagswahl für die NPD auf dem vierten Platz der Landesliste und als Direktkandidat für den Wahlkreis Eichsfeld – Nordhausen – Unstrut-Hainich-Kreis I an. Er erzielte 3,3 % der Erststimmen. Bei den Kommunalwahlen in Thüringen 2009 war Heise Spitzenkandidat der NPD im Landkreis Eichsfeld. Die NPD Eichsfeld erhielt 3,3 % der Stimmen, womit Heise als Vertreter der NPD einen Sitz im Kreistag Eichsfeld erringen konnte. Diesen Sitz konnte er bei den kommenden Kommunalwahlen 2014 und 2019 erfolgreich verteidigen. Seit der Kommunalwahl 2019 hat er im Kreistag einen prominenten Mitstreiter bekommen, den thüringischen AfD-Frontmann Björn Höcke, worauf noch eingegangen werden soll.

Eine zentrale Rolle spielt Thorsten Heise im deutschen Rechtsrock-Geschäft, das mittlerweile ein weltweites Produktions- und Vertriebsnetz umfasst. So leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Main) schon 2003 Ermittlungen gegen Heise ein, weil er über den Frankfurter Flughafen 6.000 Rechtsrock-CDs aus Thailand eingeführt haben sollte. Es kam zu einer Hausdurchsuchung in Fretterode, die Beamten des LKA Thüringen beschlagnahmten 944 CDs, rund 3.000 Cover für den Versand verschiedener CDs, Munition und eine gebrauchsfähige Handgranate. Bei einer weiteren Hausdurchsuchung wegen Herstellung und Verbreitung extrem rechter Musik im Oktober 2007 wurden die Einsatzkräfte fündig. Sie stellten verbotene CDs der Neonazi-Gruppe Kommando Freisler ebenso sicher wie Nachdrucke der indizierten CDs Northeim Live Vol. 1 und 2 für deren Erstproduktion Heise bereits verurteilt worden war. Aber auch auf Waffen stießen die Beamten erneut und fanden eine Maschinenpistole, ein Maschinengewehr und eine Pistole mit Munition. Wegen des Vertriebs der CDs, die „zu Hass gegen bestimmte Volksgruppen“ aufstacheln, wurde Heise knapp ein Jahr später wegen Volksverhetzung verurteilt. Neben einer Bewährungsstrafe und 200 Sozial-

stunden enthielt das Urteil auch eine Geldstrafe in Höhe von 15 000 Euro, die er mit 3 000 CDs verdient haben soll.

Thorsten Heise betreibt mit seiner Frau Nadine mittlerweile vier Internetversände. Dazu gehören der „W&B-Versand“ (Nachfolger von Heises „Großhandel“), der „Nordland-Versand“, der „Weltnetzladen“ – der ursprünglich als Versandhandel des „Verlags- und Medienhaus Hohenberg OHG“ diente – und seit 2015 das „Deutsche Warenhaus“ (ehemals DS-Versand). Die 2011 von Thorsten Heise als Herausgeber übernommene Zeitschrift „Volk in Bewegung/ Der Reichsbote“ hat ihren Sitz ebenso in Fretterode.

Seit der Gründung des Witwe Bolte [wb] Versandes und dem angegliederten CD-Label W&B-Records hat Thorsten Heise sein Sortiment stetig ausgebaut. Inzwischen gehört er zu den bundesweit wichtigsten Rechtsrock-Produzenten und Händlern. Dabei umfasst das Angebot nicht allein die CDs, sondern auch Flyer, Aufkleber und alle anderen Formen des Merchandising-Bereichs, mit dem in der Rechtsrock-Szene richtig viel Geld verdient wird.

Thorsten Heise ist dabei einer der zentralen Akteure in der



Gewaltbereitschaft demonstrieren: „Combat 18“ (seit Januar 2020 verboten)

Vernetzung der Rechtsrock-Szene, in der sich die Strukturen von „Blood & Honour“, „Combat 18“ und die von Heise mitbegründete „Arische Bruderschaft“ tummeln. Laut EXIF soll Heise dabei so etwas wie die „Kristallisationsfigur und Spiritus Rector“ von „Combat 18“ gewesen sein. Überraschender Weise blieb Thorsten Heise bei den Haussuchungen anlässlich des Organisationsverbotes von „Combat 18“ vollkommen unbehelligt blieb. EXIF kommentiert diese „Unantastbarkeit“ von Heise: „Die einzig schlüssigen Erklärungen hierfür sind, dass um Heise ein engmaschiges Netz von V-Leuten ausgelegt ist und die Behörden glauben, darüber seine Aktivitäten zu überwachen und steuern zu können – oder dass Heise selbst ein Spitzel in staatlichen Diensten ist.“

Seine zentrale Rolle in der bundesdeutschen Rechtsrock-Szene zeigte sich in den vergangenen Jahren. Seit 2011 organisiert Heise für die NPD den „Eichsfeldtag“ im thüringischen Leinefelde, wo Bands des Umfeldes von „Blood&Honour“ und „Combat 18“ auftraten, unter anderem 2013 „Strafmass“, 2014 „Sturmwehr“, 2011, 2016 sowie 2019 „Oidoxie“ und 2017 „Amok“. Heises „Arische Bruderschaft“ leistet auf dem „Eichsfeldtag“, verstärkt durch C18-Leute, die Ordnerdienste. Da die Resonanz erkennbar zurückging, 2019 sollen nur noch 130 Besucher den Weg ins Eichsfeld gefunden haben, verlegte Heise seine Aktivitäten auf die Organisator des „Schild und Schwert“-Festivals am 20./21. April 2018 und am 2./3. November 2018 im ostsächsischen Ostritz. Zu diesem Szenetreffen an der deutsch-polnischen Grenze kamen etwa 1.000 Neonazis. Auch am 21. Juni 2019 organisierte er diese Veranstaltung wieder. Die Security des SS-Festivals in Ostritz trug übrigens einheitliche Shirts mit der Aufschrift „Sicherheitsdienst Arische Bruderschaft“ und dem SS-Symbol.

Seit etwa 2008 ist Heise gut bekannt mit dem im sechs Kilometer entfernten Bornhagen wohnenden Björn Höcke. Als diesem 2015 vorgeworfen wurde, unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ zu Heises Zeitschrift „Volk in Bewegung/ Der Reichsbote“ beigetragen zu haben, bestritt der heutige Thüringer Landesvorsitzende der AfD zwar, je-

mals für NPD-Blätter geschrieben zu haben, weigerte sich jedoch, darüber eine Versicherung an Eides statt abzugeben, wie sie der AfD-Bundesvorstand gefordert hatte. Natürlich dementierte auch Heise Höckes Identität mit „Ladig“ und bestätigte nur gelegentliche Kontakte mit Höcke.

Bei genauerem Hinsehen werden jedoch mehr als nur „gelegentliche Kontakte“ sichtbar. Schon 2018 erklärten zwei Bornhagener Bürger unter Eid, Heise habe Höcke mehrfach zu Hause besucht und ihm beim Umzug geholfen. Seit damals besuchen die Kinder von Höcke und Heise dieselbe Schule. Und seit Sommer 2019 müssen Björn Höcke und Thorsten Heise ihre direkten Kontakte nicht einmal mehr verstecken, denn beide sitzen als Abgeordnete ihrer jeweiligen Partei im Kreistag des Landkreises Eichsfeld. Sollte man sie zusammen im Gespräch sehen, dann geht es selbstverständlich nur um Gemeindeangelegenheiten, die man zwischen den Fraktionen zu besprechen habe.

Quellen: <https://exif-recherche.org/?p=4399>
Gewalt, RechtsRock und Kommerz, von Kai Budler, in: Magazin »der rechte rand« Ausgabe 175 - November / Dezember 2018

„Tausendsassa“ im braunen Netz – Neonazi Thorsten Heise, Eine Info-Schrift von Kai Budler, MOBIT-Thüringen 2018.



Björn Höcke,
Fraktionsvorsitzender
der AfD im
ThüringerLandtag.
Laut Gerichtsentscheid
darf er Faschist
genannt werden

8. Was die Behörden wissen konnten:

1. „Abgekühlte gewaltaffine Rechtsextremisten, deren Akten nach den gesetzlichen Vorschriften zu löschen waren“ - und die Realität dahinter!

In den vorangehenden Kapiteln wurde dargestellt, dass ein mögliches rechtes Motiv von den Chef-Ermittlern im Lübcke-Mord von Beginn an öffentlich zurück gewiesen wurde, dass nach Festnahme der Neonazis Stephan Ernst und Markus Hartmann diese von den Behörden als „abgekühlte Rechtsextremisten“ bezeichnet wurden, und dass deren Akten „aufgrund der gesetzlichen Vorschriften“ hätten gelöscht werden müssen. Demgegenüber wurde hier herausgearbeitet, dass Ernst und Hartmann jahrzehntelang in der rechten Szene aktiv waren, dass sie dabei teils schwerste rassistische Straftaten begingen, immer wieder legal und illegal mit Waffen und Sprengstoff umgingen und handelten, es Bezüge zum NSU-Komplex in Hessen gibt und sie im Rechtsruck seit 2015 weiter eine aktive Rolle einnahmen, im Besonderen durch Unterstützung der AfD, als Teilnehmer der Chemnitz-Demo in 2018 und als Initiatoren der jahrelangen Hetzkampagne gegen Walter Lübcke. Die Breite und Kontinuität rechter und militanter Strukturen und Netzwerke in Nordhessen, in denen die Beiden sich bewegten, ihre überregionalen Verbindungen sowie ihr gemeinsames Erstarken und Agieren seit 2015 wurde in Kapitel 3 beschrieben. All dies verweist die behördliche Bezeichnung von Ernst und Hartmann als „abgekühlte Rechtsextremisten“ ins Reich der Legenden.

Nun ist aber die Frage, ob die Behörden dies hätten besser wissen können, oder sogar hätten wissen müssen, weil ihnen erstens seit 2009 Hinweise vorlagen, oder man sie zweitens hätte finden können und ob die Akten überhaupt „nach den gesetzlichen Vorschriften zu löschen waren“.

2. Tatsächliche Hinweise zu Aktivitäten von Ernst und Hartmann nach 2010 und im NSU-Ausschuss

Stephan Ernst ist im April 2010 wegen schwerem Landfriedensbruch und versuchter gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden und die Angabe „keine Erkenntnisse seit 2009“ schon deshalb falsch. Richtig ist aber: Seit 2010 trat auch Ernst „strafrechtlich nicht mehr in Erscheinung“, das heißt, ihm konnten keine Straftaten mehr nachgewiesen werden.

Für die Verfassungsschutzbehörden sind aber nicht Straftaten, sondern „tatsächliche Hinweise“ auf extremistische Bestrebungen das relevante Kriterium für eine Beobachtung. Und von Stephan Ernst lag, wie 2019 bekannt wurde, ein Foto aus 2011 vor, das Ernst auf einer Neonazi-Veranstaltung zeigt. Frühenstens hätte die Akte also 2016 gelöscht werden können. Dazu unten mehr.

Wie oben gezeigt, waren Stephan Ernst und Markus Hartmann nicht irgendwer und das wussten auch die Behörden: DIE LINKE fand 2015 bei ihrer Arbeit im NSU-Ausschuss einen Geheim-Vermerk aus 2009, wonach insbesondere Stephan Ernst vom hessischen Geheim-



dienst-Chef persönlich als „brandgefährlich“ eingestuft wurde. Im Juli 2015 stellte DIE LINKE deshalb den Antrag auf Befragung der Verfasserin dieses Geheim-Vermerks. Das Thema war: „Stephan Ernst und weitere nordhessischen Neonazis“. Gefragt wurde in der geheimen Sitzung am 21. Dezember 2015, was es mit der besonderen Gefährlichkeit von Ernst und anderen auf sich habe, ob Ernst aktuell noch aktiv sei beim Rechtsruck vor Ort, sowie ob er als Rechtsterrorist in Betracht komme (Siehe Martin Steinhagen in: DIE ZEIT, 26.10.2019 „Verfassungsschutz hielt Stephan E. noch 2009 für „brandgefährlich““). Doch wie so oft bestanden auch bei dieser Zeugin extreme Kenntnislücken: Die Akten seien gelöscht, die damaligen Erkenntnisse zu lange her, sie dürfe da nichts mehr wissen und aktuell sei nichts bekannt. Es ist heute klar, dass alle diese Aussagen nicht stimmten.

Dass dieser gesamte Vorgang heute überhaupt öffentlich geschildert werden darf, bedurfte weiterem zähen Ringen um die Freigabe der entsprechenden NSU-Ausschussprotokolle, welche bis heute öffentlich nur stark geschwärzt vorliegen und aus deren nicht-geschwärzten Teilen die Presse nur sinngemäß zitieren darf. (Siehe Robert Maus in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2019: „Neue Vorwürfe im Mordfall Lübcke“) Und die ursprünglichen Akten, also der „Brandgefährlich-Vermerk“ von 2009, die „Personal-Akten“ bis 2015 und 2016, sowie sicherlich viele Sachakten zu Strukturen und Kennverhältnissen, sind bis heute in Gänze geheim.

Dies gilt ebenso für den sogenannten 120-Jahre NSU-Geheimbericht des Verfassungsschutzes aus 2012-2014, in welchem – neben zahllosen weiteren Versäumnissen des Geheimdienstes Belege - Stephan Ernst 11 mal namentlich auftaucht. Auch dieser Fakt ist nur öffentlich geworden, indem die Journalisten Laabs und Aust gegen den hessischen Verfassungsschutz auf Herausgabe dieser Informationen klagten und sich vor Gericht in diesem Punkt durchsetzten. Bis heute (Stand Ende März 2020) ist nicht klar, ob alle Akten endlich für die Mord- und Umfeldermittlungen dem Generalbundesanwalt gerichtsverwertbar



übermittelt wurden - ein Dreivierteljahr nach den Festnahmen und obwohl der Prozess längst beginnen sollte (Siehe Thomas Moser in TELEPOLIS, 23. 03.2020: „Neuer Untersuchungsausschuss zu Mordfall Lübcke und NSU“)

Weil Hartmann 2006 als Zeuge zum NSU-Mord befragt wurde, wäre natürlich auch seine Akte für den NSU-Ausschuss relevant gewesen. Wie bei Ernst stellt sich die Frage, auf welcher Ermittlungsbasis die „Sperrung“ denn eigentlich erfolgte. Denn Hartmann schoss nicht nur längst in Schützenvereinen (spätestens irgendwann ab 2015) mit Ernst zusammen, sondern er war 2015 auch immerhin Initiator der Hetz- und Mordkampagne gegen Lübcke. Er bekam 2011 behördlichen Zugang zu Sprengstoff und 2015 zu Waffen. Nach Ernst war im Dezember 2015 explizit durch DIE LINKE im NSU-Untersuchungsausschuss gefragt worden. Nicht mal einen Monat später geriet er unter Verdacht, den Mordanschlag auf Ahmed I. begangen zu haben.

DIE LINKE befragte 2016 zudem auch den V-Mann Benjamin Gärtner zu seinem Wissen über Stephan Ernst, da schon damals logisch war, dass sie sich lange aus dem Kasseler Nazispektrum kennen müssten. Aber Gärtner anwor-

tete 2016 nur nebulös „da gab es einen NPD-Stephan“ (siehe Baumgärtner, Bartsch, Holscher und Hunger in DER SPIEGEL, 26.06.2019: „Das rechte Netzwerk von Kassel“). Nach der Festnahme des Stephan Ernst hingegen sagte dessen Anwalt im Oktober 2019, Benjamin Gärtner und Stephan Ernst seien gut bekannt gewesen und sie hätten sich sogar über Gärtners V-Mannführer Andreas Temme ausgetauscht – und damit ausgerechnet über jenen dubiosen Geheimdienst-Mitarbeiter, welcher beim NSU-Mord von Kassel am Tatort war und der im Zentrum der Aufklärungsbemühungen des NSU-Ausschusses stand. (siehe 17.10.2019: „Verfassungsschützer war mit mutmaßlichem Lübcke-Mörder „dienstlich befasst““) Nebenbei bemerkt darf ein V-Mann unter keinen Umständen Wissen über seine Tätigkeit für, geschweige denn über den Geheimdienst weitergeben. Die Frage ist in jedem Fall: Warum verschwieg der V-Mann im Untersuchungsausschuss diese Informationen und wann hat er was über Temme erzählt? (Siehe Hermann Schaus, Pressemitteilung 18. Oktober 2019: „V-Mann Benjamin Gärtner soll mit Stephan Ernst gut bekannt gewesen sein und sich über Verfassungsschützer Temme besprochen haben“)



Es gab also 2015-2016 eigentlich keine Gründe, die Akten der Beiden zu löschen: Beide galten bis 2009-2010 nicht nur als irgendwer, sondern besonders Ernst als „brandgefährlich“. Bei ihm lag 2011 ein Szene-Foto vor, im NSU-Ausschuss wurden 2015-2016 explizite Fragen zu ihm gestellt und Anfang 2016 wieder wegen Mordes gegen ihn ermittelt. Bei Markus Hartmann ist weiter zu sagen, dass seine (legale) Bewaffnung im Wissen der Behörden stattfand, indem er 2011 eine Erlaubnis zum Umgang mit Sprengstoff erhielt und sich über Jahre hinweg bis 2015 eine legale Waffenlizenz gerichtlich erstritt – obwohl er ja bis 2016 „formal“ als Rechtsextremist geführt wurde (Süddeutsche 21. August 2019: Mutmaßlicher Komplize durfte legal Waffen besitzen). Hartmann hatte aber schon vorher in Schützenvereinen –zusammen mit Ernst - das Schießen trainiert, gewerblich mit Waffenzubehör gehandelt, zumindest später illegal weitere Waffen besessen und/oder damit gehandelt. Letzten Meldungen zufolge hatte seine Ex-Frau auch 2018 vor Gericht ausgesagt, Hartmann besitze und baue illegal Waffen und Munition und er sei Rechtsextremist mit Nähe zu Reichsbürgern - was anscheinend ebenfalls nicht weiter verfolgt wurde (Tagesschau 31.3.2020: Polizei überprüfte mutmaßlichen Helfer). Laut Aussage seiner Exfrau habe Hartmann zudem gedroht, sich bei einer unheilbaren Krankheit in die Luft zu sprengen, um dabei möglichst viele „Kanaken“ mitzunehmen (Tagesschau 16.09.2019: Was wusste Markus H. von den Mordplänen?). Es lagen also diverse Informationen bei Behörden vor und weitere hätten problemlos ermittelt werden können und müssen, als eine Entscheidung über die Löschung ihrer Akten anstand oder diese später wieder aufgrund neuer Erkenntnisse gesperrt werden müssen.

3. Löschung der Akten nach den gesetzlichen Bestimmungen NICHT erforderlich, sondern wegen NSU-Aktenlöschmoratorium sogar verboten!

Ein Blick ins Gesetz zeigt: Es gab überhaupt keine Pflicht zur Löschung der Akten, so wie es die Behörden bis heute immer wieder behaupten: Laut damaliger und heutiger Gesetzeslage SOLL nach 5 Jahren GEPRÜFT werden, ob



Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, ehemaliger Obmann der Fraktion DIE LINKE im Hessischen NSU-Untersuchungsausschuss

Personen-Akten mangels neuer Hinweise zu löschen sind (siehe § 6 Absatz 5 des Hessischen Verfassungsschutzgesetzes: „Das Landesamt prüft bei der Einzelfallbearbeitung und im Übrigen nach von ihm festgesetzten angemessenen Fristen, spätestens jedoch nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zur Aufgabenerfüllung noch erforderlich sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 sind spätestens 10 Jahren, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 und 5 sind spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, die Behördenleitung trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung“). Bei der Polizei konnte - auf anderer Rechtsgrundlage - die DNA des Ernst ja auch länger als 5 Jahre aufbewahrt werden, zu Recht! Und diese Lösch-Fristen müssen nach Verfassungsschutz-

Gesetz erstmals nach 5 Jahren, dann erneut nach 10 und zuletzt 15 Jahren GEPRÜFT werden. Aber selbst nach 156 Jahren kann im Zweifel die Behördenleitung eine Löschung untersagen, wenn diese Akten noch relevant sein könnten. Das Gesetz differenziert ausdrücklich. Defakto wurde also die FRÜHESTMÖGLICHE Möglichkeit einer NICHT ZWINGENDEN Löschung der Akten genutzt - trotz ihrer besonderen Bedeutung als Neonzis, für den NSU-Ausschuss und neuerer vorliegender, sowie einfach zu ermittelnder Hinweise bei Ernst und Hartmann bis 2019.

Zudem wurden die Akten ja gar nicht gelöscht, wie es zu nächst geheißen hat, sondern „gesperrt“ (siehe Henschau 19.06.2019: „Verfassungsschutz: Akte noch da, aber gesperrt“. Das ist ein weiterer sehr wichtiger Umstand. . Kurz gesagt wurde wegen des Aktenschredderns nach Auf fliegen des NSU bundesweit verfügt, keine Akten aus dem Bereich Rechtsextremismus mehr zu löschen, in Hessen nochmals für die Landesbehörden im Juli 2012 durch den damaligen Innenminister Boris Rhein. Dies ist das sogenannte Lösch-Moratorium: Akten sollten zum einen für die NSU-Aufklärung, zum anderen zur möglichen Neubewertung des Rechtsterrors mindestens vorerst erhalten bleiben. In Hessen passierte nun Folgendes: Seit 2012 wurden fast 700 Akten von Rechtsextremisten zur Löschung freigeben, dabei aus allen internen und bundesweiten Systemen gelöscht und aber in Form jeweils eines Papierexemplars in einem „Container“ des Landesamtes für Verfassungsschutz eingeschlossen, zu welchem nur eine einzige Person Zugang hatte. Rein formal waren die Akten also noch da und, nur „gesperrt“, darunter auch die von Ernst und Hartmann. Aber niemand wusste von diesen Akten, hätte sie recherchieren oder für die NSU-Aufklärung und Polizeiarbeit noch nutzen können, nicht einmal beim Vewrfassungsschutz selber (siehe Julian Staib in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.09.2019: „Die Datenschutzrechte der Rechtsextremen“). Die Landesregierung und der Verfassungsschutz waren zwar in allen Sitzungen des NSU-Ausschusses vertreten, auch als es um Stephan Ernst und die Frage nach seinen Akten ging. Sie

verloren aber kein Wort darüber, dass die Akten nicht gelöscht waren, sondern mit hunderten weiteren in einem Container lagen. Auch die Bundesbehörden hätten ja vom Lösch-Moratorium auf Bundes- und Landesebene wissen müssen, als sie nach den Festnahmen von Ernst und Hartmann behaupteten, die Akten seien gelöscht.

Klar ist bis hier hin: Wenn die Behörden sagten und sagen, dass die Akten nach den gesetzlich vorgeschriebenen Fristen gelöscht wurden, dann stimmt dies dreifach nicht: Gesetzlich war die Löschung erstens nicht vorgeschrieben, sie war zweitens aufgrund der Relevanz und Aktivität von Ernst und Hartmann sogar gegen den Sinn des Gesetzes und die Löschung hatte aufgrund des NSU-Löschmoraliums ja gar nicht stattgefunden. Es kam nur niemand mehr an die Akten heran. Und das wäre wohl auch so geblieben, wenn DIE LINKE die Existenz der Geheim-Akten nicht öffentlich gemacht und beharrlich beim Innenminister nach deren Verbleib gefragt hätte (siehe Hermann Schaus Pressemitteilung, 22. August 2019: „Auch mutmaßlicher Waffenlieferant Markus H. hatte eigene Geheimdienst-Akt“).

4. Regel statt Ausnahme: 2000 gelöschte Akten von Rechtsextremisten in Hessen – leider oft fälschlich und unwiderbringlich!

Laut Antwort der Landesregierung auf eine weitere Anfrage der LINKEN im Landtag kam zudem jüngst heraus, dass seit dem Mord an Halit Yozgat in Kassel in 2006 über 2000 Akten hessischer Rechtsextremisten im Hessischen Verfassungsschutz gelöscht wurden, 1400 davon unwiederbringlich. (Siehe Antwort der Landesregierung auf Berichtsantrag Schaus/LINKE (Ausschussvorlage 20/16) und Protokoll der Innenausschusssitzung (20/21 vom 12. März 2010)) Belege Bei 679 zumindest in Papierform einzeln im „Container“ erhalten gebliebenen Personen-Akten läuft aktuell eine Neubewertung durch den Verfassungsschutz - mit dem Zwischenergebnis (Stand Mitte März 2020), dass dutzendfach relevante Neonazis fälschlich zur Löschung aussortiert wurden. Darunter sind 15 mit Bezug zu Ernst, Hartmann und der Kasseler Szene (siehe Pitt von Beben-

burg in Frankfurt Rundschau am 26.03.2020: „Kühl verkalkuliert. 20 aktive Trechtsextreme hat Hessens Verfassungsschutz über Jahre aus den Augen verloren“). Und schon im Hessischen NSU-Untersuchungsausschusses war ein Ergebnis, dass über 500 Aktenstücke aus dem Bereich Rechtsextremismus „nicht mehr auffindbar“ und andere Akten, wie die der sehr relevanten Corynna Görtz, fälschlicherweise gelöscht worden waren (siehe Abschlussbericht der LINKEN zum hessischen NSU-Untersuchungsausschuss, Kapitel 2.3.6: „Die interne NSU-Aktenprüfung im LfV: Gravierende Versäumnisse für 120 Jahre geheim“). Summiert man diese beim Hessischen Geheimdienst verschwundenen, gelöschten und gesperrten Akten, so sind es insgesamt mehr Akten, als der NSU-Ausschuss im Landtag je erhalten hatte – von allen Behörden deutschlandweit zusammen. Die große Zahl von über 2.000 gelöschten Personen-Akten von Rechtsextremisten seit 2006 überrascht zudem, weil es in Hessen laut Innenministerium konstant nur etwa gut 1.000 Rechtsextremisten gibt. Belege

Laut Antwort der Landesregierung auf eine weitere Anfrage der LINKEN im Landtag kam zudem heraus, dass von etwa 400 Morddrohungen und Beleidigungen gegen Walter Lübcke vor dessen Ermordung, nur etwa ein Dutzend Verfahren eingeleitet und kein Einziges dieser Verfahren mit einer Verurteilung beendet wurde (Siehe Antwort der Landesregierung auf Dringlichen Berichtsantrag DIE LINKE Drucksache 20/855 im Protokoll der Innenausschusssitzung (20/8). Es ist nahezu auszuschließen, dass alle Morddrohungen und Beleidigungen gegen Lübcke strafrechtlich irrelevant oder die Verfasser nicht ermittelbar gewesen wären. Insgesamt gilt bei der Flut an Beleidigungen, Gewalt- und Bombendrohungen gegen „Flüchtlingshelfer“ seit 2015, dass ein Großteil strafrechtlich nicht erfasst und wenn dann nicht geahndet wurden. Die Quote überhaupt abgeschlossener Verfahren liegt in Hessen bei unter 10 Prozent (Siehe Antwort der Landesregierung auf Berichtsantrag DIE LINKE zu rechten Gewalt-, Bomben- und Morddrohungen in Hessen).

Der Blick nach vorn

Selbst in der CDU gab es energische andere Stimmen, die über die Betroffenheit hinaus in eine Diskussion einstiegen, so zum Beispiel der ehemalige Generalsekretär der CDU, Peter Tauber, der der AfD und Erika Steinbach eine direkte Mitverantwortung an Hetze gegen Walter Lübcke und dem Mord gab. Heiko Maas benannte die AfD als parlamentarischen Arm der Rechtsextremisten in Deutschland. Die GRÜNEN im Bundestag forderten im Verlauf die Aufdeckung aller hessischen Geheim-Akten von Ernst und Hartmann. Im Hessischen Landtag wurden in zahlreichen Anfragen und Sitzungen immer weiter Details bekannt. Online-Hetze und ihre strafrechtliche Verfolgung wurden endlich thematisiert.

Jetzt ist aufzuklären, ob und gegebenenfalls wie und wann der Verfassungsschutz in irgendeiner Weise in das Geschehen involviert war. Innenminister Beuth sah sich schon genötigt, öffentlich zu erklären, dass Stephan Ernst kein V-Mann zumindest des LfV Hessen war. Es wird Aufgabe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sein, hier möglichst viel Licht ins Dunkel zu bringen.

Die von den Behörden bis heute aufrecht erhaltene Geschichte vom seit 2009 inaktiven Neonazi ohne Akte hat bisher quasi im Wochentakt durch immer neue Enthüllungen immer mehr Löcher bekommen. Das Innenministerium musste nach einer Klage der Zeitung „Die Welt“ öffentlich zugeben, dass noch im Dezember 2013 im Entwurf eines Berichtes des Hessischen Verfassungsschutzes über die Aktivitäten des Hessischen Verfassungsschutzes zur NSU-Mordserie und dem Mord an Halit Yozgat der Name Stephan Ernst elf mal auftaucht. Der damalige Innenminister Boris Rhein hatte diesen Bericht nach Auffliegen des NSU 2011 in Auftrag gegeben, als schwerwiegende Versäumnisse des Verfassungsschutzes bekannt wurden. Der Bericht wurde für 120 Jahre gesperrt, inzwischen

wurde aufgrund öffentlichen Drucks die Sperrzeit auf 30 Jahre verkürzt. Die Forderung bleibt, dass die Sperrfrist für diesen Bericht des Hessischen Verfassungsschutzes über seine Tätigkeit im Kontext des NSU sofort aufgehoben wird und er öffentlich zugänglich ist.

Der Innenminister musste im Innenausschuss des Hessischen Landtages im November 2019 eingestehen, dass ein weiteres Foto von Stephan Ernst aus dem Jahr 2011 vorliegt. Die antifaschistische Rechercheplattformen und Tageszeitungen machten öffentlich, dass Stephan Ernst auf vielen Feldern bis ins Frühjahr 2019 aktiv war.

Und manche Auseinandersetzungen im hessischen NSU-Ausschuss erscheinen in ganz neuem Licht. Es muss neu darüber nachgedacht werden, dass trotz Drängen der Linken im Jahr 2015 dem NSU-Ausschuss nicht alle vorliegenden Informationen über Stephan Ernst mitgeteilt wurden. Und dies, obwohl Stephan Ernst noch im Jahr 2009 von der Amtsleitung des hessischen Verfassungsschutzes als einer der gefährlichsten Neonazis eingestuft wurde.

In einem Untersuchungsausschuss muss geklärt werden, ob der Verfassungsschutz die Öffentlichkeit und Politik erneut bewusst desinformiert hat. Immer drängender stellen sich auch Fragen nach den Bezügen des Lübcke-Mordes zum NSU. Es muss geklärt werden, welche Verbindungen es zum NSU gibt, welche Unterstützernetzwerke Stephan Ernst hatte, wie er darin eingebunden war, welche Mittäter und Mitwisser es gegeben hat. Es ist bislang eine offene Frage oder ein nicht zu erklärendes Versäumnis, zumal seit Auffliegen des NSU und angesichts unbeantworteter Fragen im NSU-Ausschuss und der Nähe zu Markus Hartmann als befragten Zeugen wegen des NSU-Mordes.

Das monatelange Ringen um Geheim-Akten der beiden,

welches sich bis zum Beginn des Prozesses hinzuziehen scheint und überhaupt um vorhandene Informationen zu Beiden, welche seitens der Behörden kategorisch heruntergespielt wurden, macht weiter skeptisch.

Die Forderung bleibt, dass alle Akten zugänglich und aufgearbeitet werden müssen. Und dies nicht nur zum Lesen für Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission in einem gesicherten Raum unter Aufsicht, ohne die Möglichkeit, Notizen oder Kopien zu machen und mit der Auflage, Stillschweigen über den gelesenen Inhalt zu bewahren. Parlamentarier und die Öffentlichkeit müssen die Möglichkeit haben, zu prüfen, was der Verfassungsschutz tut und entscheidet, speziell zu prüfen, was er über Stephan Ernst und Markus Hartmann wusste, welche Netzwerke und Unterstützer sie hatten, welche Kontinuität oder Unterstützung des NSU es gab und letztlich, ob der Mord hätte verhindert werden können.

Die Forderung bleibt, endlich gegen rechte Straftäter und Netzwerke mit der nötigen Konsequenz vorzugehen, deren Internet-Strategie des Schürens von Hass und Hetze Sei-

tens der Plattform Anbieter konsequent zu unterbinden und strafrechtlich zu verfolgen. Dass erst der Mord an Walter Lübcke eine solche Debatte und Forderungen ausgelöst hat, ist doppelt traurig, aber jetzt umso nötiger.

Die Tatsache, dass entscheidende Hinweise auf die vielfältigen und langjährigen Bezüge von Hartmann und Ernst in die rechte Szene nicht durch die staatlichen Behörden, sondern durch unabhängige Journalist*innen, Recherchenetzwerke und Antifa-Gruppen ermittelt und dokumentiert wurden, bestärkt DIE LINKE in ihrer Forderung, nicht die Gemeindienste weiter aufzurüsten und mit neuen Kompetenzen auszustatten. Stattdessen müssen die zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich mit rechten Strukturen, deren Akteuren und Theorien beschäftigen unterstützt und gefördert werden. Die Erkenntnisse dieser Gruppen wurden in der Vergangenheit, im Gegensatz zum Verfassungsschutz, stets der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Erkenntnisse in „Geheimberichten“ nutzen dagegen wenig, da sie nicht für die politische Praxis handlungsleitend sein können.



Konfrontation Polizei - AntifaschistInnen
auf dem Königplatz in Kassel

Service-Teil

Nachfolgend einige Hinweise auf Einrichtungen und Gruppen in Kassel und Nordhessen, die für weitergehende Informationen oder bei Beratungsbedarf angesprochen werden können. Einige bieten auch die Möglichkeit der aktiven Mitarbeit.

DIE LINKE.

FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Wir treten Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und -initiativen mit all denen zusammen, die sich gegen extreme Rechte, Rechtspopulismus und Rassismus engagieren. Wir kämpfen gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus und Rassismus auf der Straße und in politischen Gremien. Wir fordern das Verbot aller Organisationen der extremen Rechten; dabei sind wir uns bewusst, dass ein Verbot die gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht ersetzt. Wir setzen uns ein für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit, sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich. Wir setzen uns für eine aktive Antidiskriminierungspolitik ein und für mehr Demokratie, Partizipation und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen. Die Partei DIE LINKE beteiligt sich vor Ort aktiv an antirassistische und antifaschistische Kundgebungen und Demonstrationen, organisiert politische Bildungsveranstaltungen, Workshops, Vorträge und mischt sich aktiv in die gesellschaftliche Debatte vor Ort, in den Gremien und verschiedenen Bündnissen ein.

Kontakt:

Büro der Landtagsabgeordneten Heidemarie Scheuch-Paschkewitz und Torsten Felstehausen
Schillerstr. 21, 34117 Kassel | Email: nordhessen@die-linke-hessen.de | Telefon 0561 920 1503



**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
(VVN-BdA)**

Kreisvereinigung Kassel

Als älteste parteiunabhängige antifaschistische Organisation in Deutschland fühlen wir uns dem Schwur der Überlebenden vom KZ Buchenwald verpflich-

tet: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln, Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!“ Für dieses Vermächtnis setzen wir uns mit den heutigen Generationen ein.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

Erinnerungsarbeit (z.B. Gedenkaktion zum 7. November 1938, dem Beginn der antisemitischen Pogrome in Kassel; Veranstaltungen zum 30. Januar 1933), Geschichtsarbeit (antifaschistische Stadtrundgänge und Publikationen), Handeln gegen Neofaschismus in unserer Stadt und Region (Neofaschismus-Ausstellung, Mitarbeit im Bündnis gegen Rechts, Unterstützung der Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“), Antifaschistische Kulturarbeit und Lesungen, Mitarbeit bei Friedensaktivitäten (Ostermarsch, 1. September, Friedensratschlag u.a.).

Kontakt:

E-Mail: kassel@vvn-bda.de

Web: <https://kassel.vvn-bda.de>

MBT Hessen **Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur e.V.**

Wir bieten Unterstützung im Bereich regionaler Demokratisierungsprozesse und zivilgesellschaftlichen Engagements, um nachhaltig unsere Städte & Regionen gegen rechtsextremistische Strömungen stark zu machen!

Beratung

Wir bieten in Nord und Osthessen professionelle, bedarfsorientierte, aufsuchende und kostenlose Beratung für Organisationen und Einzelpersonen nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Hintergrund. Die Beratung ist anonym, kostenfrei und darauf ausgerichtet, lokale Prozesse gegen menschenfeindliche Strömungen zu fördern und zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort langfristig zu stärken.

Prävention

Das MBT arbeitet präventiv im Bereich Demokratieförderung. Hierzu werden in Kooperation mit Anfragenden Präventionsangebote entwickelt, sowie Veranstaltungen konzipiert und durchgeführt.

Vernetzung

Als Teil des Beratungsnetzwerks Hessen stellen wir Kontakt zu anderen Netzwerkpartnern her, wenn es etwa um Familienberatung, Opferberatung, Ausstiegshilfe oder andere Regionen in Hessen geht.

Kontakt:

MBT Hessen, Richard-Roosen-Straße 11, 34123 Kassel

Demokratiezentrum Hessen

Das in Marburg ansässige Demokratiezentrum Hessen fungiert als Geschäftsstelle des Beratungsnetzwerks hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus, das ein umfangreiches Angebot zur Verfügung stellt, um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus und Salafismus vorzubeugen sowie Betroffenen Hilfe zu geben.

Dem Beratungsnetzwerk gehören zahlreiche Mitglieder unterschiedlicher staatlicher, nichtstaatlicher und kirchlicher Institutionen, Organisationen, öffentlicher und freier Träger aus Hessen an, die es sich gemeinsam zur Aufgabe gemacht haben, Beratung bei Konfliktsituationen mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund vor Ort anzubieten. Außerdem werden entsprechende Präventionsmaßnahmen angeboten.

Die Teams des Netzwerks beraten hessenweit Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und weitere Hilfesuchende. Seit dem 1.1.2020 fungiert es als hessenweite Meldestelle für Antisemitismus.

Kontakt:

Demokratiezentrum im Beratungsnetzwerk hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg

Tel.: 06421 – 28 21 110

E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

Web: <http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de>

Bündnis gegen Rechts Kassel

Für ein weltoffenes Kassel

Seit mehreren Jahren arbeiten in Kassel verschiedene Kräfte der Stadtgesellschaft, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen, antifaschistische Organisationen und Initiativen anlassbezogen gemeinsam im Bündnis gegen Rechts zusammen. Eine wichtige Rolle haben dabei der DGB und seine Einzelgewerkschaften

gespielt. Das Bündnis war der Träger der kontinuierlichen Proteste gegen die wöchentlichen Kundgebungen von KAGIDA sowie verschiedener neofaschistischer Provokationen. Am 20. Juli 2019 mobilisierte das Bündnis – unterstützt von über 100 Organisationen, Verbänden und Initiativen aus Kassel und Nordhessen – unter dem Aufruf „Kassel nimmt Platz – no pasaran!“ etwa 15.000 Menschen gegen einen geplanten Aufmarsch der Partei „Die Rechte“.

Kontakt:

Bündnis gegen Rechts Kassel, p.A. DGB Region Nordhessen, Spohrstraße 6-8, 34117 Kassel

E-Mail: nordhessen-gegen-rechts@googlegroups.com

Web: <http://bgr-kassel.de/>

INITIATIVE NACHGEFRAGT

Die Kasseler Initiative »Nachgefragt« hat sich gegründet, weil das Schweigekartell um die Verwicklungen des Verfassungsschutzes in den Mord an Halit Yozgat gebrochen werden musste. Bis heute wurden gemeinsam mit anderen Organisationen und Initiativen mehrere Veranstaltungen organisiert mit Landtagsabgeordneten, Journalisten und Experten zur Arbeit des hessischen Untersuchungsausschusses sowie zu „Nordhessischen Neonazis: Gefahr durch rechte Netzwerke“.

Im Dezember 2019 veröffentlichte die Initiative für das Bündnis gegen Rechts die „Kasseler Erklärung: Das Gefahrenpotential des rechten Terrors endlich ernst nehmen und konsequent bekämpfen!“

Kontakt:

E-Mail: initiativenachgefragt@gmx.de

AfD KasselWatch

Die Partei "Alternative für Deutschland" ist rechtspopulistisch*, antieuropäisch, völkisch-nationalistisch und menschenverachtend. Die Mitglieder der Webseite AfD Kassel Watch wenden sich explizit gegen die Partei und wollen auf Gefahren einer solchen Politik hinweisen. Da die AfD Kritik, die inhaltlich korrekt vorgebracht wird, entfernt, statt sich als Partei im politischen Diskurs damit auseinander zu setzen, haben wir uns entschlossen, unsere Kommentare als Gemeinschaft auf einer eigenen Seite zu veröffentlichen.

Wir haben diese Seite gegründet, damit es eine Plattform gibt, auf der sach-

liche inhaltliche Kritik an der politischen Arbeit der AfD Kassel bzw. der AfD Hessen und der AfD Deutschland geübt werden kann und um einen Erfahrungsaustausch über den Umgang der AfD Kassel bzw. der AfD insgesamt mit ihren Kritikern zu ermöglichen.

Kontakt:

<https://de-de.facebook.com/AfDKasselWatch>



Belltower.News ist ein journalistisches Internetportal der Amadeu Antonio Stiftung. Es wurde 2007 von der Wochenzeitung Die Zeit gegründet. Es bietet Nachrichten, Analysen, Recherchen, Reportagen, Hintergrundberichte und Interviews für eine demokratische engagierte Zivilgesellschaft. „Wir berichten über relevante Vorgänge von öffentlichem Interesse in den Themenbereichen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (zum Beispiel Antisemitismus, Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit;) und Demokratiegefährdung in der Online- und Offline-Welt.“

Kontakt:

<https://www.belltower.news/>



Exif ist eine unabhängige, antifaschistische Rechercheplattform, die sich mit der rechten und neonazistischen Szene befasst. Die Arbeit zielt dabei auf Recherche, Analyse und Information. Neben Kurzmeldungen zu aktuellen Aktivitäten stehen dabei ausführliche Hintergrundberichte bereit, um Strukturen und Personen rechter Netzwerke offen zu legen.

Einer der wichtigsten Bausteine antifaschistischer Recherche ist das Sammeln und Auswerten von Bildmaterial. Dabei werden Aufmärsche, Treffen und Veranstaltungen analysiert und mit bereits vorhandenen Erkenntnissen verknüpft.

Kontakt:

<https://exif-recherche.org/>

Initiative 6. April

Die Opfer des NSU und die Aufklärung der Verbrechen – Sergi ve Etkinlikler NSU'nun Kurbanları ve Suçların Aydınlatılması

Am 06. April 2006 wurde Halit Yozgat in Kassel aus rassistischen Gründen ermordet. Vor diesem Hintergrund entstand die Initiative 6. April in Kassel. Gemeinsames Anliegen aller Beteiligten ist die Auseinandersetzung mit den NSU-Morden, ihren Voraussetzungen und Folgen. Die Initiative 6. April will diese Taten insbesondere auf den lokalen Kontext Kassel bezogen betrachten. Es geht uns darum kritisch zu fragen, in was für einem gesellschaftlichen Klima dieser Terror so lange unentdeckt möglich war. Wir denken, dass alleine die juristische Aufarbeitung vor dem OLG nicht ausreicht und wünschen uns eine weitergehende Auseinandersetzung hier vor Ort.

Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit!

Die Initiative hat sich aus einem breiten Spektrum von Aktiven zusammengetan. Die Mitglieder sind teilweise beruflich mit den unterstützenden Organisationen verbunden. Die Mehrheit der Aktiven agieren aber nicht als Stellvertreter*innen und sind zudem meist ehrenamtlich in der Stadt Kassel aktiv.

Wir sind eine offene Gruppe, die sich über engagierte Aktive freut! Bei Interesse nehmen Sie / nehmt ihr bitte Kontakt mit uns auf im Rahmen der Veranstaltungen oder über unsere Mailadresse: initiative.6.april@gmx.de.

Bildnachweis

Wir bedanken uns bei allen, die uns ihre Fotos zur Verfügung gestellt haben:

www.exif-recherche.de

www.pixelarchiv.org

www.nsu-watch.info, NSU-Watch

Kulturblende, Peter Funk

www.colourful-germany.de, Frank Schurgast

www.antifaschistische-archiv.org, Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen e.V. (ABAG Göttingen)

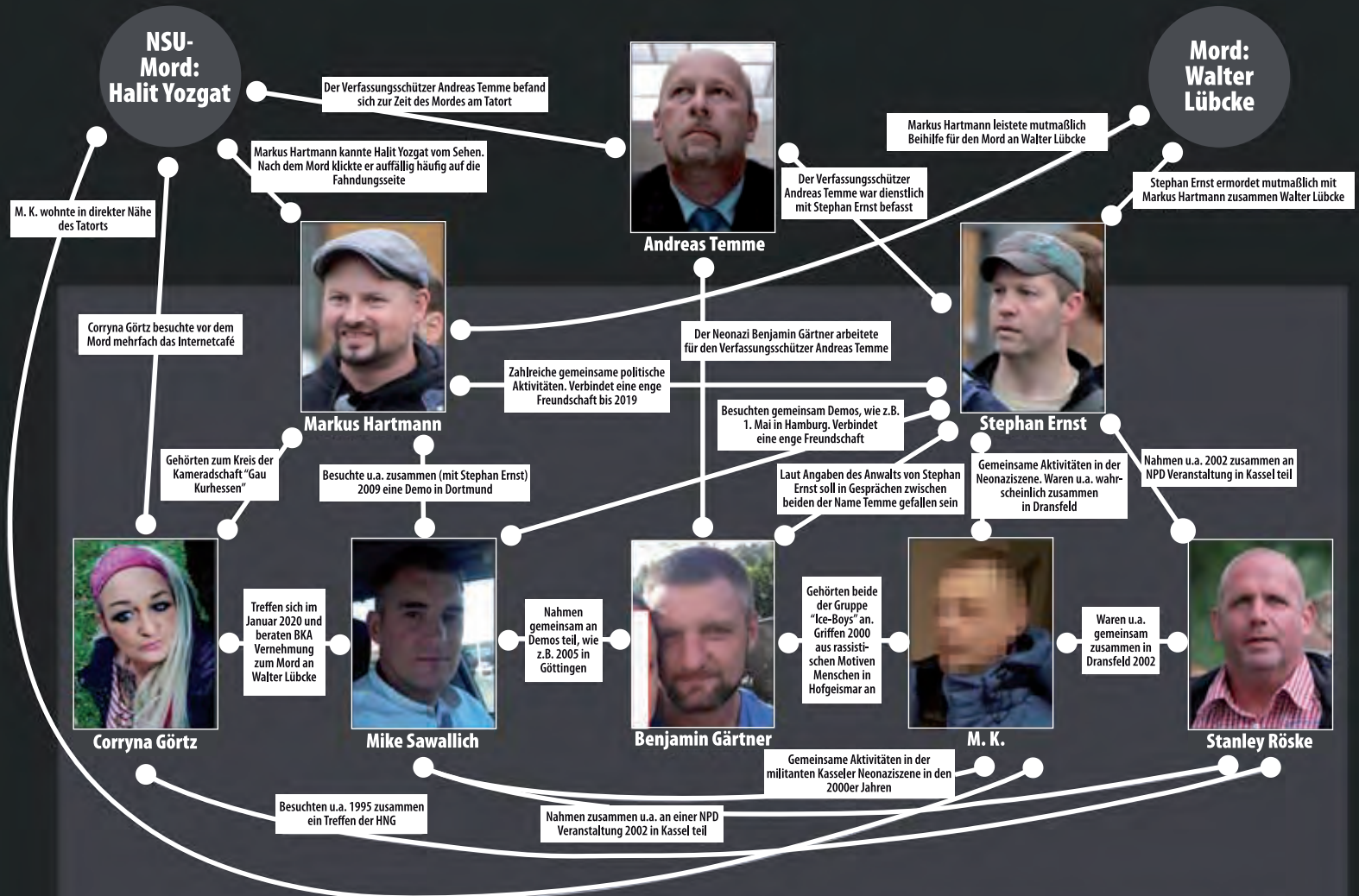
www.apabiz.de, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (APABIZ, Berlin))

www.aktions-fotografie.de, Ryszard Majewski

Kurt U. Heldmann

Umfeld und Netzwerk des Stephan Ernst

Hinweis: Dies ist eine stark vereinfachte Darstellung zu den Verbindungen der genannten Personen im Text. Quelle: "Exif"



**Alle Personen bewegten sich in der militanten Neonaziszene Kassel.
Sie waren und sind teilweise noch durch viele gemeinsame Aktivitäten verbunden.**

DIE LINKE Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 - 3506090
Fax: 0611 - 3506091
E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de
www.linksfraktion-hessen.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG